OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

September 2016

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Impressum

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien*
Verlags- und Herstellungsort	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Alexander Dallinger, Sandra Dvorsky, Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2016

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 7. September 2016

Inhalt

Inhalt 2

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Konjunkturaussichten im Euroraum und international nach UK-Referendum relativ stabil 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunktur zieht im zweiten Quartal 2016 wieder etwas an 11

Österreich: Konjunkturdynamik bleibt verhalten – Wachstum 2016 bei knapp 1½% 14

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats 19

Österreichische Banken setzen Anpassungsprozesse fort 22

Kreditinstitute: Kreditwachstum privater Haushalte auf dem höchsten Stand seit 2008 26

Spezielle Kurzanalysen 32

Vergleich der Prognosegüte der österreichischen Wirtschaftsprognosen für die Jahre 2010 bis 2015 33

Türkei: Positives Wachstum trotz beträchtlicher struktureller Mängel und stark angestiegener Abwärtsrisiken 41

Sinkende Staatsanleiherenditen reduzieren langfristige Kreditzinssätze im Euroraum 46

Änderung in der Abfolge des EU Ratsvorsitzes – Konsequenz aus dem Brexit Referendum 48

Evaluierung der Überwachung und des Krisenmanagements des IWF 50

Annex 53

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 28. April bis 15. Juni 2016 54

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 62

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Nach dem überraschenden Entscheid der Briten zum Austritt aus der EU am 23. Juni 2016 kam es zu Einbrüchen auf den globalen Finanzmärkten, die sich großteils aber rasch wieder zurückbildeten. Die Weltwirtschaft ist durch die erhöhte Unsicherheit nur geringfügig betroffen. Der IWF revidierte das Weltwirtschaftswachstum in seinem Prognoseupdate vom Juli für 2016 und 2017 nur marginal (jeweils −0,1 Prozentpunkte). Neben dem Brexit-Votum wirkt das überraschend schwache Wachstum der US-Wirtschaft im ersten Halbjahr 2016 dämpfend. Stützend sind das etwas stärker als erwartete Wachstum in China, die Stabilisierung in Russland und die Abschwächung der Rezession in Brasilien.

Für das Vereinigte Königreich sind die wirtschaftlichen Effekte jedoch substanziell. Für das Jahr 2016 rechnen der IWF und die Europäische Kommission zwar nur mit einem geringen dämpfenden Effekt; die Wachstumsprognosen wurden nur leicht (−0,2 Prozentpunkte) zurückgenommen. Für 2017 fielen die Revisionen jedoch deutlich stärker aus (−0,8 bis −0,9 Prozentpunkte).

Im Euroraum hat sich die Erholung im zweiten Quartal verlangsamt. Gegenüber dem ersten Quartal hat sich das BIP-Wachstum von 0,6 % auf 0,3 % halbiert (jeweils zum Vorquartal). Ausschlaggebend hierfür war die verhaltene Binnennachfrage. Das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen stagnierte gegenüber dem Vorquartal und auch die privaten Konsumausgaben sind deutlich langsamer gewachsen. Der Außenbeitrag wirkte sich hingegen positiv auf das BIP aus und ist insbesondere den gestiegenen Exporten zu verdanken. Die Wachstumsverlangsamung ist vor allem auf die Entwicklungen in Italien und Frankreich zurückzuführen, wo die Wirtschaft gegenüber dem Vorquartal stagnierte. Die jüngsten Prognosen sowie die Stimmungs- und Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung des moderaten Wachstums im Euroraum im zweiten Halbjahr hin. Für das Jahr 2016 wird erwartet, dass die Brexit-Entscheidung keinen nennenswerten Einfluss auf die Konjunktur hat. Die Prognose für 2017 wurde vom IWF um 0,2 Prozentpunkte nach unten revidiert.

Die Konjunktur in Österreich hat sich im zweiten Quartal leicht abgeschwächt, das BIP-Wachstum betrug 0,3 % (zum Vorquartal). Das Wachstum wurde dabei vor allem von den Investitionen getragen. Die Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators signalisieren für Österreich für das zweite Halbjahr eine weiterhin verhaltene Konjunkturdynamik. Für das dritte und vierte Quartal 2016 wird ein Anstieg des realen BIP um jeweils 0,3 % prognostiziert. Für das Gesamtjahr 2016 ergibt sich damit ein Wachstum von 1,4 %. Gegenüber der OeNB-Prognose vom Juni 2016 bedeutet dies eine Abwärtsrevision um 0,2 Prozentpunkte. Ausschlaggebend dafür ist vor allem die Entwicklung des privaten Konsums, der trotz der Steuerreform, einem starken Beschäftigungswachstum und niedriger Inflation im ersten Halbjahr nur schwach gewachsen ist. Der Arbeitsmarkt ist wie in den Vormonaten von Seitwärtsbewegungen der wichtigsten Indikatoren gekennzeichnet. Die Beschäftigungsdynamik zeigte sich nach einem sehr starken ersten Halbjahr im Juli weiterhin robust. Die Arbeitslosenquote verharrt saisonbereinigt bei rund 6 % (Eurostat). Die HVPI-Inflation fiel zwischen Jänner und April von 1,4 % auf 0,6 %. Seitdem stagniert die Inflation bei 0,6 %.

[1] Autor: Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Konjunkturaussichten im Euroraum und international nach UK-Referendum relativ stabil[2]

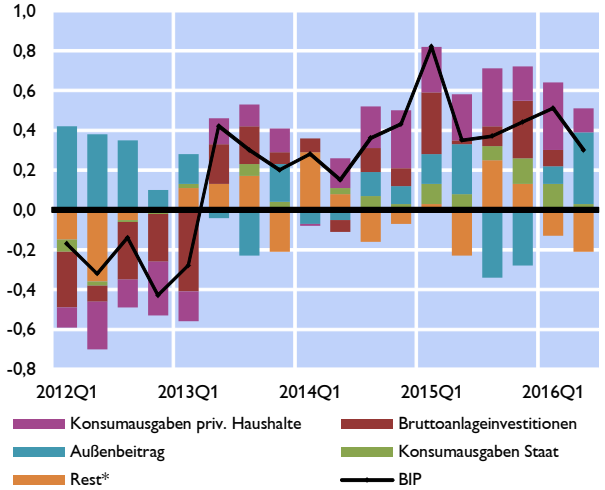
Euroraum: Erholung verlangsamt sich im zweiten Quartal

Das reale BIP im Euroraum ist im zweiten Quartal 2016 um 0,3% gegenüber dem Vorquartal gestiegen und lag damit deutlich unter dem Vorquartalswert (0,6%, q-o-q) bzw. am unteren Spektrum der Prognosen (0,3% bis 0,4%). Im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahres stieg das BIP um 1,6%. Gebremst wurde das Wachstum von der Binnennachfrage, insbesondere durch die stagnierenden Bruttoanlageinvestitionen. Ebenso sind die Ausgaben privater Haushalte mit 0,2% (q-o-q) merklich langsamer gewachsen als im Vorquartal (0,6%). Der Außenbeitrag hingegen war Haupttriebfeder des BIP-Wachstums und steuerte einen deutlich positiven Beitrag bei. Die Exporte verzeichneten, nach einem Nullwachstum im ersten Quartal 2016, im zweiten Quartal ein Wachstum von 1,1%. Die Importe legten nach einem Rückgang um 0,1% im ersten Quartal im zweiten Quartal um 0,4% zu.

Die Verlangsamung im Euroraum im zweiten Quartal ist insbesondere auf Entwicklungen in Italien und Frankreich zurückzuführen, wo die Wirtschaft gegenüber dem Vorquartal stagnierte. In Frankreich resultierte das Nullwachstum – nach einem starken ersten Quartal – aus Rückgängen der privaten Konsumausgaben und der Bruttoanlageinvestitionen. Demgegenüber beschleunigte sich das Wachstum in Lettland, Griechenland und Belgien(+0,7 Pp.;+0,4 Pp.,+0,3 Pp. ggü. Q1/ 16) . Spanien und die Slowakei zeigen erneut solide Wachstumsraten von 0,8% und 0,9% gegenüber dem Vorquartal.

Wachstumsbeitrag zum realen BIP im Euroraum

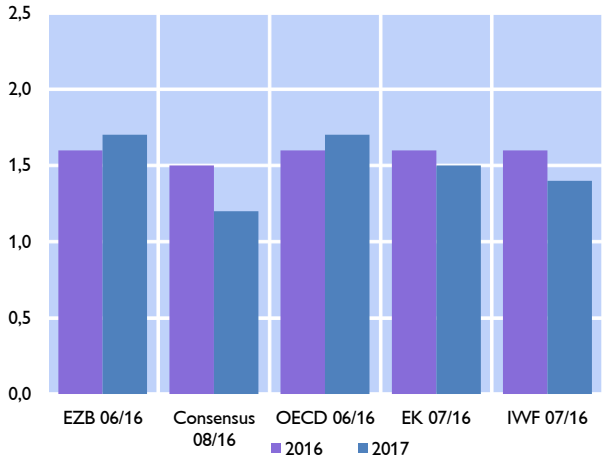
in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

BIP-Wachstumsprognosen für den Euroraum

in % ggü. VJ



Quelle: EZB, Consensus Economics, OECD, Europäische Kommission, IWF

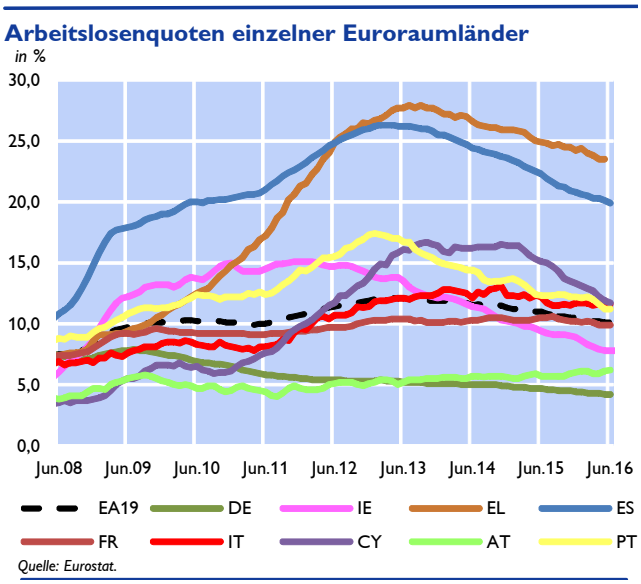
Die jüngsten unterjährigen Prognosen sowie die Stimmungs- und Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der moderaten Erholung im Euroraum hin. Der Entscheid der Briten, die EU zu verlassen, fand in den aktuellen Prognosen bereits Berücksichtigung. Für das Jahr 2016 wird erwartet, dass sich die Konjunktur resilient zeigt (BIP-Wachstum von 1,5% bis 1,6%, Prognose Updates IWF und EK im Juli 2016). Negative Effekte sollen insbesondere 2017 schlagend

[2] Autorin: Teresa Messner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

werden. Laut Mehrheit der Prognoseinstitute wird sich die Wachstumsdynamik 2017 mit 1,2% bis 1,5% (im Jahresabstand) deutlich verlangsamen.

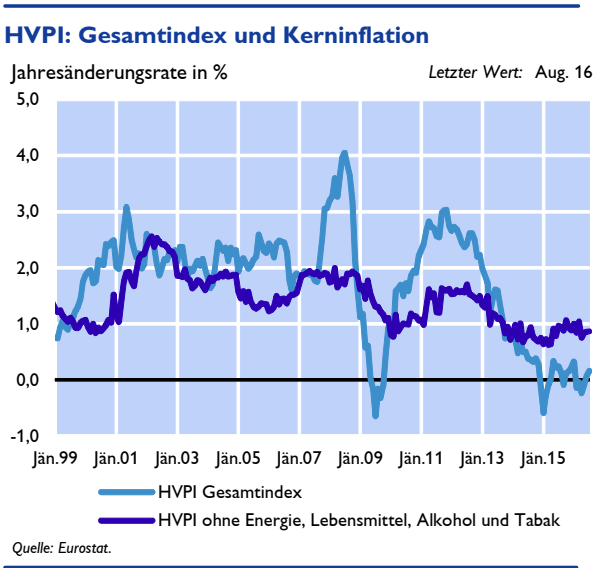
Arbeitsmarkterholung im Euroraum breit abgestützt

Die Lage am Arbeitsmarkt im Euroraum verbessert sich kontinuierlich. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im Juni 2016 bei 10,1% und konnte damit ihren steten Abwärtstrend fortsetzen. Seit den Höchstständen von Anfang 2013 ist die Arbeitslosenquote damit um insgesamt 2 Prozentpunkte gesunken. Begleitet wird dies von einem leichten Anstieg der Erwerbsquote. Mit wenigen Ausnahmen (Finnland, Luxemburg, Österreich) ist die Arbeitslosigkeit seit Anfang 2013 in allen Euroraumländern gesunken. Insgesamt ist der Rückgang der Arbeitslosenquote im Euroraum in den letzten drei Jahren zu einem wesentlichen Teil den Entwicklungen in Spanien geschuldet. Dort ging die Arbeitslosenquote im Vergleichszeitraum um 6,3 Pp. zurück. Generell verzeichnen jene Länder, in denen zuvor die Arbeitslosigkeit besonders stark angestiegen war, auch überdurchschnittlich deutliche Rückgänge. Das gilt neben Spanien insbesondere für Estland, Irland, Portugal, Zypern und Griechenland.



HVPI-Inflationsrate 2016 voraussichtlich knapp über Null, 2017 bei 1,2% bis 1,4%

Nach einem energiepreisbedingten Rückgang der HVPI-Inflationsrate seit Jahresbeginn lag diese im April und Mai 2016 mit –0,2% und -0,1% (im Jahresvergleich) zwei Mal in Folge im negativen Bereich. In den anschließenden Monaten Juni bzw. Juli stieg die Inflationsrate in den positiven Bereich, auf 0,1% und 0,2%. Weiterhin wirkte insbesondere die Entwicklung der Energiepreise, aber auch jene der Güterpreise inflationsdämpfend. Die Kerninflationsrate liegt mit 0,8% nach wie vor deutlich über der Gesamtinflationsrate. Die Preise für unverarbeitete Lebensmittel sind gegenüber dem zweiten Quartal deutlich stärker gestiegen, machen allerdings nur einen geringen Teil des Index aus. Auch die Preise für Dienstleistungen sind angezogen.



Aktuelle Prognosen für 2016 gehen von einer HVPI-Inflationsrate im Euroraum von knapp über Null Prozent aus. Die Energiepreise sollen demnach gegen Ende des Jahres wieder zulegen. Die prognostizierten Preissteigerungsraten für 2017 wurden aufgrund des britischen EU-

Referendums leicht nach unten revidiert. Dennoch dürfte die Teuerungsrate 2017 auf 1,2% bis 1,4% anziehen und sich damit dem Inflationsziel des Eurosystems langsam annähern.

Die Lohnentwicklung bleibt verhalten: Das jährliche Wachstum des nominalen Arbeitnehmerentgelts im Euroraum ist im ersten Quartal auf 1,2% gefallen, allerdings suggerieren rezente Daten zu Stundenlöhnen (1,8%, ggü. 1,5% in Q1/16) ein Ansteigen des Wachstums im zweiten Quartal, was auch mit dem Beschäftigungswachstum konsistent wäre.

Anhaltend moderates globales Wachstum: Mäßige Wachstumsdynamik in den USA, gedämpfte Aussichten im Vereinigten Königreich

Die durch das Brexit Referendum entstandenen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten veranlassten die Prognostiker des IWF sowie der EK ihre Wachstumserwartungen zu revidieren. Der IWF senkte die Prognose zum Weltwirtschaftswachstum um je –0,1 Pp. auf 3,1% für 2016 bzw. 3,4% für 2017. Die EK verfasste ebenfalls ein Update, allerdings nur für den Euroraum und UK (siehe Tabelle). Die OECD erwartete in ihrer Juni-Prognose, bei der das Brexit-Votum noch nicht berücksichtigt wurde, mit 3,0% eine etwas geringere globale Wachstumsrate für das laufende Jahr. Die ebenfalls Anfang Juni veröffentlichte Prognose der EZB sieht das Weltwirtschaftswachstum bei lediglich 2,9%. Für das Jahr 2017 liegen die Prognosen bei 3,3% (OECD) bzw. 3,4% (EZB).

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	Europäische Kommission Mai/Juli 2016[1]		OECD Juni 2016		IWF Juli 2016[2]	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Euroraum	1,6	1,5	1,6	1,7	1,6	1,4
UK	1,6	1,1	1,7	2,0	1,7	1,3
Japan	0,8	0,4	0,7	0,4	0,3	0,1
China	6,5	6,2	6,5	6,2	6,6	6,2
USA	2,3	2,2	1,8	2,2	2,2	2,5
Welt	3,1	3,4	3,0	3,3	3,1	3,4

Veränderungen zum Vorjahr in %

1) Stand Juli 2016, Update der Frühjahrsprognose vom Mai unter Berücksichtigung des UK Referendums für ER und UK

2) Stand Juli,2016, Update des World Economic Outlook vom April unter Berücksichtigung des UK Referendums

USA: Überraschend langsames Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2016

Die mäßigen globalen Konjunkturaussichten sind wesentlich von der Entwicklung in den USA geprägt. Diese zeigt eine unerwartet deutliche Verlangsamung des BIP-Wachstums seit der zweiten Jahreshälfte 2015. Das Wachstum der USA lag im zweiten Quartal 2016 bei 1,1% (im Jahresabstand) und damit über dem Wachstum im ersten Quartal (0,8% im Jahresabstand). Ersten Schätzungen zufolge stützen primär der private Konsum aber auch der Export das Wachstum. Ein Rückgang bei den Lagerbeständen der Unternehmen, verhaltene Bruttoanlageinvestitionen und ein rückläufiger öffentlicher Konsum wirken hingegen wachstumshemmend.

Die Arbeitslosenquote der USA liegt im August das dritte Mal in Folge bei 4,9%, was in etwa dem Mittelwert der letzten zehn Monate entspricht. Das Beschäftigungswachstum hat sich allerdings gegenüber Juli etwas verlangsamt und sank von einem Zuwachs von 275.000

Beschäftigten im Juli auf 151.000 im August.[3], die Erwerbsquote verblieb im August bei 62,8%. Mittelfristig gesehen stagniert die Erwerbsquote seit 2014 auf etwa diesem Niveau. Ein Blick auf die Lohnentwicklung zeigt, dass die Reallöhne seit Jahresbeginn wieder angestiegen sind. Die FED signalisierte trotz der positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt eine abwartende Haltung hinsichtlich ihrer Geldpolitik. In der Sitzung Ende Juli wurde keine Änderung der aktuellen Geldpolitik vorgenommen und der Leitzins daher bei 0,25% bis 0,5% belassen.

Vereinigtes Königreich: Bank of England senkt Leitzinsen und erweitert Anleihekaufprogramm

Nach dem überraschenden Entscheid der Briten zum Austritt aus der EU wurden insbesondere die Prognosen für 2017 deutlich nach unten revidiert. Für das Vereinigte Königreich liegen die Wachstumsprognosen zwischen 1,6% und 1,7% für 2016 bzw. zwischen 1,1% und 1,3% für 2017 (Abwärtsrevision der Prognosen um –0,2 Pp. für 2016 bzw. –0,8 bzw. –0,9 Pp. für 2017). Neben den Einbrüchen auf den Finanzmärkten, die sich zum Großteil rasch wieder erholt haben, bleiben die Unsicherheiten in Bezug auf Handel und Investitionen weiterhin bestehen.

Nach einer moderat positiven Entwicklung im ersten Quartal werden die Konjunkturaussichten des Vereinigten Königreichs für 2016 und 2017 nach dem Referendum nun deutlich pessimistischer eingeschätzt. Im Umfeld steigender Unsicherheit und verringerter Wachstumsaussichten beschloss die Bank of England im August ihre Geldpolitik zu lockern. Die dazu beschlossenen Maßnahmen bauen auf drei Säulen auf: Senkung der Leitzinsen von 0,5% auf 0,25%, Ausweitung des Ankaufprogramms von Staatsanleihen und Ankauf von Unternehmensanleihen. Die Einführung eines neuen Instruments, des sog. Term Funding Scheme (TFS), wurde ebenfalls im August beschlossen. Dieses hat zum Ziel die Weitergabe von Zinssenkungen durch die Zentralbank an Haushalte und Unternehmen zu verstärken und Zinsen auf Kredite mit variablen Zinsen zu senken.

Durch den Ankauf von Unternehmensanleihen sollen die Renditen auf Unternehmensanleihen und damit deren Finanzierungskosten reduziert werden. Daneben soll es zu einer Portfolio-Umschichtung der Investoren kommen, indem diese der Zentralbank Unternehmensanleihen verkaufen und mit der neuen Liquidität wieder in neue Unternehmensanleihen oder sonstige Wertpapiere investieren. Auch soll damit die Ausgabe neuer Unternehmensanleihen unterstützt werden.

Japan: Bank of Japan lässt Leitzins im Minusbereich, Fiskalpaket angekündigt

Die Situation in Japan ist nach wie vor geprägt von einer schwachen Nachfrage und niedrigen bzw. negativen Inflationsraten. Während die aktuellste Prognose des IWF das Wachstum in Japan 2016 um 0,2 Pp. auf 0,3% hinunter und 2017 um 0,2 Pp. auf 0,1% hinauf revidiert hat, waren die etwas älteren Prognosen der OECD und der Europäischen Kommission zu Japan noch positiver ausgefallen. In der Juniprognose hatte die OECD mit einem Wachstum von 0,7% bzw. 0,4% für 2016 und 2017 gerechnet. Insbesondere die jüngste starke Aufwertung des Yen seit Anfang 2016 bzw. seit dem UK Referendum dürfte diese Diskrepanz erklären. Die Aufschiebung der ursprünglich für Frühjahr 2017 angekündigten Mehrwertsteuererhöhung in

[3] Die Gesamtzahl aller Beschäftigten in den USA beträgt im August rund 144,6 Mio Personen, gegenüber dem Vormonat ist das ein Anstieg um 0,1% bzw. um 1,7% gegenüber dem August des Vorjahres.

das Jahr 2019 verbesserte zwar die Wachstumsaussichten für 2017, dennoch wird erwartet, dass die wachstumshemmenden Effekte der Währungsaufwertung diese teilweise kompensieren.

Die Ankündigung zusätzlicher fiskalischer Stimuli im August 2016 in Höhe von 0,9% des BIP im aktuellen Jahr ist noch in keiner der Prognosen berücksichtigt. Geplant ist dabei eine Erhöhung der Sozial- und Infrastrukturausgaben, eine Unterstützung von KMUs und Maßnahmen für den Wiederaufbau einer erdbebengeschädigten Insel im Süden des Landes.

Nach dem positiven ersten Quartal 2016 legen erste Schätzungen für das zweite Quartal ein Erliegen des Wachstums nahe. Mit 0,05% ggü. dem Vorquartal ist das Wachstum nur knapp positiv. Wachstumshemmend wirken vor allem rückläufige Exporte durch die Yen-Aufwertung, ein schwacher privater Konsum und ein zu geringes Wachstum der Investitionen.

Die Inflationsrate ist nach wie vor negativ und erreichte im Juli einen Stand von –0,4% (jüngster Tiefstand Juni –0,5%). Die Kerninflation ist im Vergleich zum Vormonat um 0,2 Pp. gesunken und lag im Juli bei 0,3%. Mit einer weiteren geldpolitischen Lockerung (Beschluss Ende Juli; Aktienankäufe, Leitzins bleibt auf –0,1%) will die japanische Zentralbank das Konsumentenvertrauen und die Wirtschaftslage wieder verbessern.

China: Stabiles Wachstum in 2016, langfristig allerdings stetige Verlangsamung

Trotz einer leichten Aufwärtsrevision in 2016 erreichen die IWF-Prognosen für China nur knapp das untere Ende des offiziellen Wachstumsziels von 6,5 bis 7%: Expansive Fiskalpolitik, vor allem ein Anstieg der Infrastrukturausgaben und die lockere Geldpolitik des Jahres 2015 veranlassten den IWF, die Prognosen für 2016 um 0,1 Pp. auf 6,6% zu erhöhen. Die Aussichten für 2017 bleiben bei 6,2%. Der Einfluss des britischen Referendums auf die chinesische Volkswirtschaft wird aufgrund der vergleichsweise geringen Handelsverflechtungen vom IWF als gering eingeschätzt. Indirekte Auswirkungen über die Europäische Union seien allerdings denkbar.

Das Wachstum im zweiten Quartal erreichte, wie schon im ersten Quartal, 6,7%. Die nachfrageseitigen Komponenten des BIP sind bis dato nicht veröffentlicht. Kürzlich veröffentlichte Indikatoren legen jedoch nahe, dass das Wachstum der Investitionen im Juli im Vergleich zum Vormonat und auch zum Juli des Vorjahres rückläufig ist. Obwohl der Wachstumsbeitrag der Investitionen über die letzten Quartale gesunken ist, ist deren Anteil im Ländervergleich nach wie vor sehr hoch. In diesem Zusammenhang warnt der IWF vor dem starken Kreditwachstum in China, da ein Großteil der Investitionen kreditfinanziert ist. Der Anteil der Kredite im Verhältnis zum BIP wächst kontinuierlich und hat sich seit den Vorkrisenjahren mehr als verdoppelt. Eine ineffiziente Verwendung und Fehlallokationen der Kredite, insbesondere die Finanzierung von Überkapazitäten, begründen diese Entwicklung und steigern prospektiv das Risiko von Kreditausfällen.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunktur zieht im zweiten Quartal 2016 wieder etwas an[4]

Starker Konsum treibt wirtschaftliche Dynamik

Die wirtschaftliche Dynamik in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) erholte sich im zweiten Quartal 2016 wieder etwas. Das durchschnittliche Wachstum betrug 0,9% (im Vergleich zur Vorperiode) nachdem es im ersten Quartal nur bei 0,3% gelegen hatte. Besonders deutlich fiel diese Entwicklung in Ungarn und Polen aus. In beiden Ländern stieg die Wachstumsrate aus dem negativen Bereich auf rund 1% an (jeweils gegenüber dem Vorquartal). Eine deutliche Wachstumsbeschleunigung wurde auch für die Tschechische Republik berichtet. Rumänien verzeichnete abermals das höchste Wachstum in der CESEE-Region (+1,5% im Vergleich zum Vorquartal).

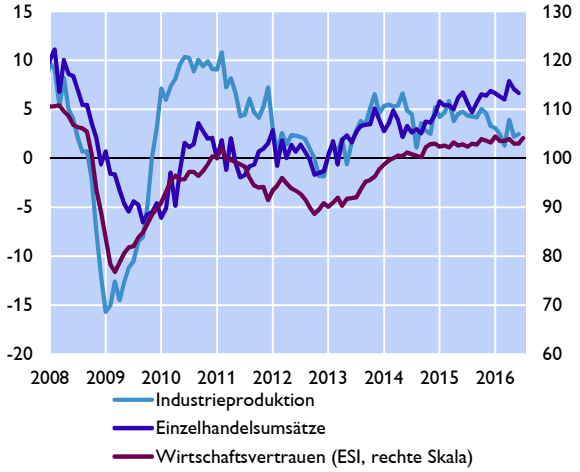
Wirtschaftswachstum in CESEE
Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2015q3	2015q4	2016q1	2016q2*
Bulgarien	0.7	0.7	0.7	0.7
Estland	-0.3	1.3	0.0	0.3
Kroatien	1.5	-0.6	0.6	0.6
Lettland	0.8	-0.4	0.1	0.6
Litauen	0.5	0.5	0.8	0.2
Polen	0.8	1.3	-0.1	0.9
Rumänien	1.5	1.1	1.6	1.5
Slowakische Rep.	1.0	1.0	0.8	0.9
Slowenien	0.4	0.6	0.5	0.5
Tschechische Rep.	1.1	0.4	0.4	0.9
Ungarn	0.3	0.6	-0.8	1.1
gesamte Region	0.9	0.9	0.3	0.9

*) *Schnellschätzung*
Quelle: Eurostat.

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren in CESEE

jährliche Veränderung in % bzw. in Punkten



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

Zu Jahresbeginn litt das Wachstum unter einer schwachen Investitionstätigkeit, die unter anderem auf das Ende der Auszahlungen von EU-Mitteln aus dem mehrjährigen Finanzrahmen 2007-2013 mit Ende 2015 zurückzuführen war. Hiervon wurden vor allem Bauinvestitionen in Mitleidenschaft gezogen. Diese Schwäche dürfte sich auch im zweiten Quartal fortgesetzt haben. Die Produktion im Baugewerbe ging im Durchschnitt um rund 10% (gegenüber dem Vorjahresquartal) zurück. Gleichzeitig erholte sich aber die Industrieproduktion wieder etwas und legte im Jahresvergleich um etwa 3% zu. Gemäß Umsatzdaten in der Industrie war das auf eine robuste Exportkonjunktur zurückzuführen. Besonders positiv dürfte sich aber weiterhin der private Konsum entwickelt haben. Die Einzelhandelsumsätze nahmen im zweiten Quartal um über 7% im Jahresvergleich zu. Das ist der höchste Anstieg seit Beginn der Krise 2008. Die Neuwagenzulassungen erzielten ein Plus von knapp unter 18%. Gleichzeitig sank die Arbeitslosenquote auf 6,5% im regionalen

[4] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

Durchschnitt und lag damit nur knapp über dem langjährigen Tiefststand von 6,4% im Herbst 2008.

Das Brexit-Referendum hat in den zur Verfügung stehenden Daten bis jetzt keine negativen Spuren hinterlassen. So nahm etwa das Wirtschaftsvertrauen im Juli zu: der Economic Sentiment Indikator der Europäischen Kommission stieg von einem durchschnittlichen Wert von 103 Punkten im Juni auf 104,1 Punkte im Juli. Auf den Finanzmärkten kam es in den ersten Tagen nach dem Referendum zu einem leichten Anstieg bei Eurobond Spreads und CDS Prämien; der ungarische Forint und der polnische Zloty werteten etwas gegenüber dem Euro ab. Diese Verschlechterung war allerdings nicht von Dauer und die Indikatoren kehrten nach relativ kurzer Zeit wieder zu ihren Niveaus von Anfang Juni zurück. Die Währungen werteten im Verlauf von Juli und August sogar relativ deutlich gegenüber dem Euro auf.

Die russische Rezession (noch 2015 BIP-Rückgang von 3,7%) schwächte sich im ersten Halbjahr 2016 spürbar ab (-0,9% im Jahresvergleich). Nachfrageseitig sank der private Konsum deutlich weniger stark und der vorher umfangreiche Lagerabbau wurde gestoppt. Angebotsseitig trugen der leichte Aufschwung der Agrar- und Rohstoffproduktion, sowie die stagnierende Industrieproduktion (nach einem Rückgang 2015) zur Stabilisierung der Wirtschaftslage bei. Die westlichen Sanktionen gegen Russland und die russischen Gegensanktionen gegen westliche Länder wurden im Frühsommer 2016 jeweils verlängert. So wurden z.B. die EU-Strafmaßnahmen (u.a. Restriktionen für den Zugang russischer staatseigener Unternehmen und Banken zum EU-Kapitalmarkt, Beschränkungen im Export von Rüstungs- und dual use-Gütern nach Russland) bis Februar 2017 verlängert, und russische Retorsionsmaßnahmen (Agrarembargo gegen sanktionierende Länder) bis Ende 2017 erstreckt.

Auf Grund des gesunkenen Ölpreises (im Jahresvergleich) ist das föderale Budgetdefizit im Zeitraum Jänner-Juli 2016 auf etwa 3,3% des aliquoten BIP gestiegen. Aus demselben Grund schrumpfte der Leistungsbilanzüberschuss in den ersten sieben Monaten 2016 auf 16,4 Mrd USD (gegenüber 50,6 Mrd USD im Vergleichszeitraum des Vorjahres). Demgegenüber fiel der private Kapitalabfluss aus Russland im Zeitraum Jänner bis Juli 2016 auf 11 Mrd USD. In der Vergleichsperiode 2015 hatte der Abfluss noch 53 Mrd USD betragen. Die Differenz ist u.a. auf erfolgte Schuldenrückzahlungen zurückzuführen. Die Währungsreserven des Landes (inkl. Gold) stiegen seit Anfang 2016 bis Ende August um etwa 30 Mrd USD auf 397 Mrd USD.

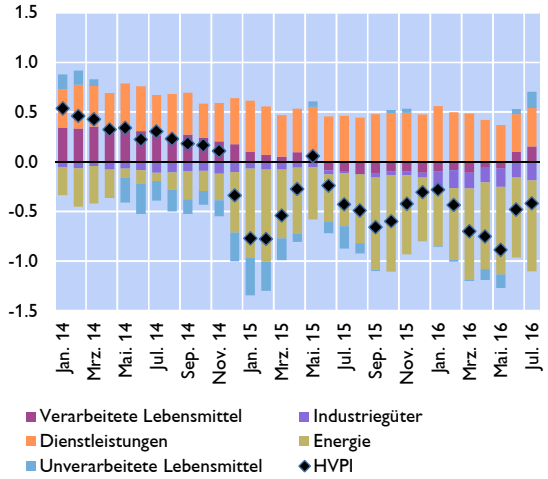
Deflationärer Druck lässt etwas nach

Die seit Anfang 2015 zu beobachtende Deflation in der CESEE Region hat sich in den letzten Monaten wieder etwas abgeschwächt. Im Juli 2016 lag die durchschnittliche Inflationsrate in der Region bei -0,4% nachdem sie im Mai noch -0,9% betragen hatte. Haupttreiber der deflationären Tendenzen bleiben in erster Linie die Energiepreise, welche die Inflation um 0,9 Prozentpunkte dämpften. Darüber hinaus trugen auch Preise für Industriegüter weiterhin negativ zur Teuerung bei. Die restlichen Komponenten des HVPI sorgten für einen moderaten Preisauftrieb. Das trifft insbesondere auch auf Lebensmittel zu, welche im Juni und Juli das erste Mal seit Anfang 2015 wieder positive Inflationsbeiträge lieferten. Auf Länderebene waren die Preise vor allem in Bulgarien und Kroatien (-1,1% im Juli) sowie in der Slowakei (-0.9%) rückläufig. Die höchste Inflationsrate wurde für Estland berichtet (0,8%).

Aufgrund des geringen Preisdrucks halten die Zentralbanken der Region an ihrer seit Mitte 2012 betriebenen expansiven Geldpolitik fest. Die Leitzinsen liegen in allen Ländern auf historischen Tiefstständen. Die ungarische Notenbank (MNB) senkte vom März bis Mai ihren Leitzins weiter um jeweils 15 Basispunkte auf zuletzt 0,9%. Seit der Zinsentscheidung im März ist der Overnight-Einlagezinssatz mit -0,05% erstmalig negativ. Die im Juli angekündigten Änderungen im Hauptinstrument der MNB wirken in Richtung einer weiteren geldpolitischen Lockerung. Die Tschechische Notenbank hält an ihrem Wechselkursziel von mindestens 27

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-MS

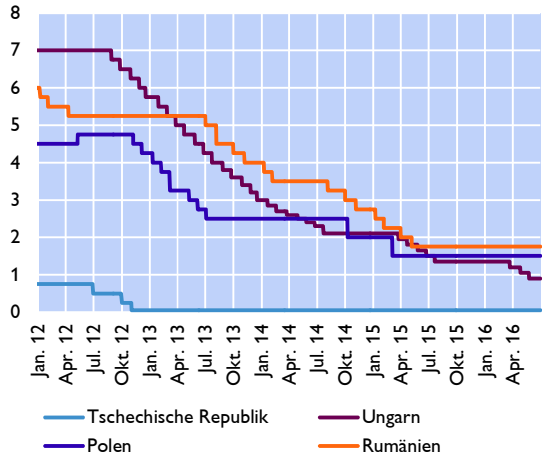
in Prozentpunkten, Punkte in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Entwicklung der Leitzinssätze in CESEE

in %



Quelle: Thomson Reuters.

Kronen per Euro noch mindestens bis zur ersten Hälfte des Jahres 2017 fest. Bis Juni 2016 hat die Notenbank im Umfang von insgesamt EUR 11,7 Mrd. interveniert. Im Mai und Juni wurden Euro im Umfang von 575 Mrd. bzw. 313 Mrd. gekauft.

Österreich: Konjunkturdynamik bleibt verhalten – Wachstum 2016 bei knapp 1½%[5]

Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal mit +0,3% unter den Erwartungen

Die österreichische Wirtschaft ist laut erster vollständiger Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im zweiten Quartal 2016 um 0,3% gewachsen (gegenüber dem Vorquartal; real, saison- und arbeitstägig bereinigte Trend-Konjunktur-Komponente). Damit hat sich die Wachstumsdynamik im Vergleich zum ersten Quartal (+0,4%) etwas abgeschwächt.

Seit der Einführung von ESVG 2010 berechnet das WIFO zwei unterschiedliche saisonbereinigte BIP-Reihen. Neben der „Trend-Konjunktur-Reihe", die einen glatten Verlauf aufweist und von WIFO und OeNB für die Konjunkturanalyse verwendet wird, wird auch eine stärker fluktuierende „Saison- und arbeitstagbereinigte Reihe" berechnet. Letztere wird von Eurostat veröffentlicht und daher von internationalen Institutionen wie OECD, IWF, EK und EZB verwendet. Sie zeigt eine markante Wachstumsabschwächung von +0,6% im ersten auf +0,1% im zweiten Quartal an, die zu einem kleinen Teil einem Wettereffekt in der Bauwirtschaft geschuldet ist. Das volatile Muster der „Saison- und arbeitstagbereinigten Reihe" ist jedoch oftmals ökonomisch schwierig zu interpretieren. Die verfügbaren Konjunkturindikatoren legen für das erste Halbjahr 2016 vielmehr nahe, dass sich die österreichische Wirtschaft auf einem – wenn auch nur moderaten – stabilen Wachstumspfad befindet.

Ergebnisse der VGR für 2016Q2 vom 29. August 2016

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlage-investitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Nettoexporte	Lagerver-änderungen	Stat. Differenz
	Veränderung zur Vorperiode in %						*Wachstumsbeiträge zum BIP in %-Punkten*			
Q1 15	+0.3	−0.0	+0.5	+0.3	+0.7	+1.1	0.1	−0.2	0.1	0.2
Q2 15	+0.3	+0.0	+0.5	+0.4	+0.7	+0.8	0.2	−0.0	0.1	−0.0
Q3 15	+0.3	+0.1	+0.4	+0.4	+1.2	+1.2	+0.3	+0.0	+0.0	−0.0
Q4 15	+0.4	+0.2	+0.3	+0.6	+0.5	+1.2	+0.3	−0.3	+0.4	−0.0
Q1 16	+0.4	+0.3	+0.3	+1.0	+0.4	+0.5	+0.4	−0.1	−0.1	+0.1
Q2 16	+0.3	+0.3	+0.2	+1.0	+0.7	+0.9	+0.4	−0.1	−0.0	+0.0
2012	+0.6	+0.5	+0.1	+1.8	+1.7	+1.0	+0.7	+0.4	−0.5	+0.0
2013	+0.3	−0.2	+0.3	+2.0	+0.4	+0.9	+0.4	−0.2	+0.1	+0.0
2014	+0.7	−0.2	+1.0	−0.4	+2.4	+1.4	−0.0	+0.6	+0.2	−0.0
2015	+0.9	−0.1	+1.8	+0.5	+3.5	+3.0	+0.4	+0.4	−0.2	+0.2

Eine Analyse der nachfrageseitigen BIP-Komponenten zeigt, dass das Wachstum im zweiten Quartal weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen wurde. Mit +0,3% fiel die Quartalswachstumsrate des privaten Konsums angesichts der niedrigen Inflation und der in Kraft getretenen Einkommenssteuerreform jedoch relativ schwach aus. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden hingegen recht kräftig ausgeweitet (+1,0%). Die Unternehmen haben insbesondere ihre Investitionstätigkeit in den Bereichen Fahrzeuge (+4,3%) und Maschinen (+1,5%) ausgeweitet. Die Wohnbauinvestitionen tragen nach einer recht deutlichen Revision der VGR-Daten nun

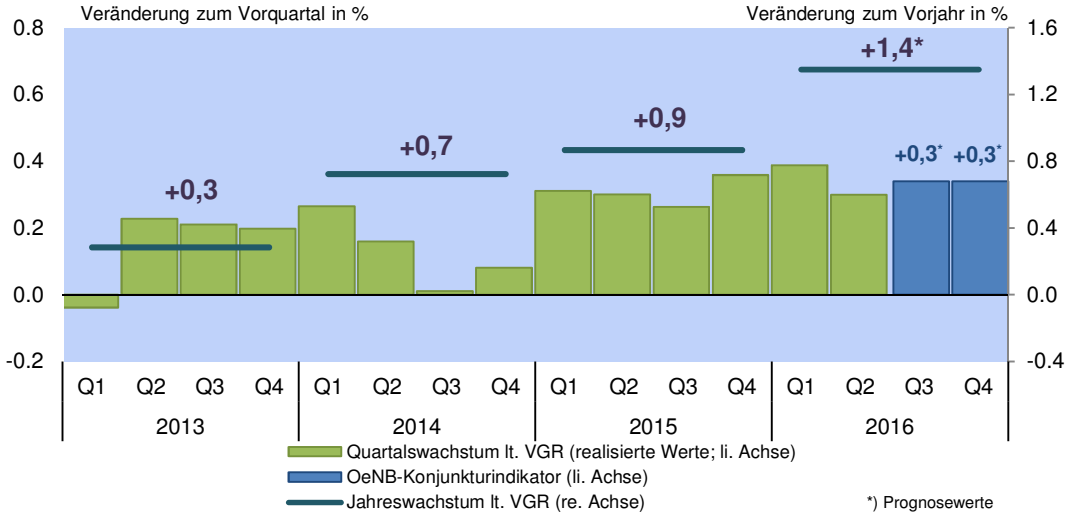
[5] Autoren: Fritz Fritzer, Lukas Reiss, Christian Ragacs und Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

bereits seit Ende 2014 wieder positiv zum Wachstum bei. Dieser Trend hat sich im bisherigen Jahresverlauf fortgesetzt. Die Importe sind nicht zuletzt aufgrund des hohen Importgehalts der Ausrüstungsinvestitionen mit +0,9% etwas stärker als die Exporte (+0,7%) gewachsen, sodass die Nettoexporte insgesamt einen geringfügig negativen Wachstumsbeitrag (-0,1 Prozentpunkte) zum BIP geliefert haben.

OeNB-Konjunkturindikator: Konjunkturdynamik bleibt verhalten – Wachstum 2016 bei knapp 1½%

Angesichts der eingetrübten Aussichten für die Weltwirtschaft und den Euroraum im Laufe des ersten Halbjahres haben die österreichischen Güterexporte sich daher in den ersten fünf Monaten mit einem Plus von nominell 1,1% (im Jahresabstand) entsprechend schwach entwickelt. Neben einer nur verhaltenen realen Exportdynamik dämpfen fallende Exportpreise die nominelle Dynamik zusätzlich. Die verfügbaren Vorlaufindikatoren wie der OeNB-Exportindikator und die Einschätzung der Exportauftragseingänge durch die Unternehmen deuten für die zweite Jahreshälfte auf keine Beschleunigung des Güterexportwachstums hin. Die Dienstleistungsexporte entwickelten sich im ersten Halbjahr besser als die Güterexporte, wozu vor allem der Tourismus beitrug, der derzeit von der unsicheren geopolitischen Lage profitiert. Mit fast 88 Mio. Übernachtungen wurde für die ersten sieben Monate ein neuer Höchstwert erzielt. Zu dem Plus von knapp 5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum trugen ausländische und inländische Gäste gleichermaßen bei.

Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das dritte und vierte Quartal 2016 (saison- und arbeitstägig bereinigte Trendkomponente)



Quelle: OeNB-Konjunkturindikator vom August 2016, WIFO.

Das Wachstum der österreichischen Industrie (NACE C) hat sich im zweiten Quartal zwar etwas abgeschwächt, mit einem Plus von 0,4% gegenüber dem Vorquartal hat sich die Industriekonjunktur aber dynamischer als die Gesamtwirtschaft entwickelt. Die Unsicherheiten in Folge der Brexit-Entscheidung haben bisher nur schwache Spuren in den Konjunkturdaten hinterlassen. Der Einkaufsmanagerindex ist im August ein zweites Mal leicht zurückgegangen, liegt mit 52,1 Punkten aber weiterhin über der Expansionsschwelle von 50 Punkten.

Der private Konsum sollte auch in der zweiten Jahreshälfte von zahlreichen Stimuli profitieren. Die Steuerreform, das starke Beschäftigungswachstum und die niedrige Inflation stützen das real verfügbare Haushaltseinkommen. Die bisherigen Erfahrungen der ersten

Jahreshälfte legen jedoch nahe, dass die expansive Wirkung dieser Faktoren schwächer als erwartet bleiben dürfte. Die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung dämpft die Kauflaune der Konsumenten. Die Konjunkturdynamik bleibt daher auch in der zweiten Jahreshälfte eher verhalten. Die OeNB erwartet im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose (OeNB-Konjunkturindikator vom August 2016) für das dritte und vierte Quartal 2016 ein Wachstum des realen BIP von jeweils +0,3% (saison- und arbeitstägig bereinigt, Trend-Konjunktur-Komponente, gegenüber dem Vorquartal). Die Prognose für das dritte Quartal wurde gegenüber der letzten Veröffentlichung um 0,1 Prozentpunkte nach unten revidiert. Ausschlaggebend für die Abwärtsrevision ist vor allem die schwache Entwicklung des privaten Konsums, der trotz Steuerreform, einem starken Beschäftigungswachstum und niedriger Inflation im ersten Halbjahr nur moderat gewachsen ist. Für das zweite Halbjahr wurden die Wachstumsaussichten gegenüber der OeNB-Prognose vom Juni aufgrund der schwächeren internationalen Konjunktur leicht nach unten revidiert.

Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das dritte und vierte Quartal 2016 (saison- und arbeitstägig bereinigte Trendkomponente)

Q1 14	Q2 14	Q3 14	Q4 14	Q1 15	Q2 15	Q3 15	Q4 15	Q1 16	Q2 16	Q3 16	Q4 16
Veränderung zum Vorquartal in %											
+0.3	+0.2	+0.0	+0.1	+0.3	+0.3	+0.3	+0.4	+0.4	+0.3	+0.3 *	+0.3 *
Veränderung zum Vorjahresquartal in %											
+0.9	+0.8	+0.6	+0.5	+0.6	+0.7	+1.0	+1.2	+1.3	+1.3	+1.4 *	+1.4 *
			+0.7				+0.9				+1.4 *

** : Prognosewerte*

Weitere Seitwärtsbewegungen bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Wie auch schon in den Vormonaten ist der Arbeitsmarkt vor allem von Seitwärtsbewegungen der wichtigsten Indikatoren gekennzeichnet. Die Beschäftigungsdynamik zeigte sich nach einem sehr starken ersten Halbjahr (+0,5% in Q1 und +0,3% in Q2, jeweils gegenüber dem Vorquartal) auch im Juli – nun gegenüber dem Vormonat – mit einem Plus von +0,1% robust. Die Anzahl arbeitsloser Personen ist im ersten Halbjahr zwar deutlich gesunken (Q1: -0,5%, Q2: -0,2%, jeweils gegenüber dem Vorquartal), im Juli gegenüber dem Vormonat aber leicht angestiegen (0,2%). Die Anzahl der Personen in Schulung ist im gleichen Zeitraum deutlicher gesunken (-2,2%), wodurch sich die Summe aus arbeitslosen Personen und von Personen in Ausbildung wie auch schon im Juni um 0,2% gegenüber dem Vormonat verringert hat. Das zuletzt ungewöhnlich starke Wachstum der beim AMS gemeldeten offenen Stellen ist im Juli zum Stillstand gekommen, dies jedoch auf dem hohen Niveau von über 41.000 Stellen (Saisonbereinigung durch OeNB). Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote laut AMS blieb im Juli mit 9,2% gegenüber dem Vormonat unverändert, jene laut Eurostat ist hingegen leicht um 0,1 Prozentpunkte gesunken.

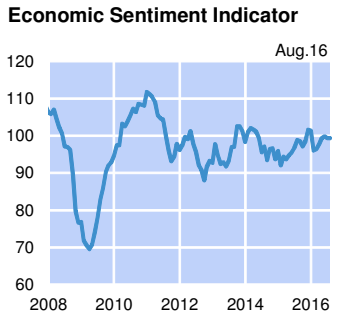
Kennziffern des Arbeitsmarktes (saisonbereinigt)

	Unselbstständig Beschäftigte		*Arbeitslose*		*Personen in Schulung*		*Arbeitslose und Personen in Schulung*		*Arbeitslosenquote in %*		*Offene Stellen*	
	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	AMS	Eurostat	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %
2016M04	3,576	0.1	356.2	-0.2	66.9	-0.4	423.1	-0.2	9.1	5.9	38.3	2.7
2016M05	3,579	0.1	357.6	0.4	68.6	2.5	426.1	0.7	9.2	6.1	39.0	1.8
2016M06	3,582	0.1	356.4	-0.3	68.8	0.4	425.3	-0.2	9.2	6.1	41.0	5.3
2016M07	3,585	0.1	357.2	0.2	67.3	-2.2	424.5	-0.2	9.2	6.0	41.0	-0.1
2015Q3	3,539	0.3	356.9	0.5	66.4	4.7	423.3	1.1	9.2	5.7	30.1	10.0
2015Q4	3,553	0.4	359.4	0.7	65.7	-1.2	425.1	0.4	9.2	5.9	33.0	9.7
2016Q1	3,569	0.5	357.4	-0.5	66.1	0.7	423.5	-0.4	9.1	6.0	37.9	14.7
2016Q2	3,579	0.3	356.7	-0.2	68.1	3.0	424.8	0.3	9.2	6.0	39.4	4.2
2013	3,483	0.5	287.2	10.2	73.4	10.2	360.6	10.2	7.6	5.3	26.4	-10.2
2014	3,503	0.6	319.4	11.2	75.2	2.4	394.6	9.4	8.4	5.6	26.3	-0.4
2015	3,534	0.9	354.4	10.9	65.1	-13.4	419.5	6.3	9.1	5.7	29.3	11.4

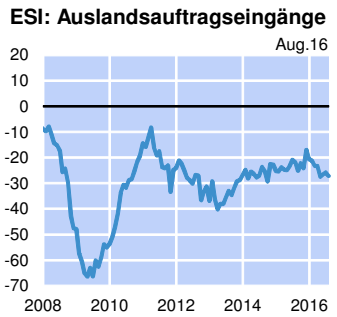
Quelle: AMS, OeNB, Eurostat.

Vertrauensindikatoren von Referendum im U.K. bisher nur wenig beeinflusst

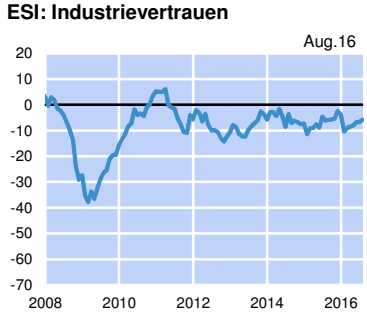
Die Vertrauensindikatoren für den Euroraum zeigen sich von den jüngsten Unsicherheiten vergleichsweise unbeeindruckt. Während der ESI im August einen leichten Rückgang verzeichnete, stieg der EinkaufsManagerIndex (Composite) sogar leicht an. Im Gegensatz dazu verzeichnete der ifo-Index für die deutsche Industrie, der gewöhnlich eine sehr gute Vorlaufeigenschaft für die österreichische Industrie hat, einen deutlichen Rückgang im August (siehe Abbildung rechts unten).



Quelle: Europäische Kommission.

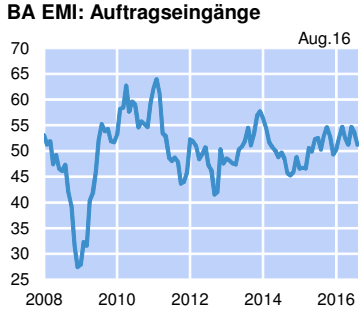


Quelle: Europäische Kommission.



Quelle: Europäische Kommission.

Quelle: Bank Austria



Quelle: Bank Austria.

Quelle: IFO.

Die österreichischen Vertrauensindikatoren zeigen sich angesichts der zahlreichen internationalen Risikofaktoren, wie dem bevorstehenden Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU, dem Krieg in Syrien, den Terroranschlägen in Europa und den jüngsten Entwicklungen in der Türkei, erstaunlich stabil. Der Indikator des wirtschaftlichen Vertrauens der Europäischen Kommission (ESI) für Österreich lag im August mit 99,3 Punkten auf dem Vormonatswert und signalisiert damit ein stabiles Konjunkturklima. Die Auftragseingänge laut

ESI in Österreich sind im August mit der Eintrübung der Stimmungslage in der EU hingegen leicht zurückgegangen. Der BA Einkaufsmanagerindex fiel gegenüber Juli leicht um 1,3 Punkte auf 52,1. Damit signalisiert dieser Indikator weiterhin eine Expansion der Industrie, wenngleich mit etwas geringerer Dynamik. Damit dürfte die österreichische Industriekonjunktur zur Jahresmitte ihren Höhepunkt erreicht haben und als Folge des Brexit-Votums in der zweiten Jahreshälfte leicht an Schwung verlieren.

Inflationsentwicklung stagniert in den letzten Monaten

Der Rückgang der österreichischen HVPI-Inflationsrate von 1,4% im Jänner 2016 auf 0,6% im April 2016 setzte sich anschließend nicht weiter fort. Bis Juli 2016 stagnierte die HVPI-Inflation – wie in der letzten OeNB-Prognose erwartet – bei 0,6 %. Im ersten Halbjahr 2016 war ein Rückgang der Inflationsrate bei Dienstleistungen und Nahrungsmitteln zu beobachten. Im Nahrungsmittelbereich führten die Aufhebung der Milchquoten im April 2015 sowie das russische Importembargo für einige Agrarprodukte zu einem Angebotsüberschuss und damit einer sinkenden Inflationsrate für Nahrungsmittel. Die Energiepreise sinken derzeit in einem geringeren Ausmaß als noch vor einigen Monaten. Dies kompensiert den inflationsdämpfenden Effekt von Nahrungsmitteln und Dienstleistungen, wodurch die gesamte Inflation nicht weiter sinkt. Die Teuerung für Industriegüter ohne Energie schwankte in den letzten Monaten zwischen 0,2 % und 0,5 %.

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats[6]

EZB-Rat am 21. Juli 2016

Auf der Grundlage der regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 21. Juli 2016 beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Wir gehen weiterhin davon aus, dass sie für längere Zeit und weit über den Zeithorizont unseres Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so bestätigen wir, dass die monatlichen Ankäufe von Vermögenswerten im Umfang von 80 Mrd € bis Ende März 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus und in jedem Fall so lange erfolgen sollen, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit seinem Inflationsziel im Einklang steht.

Wir haben heute die Entwicklungen seit unserer letzten geldpolitischen Sitzung Anfang Juni erörtert. Im Anschluss an das Referendum im Vereinigten Königreich über die Mitgliedschaft in der EU sind die Finanzmärkte im Euro-Währungsgebiet unserer Einschätzung nach den Unsicherheits- und Volatilitätsschüben mit einer ermutigenden Widerstandsfähigkeit begegnet. Die angekündigte Bereitschaft der Zentralbanken, erforderlichenfalls Liquidität bereitzustellen, unsere akkommodierenden geldpolitischen Maßnahmen und ein robuster Regulierungs- und Aufsichtsrahmen haben alle zusammen dabei geholfen, die Spannungen an den Märkten einzudämmen. Es sind nach wie vor äußerst förderliche Finanzierungsbedingungen festzustellen, was zu einer Stärkung der Kreditschöpfung beitrug. Sie untermauern weiterhin unser Basisszenario einer anhaltenden Konjunkturerholung und eines Anstiegs der Inflationsraten.

Zugleich wird der EZB-Rat angesichts der vorhandenen Unsicherheit auch künftig die Wirtschafts- und Finanzmarktentwicklungen sehr genau beobachten und die Übertragung seiner akkommodierenden Geldpolitik auf die Realwirtschaft sicherstellen. In den kommenden Monaten, wenn uns mehr Informationen und neue von Experten erstellte Projektionen vorliegen, werden wir besser in der Lage sein, die zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Bedingungen, die wahrscheinlichsten Inflations- und Wachstumsentwicklungen sowie die Risikoverteilung um diese Entwicklungen herum neu zu beurteilen. Falls zur Erreichung seines Ziels erforderlich, wird der EZB-Rat handeln, indem er alle im Rahmen seines Mandats verfügbaren Instrumente nutzt.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale BIP des Eurogebiets legte im ersten Jahresviertel 2016 um 0,6% gegenüber dem Vorquartal zu, verglichen mit 0,4% im letzten Jahresviertel 2015. Das Wachstum wird weiterhin durch die Binnennachfrage gestützt, während das Exportwachstum moderat blieb. Neue Daten deuten auf ein anhaltendes Wachstum im zweiten Quartal 2016 hin, das jedoch schwächer ist als im ersten Quartal. Mit Blick auf die Zukunft gehen wir nach wie vor davon aus, dass sich die wirtschaftliche Erholung in gemäßigtem Tempo fortsetzt. Die Binnennachfrage wird nach wie vor durch die Transmission unserer geldpolitischen Maßnahmen auf die Realwirtschaft unterstützt. Günstige Finanzierungsbedingungen und eine Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen befördern weiterhin eine Erholung der Investitionstätigkeit. Das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und somit auch die privaten Konsumausgaben werden durch den anhaltenden Beschäftigungszuwachs, der unter anderem auch von

[6] Der Bericht ist die gekürzte Version der einleitenden Bemerkungen des EZB-Präsidenten nach dem EZB-Rat, die in englischer Sprache unter http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2015/html/index.en.html bzw. in deutscher Übersetzung durch die Deutsche Bundesbank unter http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Presse/Pressenotizen/pressenotizen.html verfügbar sind.

vergangenen Strukturreformen profitiert, und durch den nach wie vor relativ niedrigen Ölpreis zusätzlich gestützt. Der finanzpolitische Kurs dürfte 2016 leicht expansiv sein und 2017 sowie 2018 weitgehend neutral ausfallen.

Zugleich wird die konjunkturelle Erholung im Eurogebiet unter anderem durch das Ergebnis des Referendums im Vereinigten Königreich und andere geopolitische Unsicherheiten, die gedämpften Wachstumsaussichten in aufstrebenden Volkswirtschaften, die erforderlichen Bilanzanpassungen in einer Reihe von Sektoren sowie die schleppende Umsetzung von Strukturreformen gebremst. Vor diesem Hintergrund überwiegen in Bezug auf die Wachstumsaussichten des Euroraums weiterhin die Abwärtsrisiken.

Eurostat zufolge stieg die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Eurogebiet von -0,1% im Mai auf 0,1% im Juni 2016, was in erster Linie einem Preisauftrieb bei Energie und Dienstleistungen zuzuschreiben war. Auf Grundlage der aktuellen Terminpreise für Öl dürften die Teuerungsraten in den nächsten Monaten weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau liegen, bevor sie im späteren Jahresverlauf 2016 allmählich anziehen, was größtenteils auf Basiseffekte im Zusammenhang mit der Jahresänderungsrate der Energiepreise zurückzuführen ist. Getragen von unseren geldpolitischen Maßnahmen und der erwarteten Konjunkturerholung dürften die Inflationsraten in den Jahren 2017 und 2018 weiter steigen.

Was die monetäre Analyse betrifft, so verzeichnete die weit gefasste Geldmenge (M3) im Mai 2016 weiterhin ein robustes Wachstum; ihre Jahreswachstumsrate lag bei 4,9%, verglichen mit 4,6% im April. Wie bereits in den Vormonaten wurde der jährliche Zuwachs von M3 hauptsächlich durch die liquidesten Komponenten der weit gefassten Geldmenge gestützt; so belief sich die Jahreswachstumsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 im Mai auf 9,1% nach 9,7% im April.

Die Kreditdynamik setzte ihre seit Jahresbeginn 2014 verzeichnete allmähliche Erholung fort. Die um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte jährliche Änderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften erhöhte sich von 1,2 % im April auf 1,4 % im Mai 2016. In der Entwicklung der Kreditvergabe an Unternehmen kommen nach wie vor deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck. Die um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte blieb mit 1,6% im Mai nach 1,5% im April weitgehend stabil.

Die Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet für das zweite Quartal 2016 deutet auf eine weitere Verbesserung der Kreditangebotsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte und einen anhaltenden Anstieg der Kreditnachfrage in sämtlichen Kreditkategorien hin. Darüber hinaus gaben die Banken erneut an, dass die gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte einen Beitrag zu günstigeren Kreditkonditionen geleistet hätten.

Die seit Juni 2014 ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen haben die Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte wie auch die Kreditströme im gesamten Euroraum deutlich verbessert. Das neue umfassende geldpolitische Maßnahmenpaket, das im März dieses Jahres beschlossen wurde, unterstützt die aktuelle Beschleunigung des Kreditwachstums und fördert dadurch die Erholung der Realwirtschaft. Angesichts der vorhandenen Unsicherheit ist es unerlässlich, dass der Bankkreditkanal weiterhin gut funktioniert.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse die Notwendigkeit bestätigte, einen angemessenen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beizubehalten, um eine möglichst baldige Rückkehr der Inflationsraten auf ein Niveau von unter, aber nahe 2% sicherzustellen.

Die Geldpolitik konzentriert sich auf die Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht. Ihr akkommodierender Kurs stützt die Konjunktur. Der EZB-Rat hat mehrfach darauf hingewiesen und auch in der politischen Diskussion auf europäischer und internationaler Ebene ist weiterhin deutlich zum Ausdruck gekommen: Andere Politikbereiche müssen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene wesentlich entschlossener dazu beitragen, dass unsere geldpolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können. Die Umsetzung von Strukturreformen muss deutlich intensiviert werden, um die strukturelle Arbeitslosigkeit zu verringern und das Wachstum des Produktionspotenzials im Euroraum zu steigern. Strukturreformen sind in allen Ländern des Euroraums notwendig, der spezifische Reformbedarf unterscheidet sich jedoch in den einzelnen Volkswirtschaften. Der Schwerpunkt sollte auf Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und Verbesserung des Geschäftsumfelds liegen, einschließlich der Bereitstellung einer adäquaten öffentlichen Infrastruktur. Diese Maßnahmen sind für die Förderung von Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze unabdingbar. Die Stärkung aktueller Investitionsinitiativen, einschließlich der Verlängerung des Juncker-Plans, Fortschritte im Zusammenhang mit der Kapitalmarktunion und Reformen für eine bessere Abwicklung notleidender Kredite werden mit Blick auf dieses Ziel ebenfalls einen positiven Beitrag leisten. Vor dem Hintergrund einer akkommodierenden geldpolitischen Ausrichtung wird die rasche und effektive Umsetzung von Strukturreformen im Einklang mit den kürzlich vom Europäischen Rat angenommenen länderspezifischen Empfehlungen 2016 nicht nur zu einem kräftigeren nachhaltigen Wirtschaftswachstum im Euroraum führen, sondern auch die Widerstandsfähigkeit des Eurogebiets gegenüber globalen Schocks steigern. Die Finanzpolitik sollte die wirtschaftliche Erholung ebenfalls stützen, ohne dass dabei gegen Fiskalregeln der EU verstoßen wird. Eine im Zeitverlauf und länderübergreifend vollständige und einheitliche Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist unerlässlich, um das Vertrauen in den finanzpolitischen Rahmen zu erhalten. Gleichzeitig sollten alle Länder eine wachstumsfreundlichere Ausgestaltung ihrer finanzpolitischen Maßnahmen anstreben.

Österreichische Banken setzen Anpassungsprozesse fort[7]

Risikoeinschätzung für österreichische Banken und Empfehlungen der OeNB

Die Ratingagentur Moody's hat den seit 2009 auf „negativ" gesetzten Ausblick für das österreichische Bankensystem am 23. August 2016 auf „stabil" angehoben. Diese positivere Einschätzung ist in erster Linie auf das rückläufige Engagement der österreichischen Banken in CESEE zurückzuführen, sodass eine Stabilisierung der Risiken betreffend die Aktiva-Qualität erwartet wird. Insbesondere haben die österreichischen Banken ihr Exposure in Ländern mit erhöhten politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten, wie Ukraine, Russland, Ungarn und Kroatien reduziert, während zeitgleich die Aktivitäten in den stabilen österreichischen Nachbarstaaten Tschechien und der Slowakei verstärkt wurden. Die bereits beschlossene Übertragung der CESEE-Aktivitäten der UniCredit Bank Austria auf die italienische Konzernzentrale trägt zu einem substantiellen Rückgang des Exposures der österreichischen Banken in der Region bei.

Des weiteren begründet Moody's die positivere Einschätzung der österreichischen Banken mit der erwarteten Verbesserung der Kapitalisierung. Einerseits haben sich die unterdurchschnittlichen Kapitalquoten der österreichischen Banken seit Mitte 2014 durch den Rückgang der risikogewichteten Aktiva kontinuierlich verbessert. Moody's erwartet, dass sich dieser Trend aufgrund der fortschreitenden Risikenreduktion fortsetzen wird. Andererseits hat die graduelle Einführung makroprudenzieller Kapitalpuffer (Systemrisikopuffer, Kapitalpuffer für andere systemrelevante Institute, O-SII) zur positiveren Einschätzung beigetragen.

In Bezug auf die Profitabilität der österreichischen Banken erwartet Moody's eine stabile Entwicklung in Österreich und im Großteil der CESEE-Länder (mit Ausnahme von Russland). Die Refinanzierungssituation der österreichischen Banken ist charakterisiert von einem hohen und steigenden Anteil von Einlagen von Nichtbanken sowie einer zunehmenden lokalen Refinanzierung der CESEE-Töchter. Diese Entwicklung wurde durch die von der österreichischen Bankenaufsicht eingeführten Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken herbeigeführt.

Die US-Ratingagentur Fitch hat am 5. August 2016 ihr "AA+"-Rating für die Republik Österreich mit stabilem Ausblick bestätigt. Fitch geht davon aus, dass es 2016 und 2017 zu einer verhaltenen Erholung des BIP-Wachstums (1,6%) kommen wird. Für Österreichs Budget erwartet Fitch einen geringfügigen Anstieg des Defizits aufgrund zunehmender sozialer Transfers und einer unzureichenden Gegenfinanzierung der Steuerreform. Des Weiteren wird erwartet, dass sich der öffentliche Schuldenstand 2016 im Vergleich zum Vorjahr rückläufig auf 84,8% des BIP entwickelt. Die Abwärtsrisiken in Zusammenhang mit der Abwicklung der verstaatlichten Banken werden als gering eingeschätzt. Mögliche positive Auswirkungen auf den öffentlichen Schuldenstand durch Vermögenveräußerungen der KA Finanz und Immigon wurden aufgrund der Unsicherheiten in Bezug auf Zeitpunkt und Wertansatz von Fitch nicht berücksichtigt.

Der merkliche Fortschritt bei der Konsolidierung des österreichischen Bankensystems wird von Fitch positiv verzeichnet, wobei gleichzeitig auf bestehende rechtliche Unsicherheiten in

[7]Autorinnen: Anita Roitner, Daniela Widhalm (beide Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht).

Zusammenhang mit der Hypo-Abwicklungseinheit Heta Asset Resolution AG verwiesen wird. Die österreichischen Banken konnten ihre Kapitalisierung im vergangenen Jahr zwar verbessern, jedoch bleiben die Risiken aufgrund struktureller Probleme, wie der geringen Zinsmarge, weiterhin beträchtlich. Kritisch sieht Fitch den rückläufigen, aber nach wie vor hohen Bestand an Fremdwährungskrediten sowie an variabel verzinsten Haushaltskrediten und das große CESEE-Exposure der österreichischen Banken, insbesondere aufgrund der dort vorherrschenden hohen Non-performing Loans (NPL)-Raten. Unsicherheiten ergeben sich auch durch das labile politische und wirtschaftliche Umfeld in wichtigen Märkten wie Russland und der Türkei.

Das ESRB (European Systemic Risk Board) sieht in seiner Risikoeinschätzung für die EU vom Juli 2016 erhöhte Risiken für die Finanzmarktstabilität im Vergleich zum März dieses Jahres. Ausschlaggebend dafür sind die fragile wirtschaftliche Erholung, die Risikoanfälligkeit der Emerging Economies sowie politische und geopolitische Unsicherheiten. Als Hauptrisiko wird eine Neubewertung der Risikoprämien an den internationalen Finanzmärkten identifiziert. Bereits an zweiter Stelle wird das Risiko einer weiteren Verschlechterung der Bank- und Versicherungsbilanzen gesehen. Gründe hierfür liegen in der mangelhaften Qualität der Aktiva, insbesondere die hohe Quote von NPLs und dem unsicheren Ausblick für eine nachhaltige Ertragsentwicklung. Das ESRB sieht des weiteren Risiken in der negativen Entwicklung der Schuldentragfähigkeit der Sektoren Staat, Unternehmen und private Haushalte sowie in möglichen vom Schattenbankensystem ausgehenden Schocks.

Aufgrund der weiterhin bestehenden strukturellen Herausforderungen für die Geschäftsmodelle der österreichischen Banken und zur Erreichung einer nachhaltigen Stärkung der Profitabilität empfiehlt die OeNB in ihrem Financial Stability Report[8] von Juli 2016, dass die begonnenen Strukturreformen konsequent fortgeführt werden. Dies bedeutet, dass im Inland die operative Effizienz gesteigert und der Abbau notleidender Kredite, insbesondere in CESEE, konsequent fortgesetzt werden sollte. Darüber hinaus empfiehlt die OeNB eine weitere Verbesserung der Risikotragfähigkeit durch eine Steigerung der Kapitalquote, die Einhaltung der im Aufbau befindlichen Mindestliquiditätsquote sowie von MREL (Minimum Requirement for own funds and eligible liabilities). Die aufsichtlichen Mindeststandards in Zusammenhang mit Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten sowie das Nachhaltigkeitspaket sollen weiterhin konsequent verfolgt werden.

8. Sitzung des Finanzmarktstabilitätsgremiums: Empfehlung zur Schaffung einer rechtlichen Grundlage für makroprudenzielle Instrumente im Immobilienkreditbereich[9]

Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat in seiner 8. Sitzung am 1. Juni 2016 die präventive Schaffung einer rechtlichen Grundlage für makroprudenzielle Instrumente im Immobilienkreditbereich empfohlen.[10] Zudem wurde die Empfehlung, den Antizyklischen Kapitalpuffer (AZKP) mit 0% festzulegen, beibehalten. Weitere Diskussionspunkte betrafen die reziproke Anwendung von makroprudenziellen Maßnahmen, das vorherrschende Niedrigzinsumfeld sowie die Abwicklung der Heta Asset Resolution AG.

---

[8] Für weiterführende Informationen siehe: https://oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Finanzmarktstabilitaetsbericht/2016/financial-stability-report-31.html

[9] Autor: Peter Strobl (Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

[10] Hinweis zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für zusätzliche Instrumente (https://www.fmsg.at/publikationen/risikohinweise-und-empfehlungen/hinweis-2-2016.html)

Das FMSG beschäftigt sich angesichts der starken Immobilienpreisanstiege in Teilen Österreichs intensiv mit möglichen Risiken aus der Immobilienfinanzierung. Immobilien haben hohe ökonomische und finanzwirtschaftliche Relevanz in einer Volkswirtschaft. Einerseits sind sie der wichtigste Vermögensbestandteil privater Haushalte – der Anteil des Immobilieneigentums am Gesamtvermögen privater Haushalte beträgt in Österreich rund 54% (letztverfügbare Daten per Ende 2014) – in anderen europäischen Ländern liegt der Wert zwischen 50% und 70%. Neben Wohnkosten beeinflussen somit Immobilienpreisschwankungen über Vermögenseffekte Konsum- und Investitionsentscheidungen der Bevölkerung. Auch spielt die Bauwirtschaft eine wichtige Rolle für die Konjunktur. Andererseits haben im Finanzierungsbereich Immobilien und deren Wertentwicklung bei der Besicherung von Fremdkapitalfinanzierungen eine wesentliche Bedeutung.

Während eine Überbewertung der Immobilienpreise vor allem in Wien festgestellt werden kann, konnte in Zeiten der stärksten Immobilienpreisanstiege in der Vergangenheit kein damit verbundenes übermäßiges Kreditwachstum beobachtet werden[11].Wohnbaukredite sind jedoch das Kreditsegment mit den höchsten Wachstumsraten in Österreich seit der Finanzkrise, wenngleich der Anstieg im Vergleich zu den Jahren vor der Finanzkrise noch moderat ist. Ein Strukturwandel angesichts des niedrigen Zinsumfeldes und der kontinuierlich steigenden Immobilienpreise, der mit einer nicht-nachhaltigen Kreditvergabe und einer Lockerung der Kreditvergabestandards einhergehen könnte, kann jedoch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund sieht das FMSG die präventive Erweiterung des makroprudenziellen Instrumentenkastens, wie Begrenzungen der Beleihungsquote, der Verschuldungsquote oder der Schuldendienstquote bei Neuvergabe von Krediten als notwendig an, um bei einem mit systemischen Risiken behafteten Immobilienpreisboom handlungsfähig zu sein. Ein entsprechender Hinweis wurde dem Bundesminister für Finanzen zur Verfügung gestellt.

EBA-Stresstest bringt für die beiden teilnehmenden österreichischen Banken die erwarteten Ergebnisse[12]

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 29. Juli 2016 die Ergebnisse ihres aktuellen Stresstests veröffentlicht. Die Stresstestergebnisse stellen einen wesentlichen Beitrag zu höherer Transparenz im europäischen Bankensektor dar. Unter den 51 bedeutendsten grenzüberschreitend tätigen Banken, die einer strengen Stresssimulation unterzogen wurden, befanden sich auch die beiden österreichischen Institute Erste Group Bank AG (EGB) sowie Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB).

Die Auswirkungen des adversen Stressszenarios auf die Eigenkapitalausstattung liegen mit einem Minus von rund 4 Prozentpunkten in etwa im Durchschnitt aller beteiligten Banken. Somit liegt die Kapitalausstattung auch nach der strengen Stresssimulation bei beiden Banken über der Benchmark von 5,5 % hartes Kernkapital, die seitens der Aufsicht im Rahmen der Umfassenden Überprüfung (Comprehensive Assessment) 2014 vorgegeben war (EGB: 8,2 % Kernkapital (Common Equity Tier-1, CET-1); RZB: 6,1 % CET-1). Das Ergebnis fiel – u.a. wegen der niedrigeren Ausgangskapitalisierung der beiden Banken – im Rahmen der Erwartungen der Aufsicht aus.

Der Stresstest zeigt, wie wichtig es war, die österreichischen Banken über die letzten Jahre zu einer deutlichen Stärkung der Eigenkapitalbasis zu drängen. Seit dem Stichtag für den Stresstest

[11] Die OeNB veröffentlicht regelmäßig aktuelle Analysen und weitere Informationen zu Entwicklungen am österreichischen Immobilienmarkt: https://www.oenb.at/Geldpolitik/immobilienmarktanalyse.html

[12] Autor: Ralph Spitzer (Abteilung Europäische Aufsichtsgrundsätze und Strategie)

(Dezember 2015) wurden zudem bereits zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis gesetzt. Weitere Schritte sind in Vorbereitung.

Das hypothetische Szenario, das dem Stresstest zugrunde lag, bezog sich auf einen Einbruch des Wirtschaftswachstums, negative Entwicklungen der Wechselkurse und – insbesondere für die österreichischen Banken relevant – sehr pessimistische Annahmen über die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas. Bei einem Stresstest handelt es sich daher nicht um eine Prognose, sondern um die Simulation der Auswirkungen einer potentiell möglichen schockartigen Krise auf Banken. Die Bank Austria wurde als drittes österreichisches Institut im EBA Stresstest indirekt über ihre italienische Mutter UniCredit erfasst.

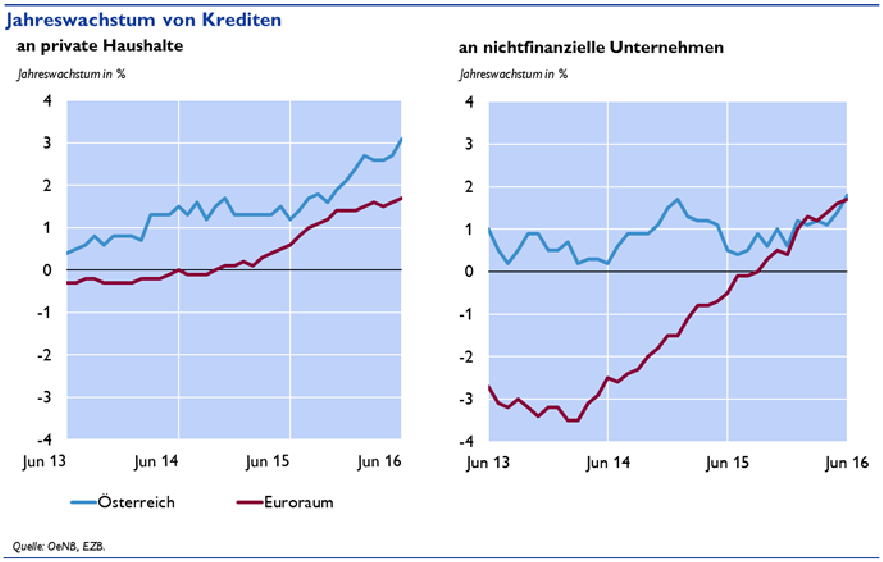
Die Stresstestergebnisse fließen in die aufsichtliche Beurteilung der Eigenkapitalsituation der betroffenen Banken ein

Im Gegensatz zu früheren Stresstests gibt es keinen offiziellen Schwellenwert für das Bestehen. Dennoch werden die Ergebnisse des Stresstests von der Aufsicht im sogenannten „Säule-2 Prozess“ berücksichtigt. Die Aufsicht wird neben den bestehenden Säule-2-Kapitalanforderungen nun erstmals auch Kapitalempfehlungen aussprechen, in die sowohl die Ergebnisse des Stresstests als auch von den Banken zwischenzeitlich getroffenen Gegenmaßnahmen einfließen. Während von den Banken erwartet wird, dass sie die Vorgaben der Säule-2-Empfehlungen jederzeit erfüllen, führt eine Verletzung nicht automatisch zu Maßnahmen, wie etwa einem Dividendenauszahlungstopp. Die Aufsicht analysiert hingegen Gründe hierfür eingehend und legt gegebenenfalls spezifische aufsichtliche Maßnahmen fest. Die Säule-2-Empfehlungen sind somit für die Begrenzung des ausschüttungsfähigen Höchstbetrags (Maximum Distributable Amount) nicht relevant.

In diesem Säule-2-Prozess werden alle von der Europäischen Zentralbank direkt beaufsichtigten Institute einbezogen. In Österreich sind dies neben RZB und EGB zusätzlich die BAWAG, die Raiffeisenlandesbanken für Ober- und Niederösterreich, die Sberbank, die Volksbank Wien sowie die VTB. Diese Institute wurden ebenfalls dem Stresstest unterzogen. Diese Ergebnisse wurden jedoch nicht veröffentlicht.

Kreditinstitute: Kreditwachstum privater Haushalte auf dem höchsten Stand seit 2008[13]

Die positive Entwicklung des Kreditvolumens inländischer Nichtbanken[14] schlug sich im Juni 2016 in einer Wachstumsrate von 2,0% nieder. Vor allem die steigende Nachfrage nach Wohnbaukrediten privater Haushalte in Österreich trug wesentlich zum Kreditwachstum in Österreich bei. Die Jahreswachstumsrate stieg in diesem Segment von 3,2% im Vorjahr auf 5,0% im Juni 2016 und erreichte damit den höchsten Wert seit Oktober 2008. Bei sonstigen Krediten an private Haushalte – dieses Segment wird vor allem von Krediten an selbständig Erwerbstätige (Anteil ca. 72%) dominiert – kam es mit einer Jahreswachstumsrate von 0,1% erstmals seit Dezember 2011 zu keinem Rückgang des aushaftenden Kreditvolumens. Konsumkredite waren hingegen mit -1,2% weiterhin rückläufig, jedoch war auch hier eine Verbesserung der Jahreswachstumsrate im Verlauf der letzten 12 Monate erkennbar. Insgesamt lag das Kreditwachstum privater Haushalte im Juni 2016 bei 3,1%, was einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres (+1,2%) bedeutet.



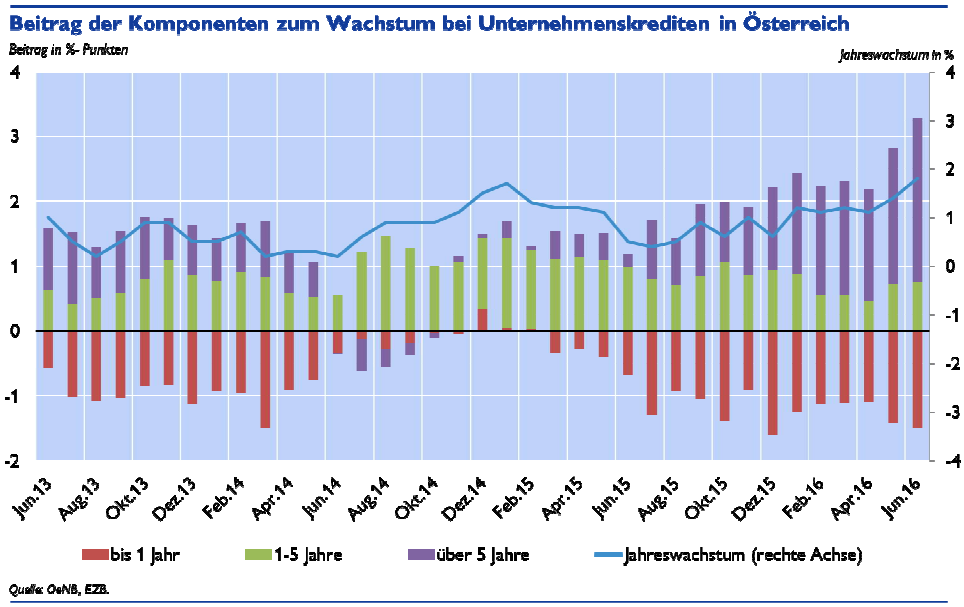
Im gesamten Euroraum lag die Jahreswachstumsrate von Krediten privater Haushalte im Juni 2016 bei 1,7% und damit deutlich unter dem Österreich-Vergleichswert. Zusätzlich zu Wohnbaukrediten, welche sich mit 2,1% deutlich weniger dynamisch als in Österreich entwickelten, leisteten im Euroraum auch Konsumkredite einen positiven Beitrag zum Kreditwachstum privater Haushalte (+3,2%). Bei sonstigen Krediten war hingegen mit -0,4% eine rückläufige Entwicklung zu beobachten. Bei Betrachtung der einzelnen Euroraum-Länder waren es vor allem Deutschland (3,0%) und Frankreich (3,9%), die das Kreditwachstum privater Haushalte im Euroraum positiv beeinflussten. In Deutschland waren vor allem

[13] Autoren: Martin Bartmann (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik); Abschnitt zur Ertragslage: Birgit Hebesberger und Stefan Kinschner (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen).

[14] Private Haushalte (inklusive private Organisationen ohne Erwerbszweck), nichtfinanzielle Unternehmen, Staat, sonstige Finanzintermediäre, Versicherungen und Pensionskassen

Konsumkredite (+4,2%) als auch Wohnbaukredite (+3,8%) für das Kreditwachstum privater Haushalte verantwortlich, während sich sonstige Kredite mit -0,5% rückläufig entwickelten. In Frankreich entwickelten sich Wohnbaukredite mit 3,4% ebenfalls dynamisch, die Wachstumsraten für Konsum- bzw. sonstige Kredite betrugen -0,3% bzw. +1,0%.

Das Jahreswachstum bei Unternehmenskrediten verbesserte sich im Verlauf des letzten Jahres ebenfalls kontinuierlich und wies in Österreich im Juni 2016 1,8% auf. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung im Inland waren insbesondere längerfristige Finanzierungen mit Ursprungslaufzeit von über fünf Jahren, die im Jahresvergleich um 4,0% anstiegen. Im Vergleichsmonat des Vorjahres lag das Wachstum in diesem Segment noch bei lediglich 0,3%. Unternehmenskredite mit Ursprungslaufzeit von ein bis fünf Jahren trugen mit einem Jahreswachstum von 4,7% ebenfalls positiv zum Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen bei. Kurzfristige Finanzierungen (Ursprungslaufzeit bis ein Jahr) wurden hingegen von den Unternehmen in Österreich weite0rhin deutlich abgebaut (-7,0%). Ein ähnliches Bild zeigte sich im Euroraum-Durchschnitt, wo es ebenfalls bei längerfristigen Finanzierungen zu einem positiven Kreditwachstum (1,5% bei Ursprungslaufzeit über fünf Jahre bzw. 5,2% bei Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre) kam. Kurzfristige Finanzierungen waren im Euroraum im Jahresvergleich mit -2,2% rückläufig. Bei Betrachtung der Einzelländer lagen Deutschland (2,5%) und Frankreich (5,0%) abermals über dem Euroraum-Durchschnitt (1,7%).



Vorschau auf die Ertragslage der Kreditinstitute im 1. Halbjahr 2016

Auf Basis der derzeit vorliegenden Daten zeichnet sich für das erste Halbjahr 2016 eine Verbesserung des konsolidierten Periodenergebnisses nach Steuern und Minderheitenanteilen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2015 ab. Diese Entwicklung ist neben geringeren Steuern in erster Linie auf deutlich verminderte Risikovorsorgen zurückzuführen. Innerhalb der Betriebserträge kam es hingegen zu Rückgängen, da sich vor allem der Druck auf das Zinsergebnis sowie ein geringeres Provisionsergebnis negativ auf die Ertragslage auswirkten.

Steigende Nachfrage nach Bauspardarlehen im 1. Quartal 2016[15]

Die Bausparkassen fördern durch Gewährung langfristiger Kredite Maßnahmen im Wohnungsbereich in Österreich. Das sind im Wesentlichen Errichtung, Kauf, Erhaltung und Verbesserung von Eigenheimen, Eigentumswohnungen, Miet- und Genossenschaftswohnungen sowie der Kauf von Baugründen, aber auch Maßnahmen der Bildung und Pflege. Wer einen Bausparvertrag abschließt, hat nach dem Ende der vertragsgemäßen Leistung von Bauspareinlagen einen Rechtsanspruch auf Gewährung eines Bauspardarlehens. Die Darlehenssumme ist mit einem Höchstbetrag von derzeit 180 Tsd EUR in § 1 der Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zum Bausparkassengesetz festgelegt.

In Zeiten anhaltender Niedrigzinspolitik hat sich auch die Ertragslage der Bausparkassen merklich verschlechtert. Stetig sinkende Zinsen haben die Finanzierung der vergleichsweise hohen Zinsen (siehe unten) für Bauspareinlagen erschwert. In den Jahren 2013 und 2015 wurde der Versuch unternommen, die vertraglich zugesicherten Zinsen auf Marktniveau zu reduzieren. Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat diese Vorgangsweise jedoch als unzulässig erklärt, mit der Begründung, dass eine einseitige De-facto-Änderung seitens der Bausparkasse dazu nicht genüge. Der Vertrag müsse laut OGH die Möglichkeit des Einspruchs und die Frist für dessen Ausübung erhalten. Allerdings führen die Bausparkassen derzeit Verhandlungen mit der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), um eine adäquate Lösung für die teuren Altverträge zu finden. Eine von der Bausparkasse durchgeführte Kündigung eines Bausparvertrags, dessen Bausparguthaben nach Ablauf von sechs Jahren die Vertragssumme übersteigt, ist in Österreich gemäß den Allgemeinen Bedingungen für das Bausparkassengeschäft (ABB) nämlich zulässig.

Die Anzahl der Bausparverträge entwickelte sich in den letzten vier Jahren kontinuierlich rückläufig. Im 1. Quartal 2016 sank die Anzahl der Bausparkonten im Jahresvergleich um 3,06% auf 4.834.784 Stück. Das entspricht dem historisch höchsten Rückgang seit der erstmaligen Erhebung der Bausparkassenstatistik im Jahr 1997. Parallel dazu wurden 227.350 Stück und damit um 3,21% weniger Neuverträge als im Vorjahr abgeschlossen.

Bei der Betrachtung der Zinssätze zeigt sich, dass private Haushalte bei Neuabschluss eines Bausparvertrags im März 2016 einen durchschnittlichen Zinssatz von 1,82% – und damit um 95 Basispunkte mehr als bei einem vergleichbaren gebundenen Einlagenprodukt österreichischer MFIs (0,87%) – lukrieren konnten. Der Neugeschäftszinssatz für Bauspareinlagen lag zumindest in den letzten drei Jahren durchgehend über dem Österreich-Durchschnitt für langfristige Einlagen. Allerdings sanken Bauspareinlagen trotz der vergleichsweise attraktiveren Konditionen im Jahresabstand um 1,3% auf 20,3 Mrd EUR, nachdem sie ihren historischen Höchststand im 2. Quartal 2015 (20,7 Mrd EUR) erreicht hatten.

Der vergleichsweise höhere Neugeschäftszinssatz für Bauspardarlehen lag im März 2016 aufgrund der jeweiligen Zinssatzuntergrenze, die in den Allgemeinen Bedingungen für das Bausparkassengeschäft (ABB) geregelt ist, mit 2,25% um 26 Basispunkte über dem Durchschnittszinssatz für neue Wohnbaukredite in Österreich (1,99%). Allerdings nahm der höhere Zinssatz keinen negativen Einfluss auf die Entwicklung der Bauspardarlehen. Der Ausleihungsstand der vier Bausparkassen (Raiffeisen, s-Bausparkasse, Start, Wüstenrot) lag im 1. Quartal 2016 bei 19 Mrd EUR und wies erstmals seit September 2013 mit 1,2% ein positives Jahreswachstum auf. Parallel dazu verdoppelte sich die Finanzierungsleistung (neue Ausnutzung der beurkundeten und zugeteilten Darlehensrahmen) im Jahresvergleich nahezu, von 373 Mio

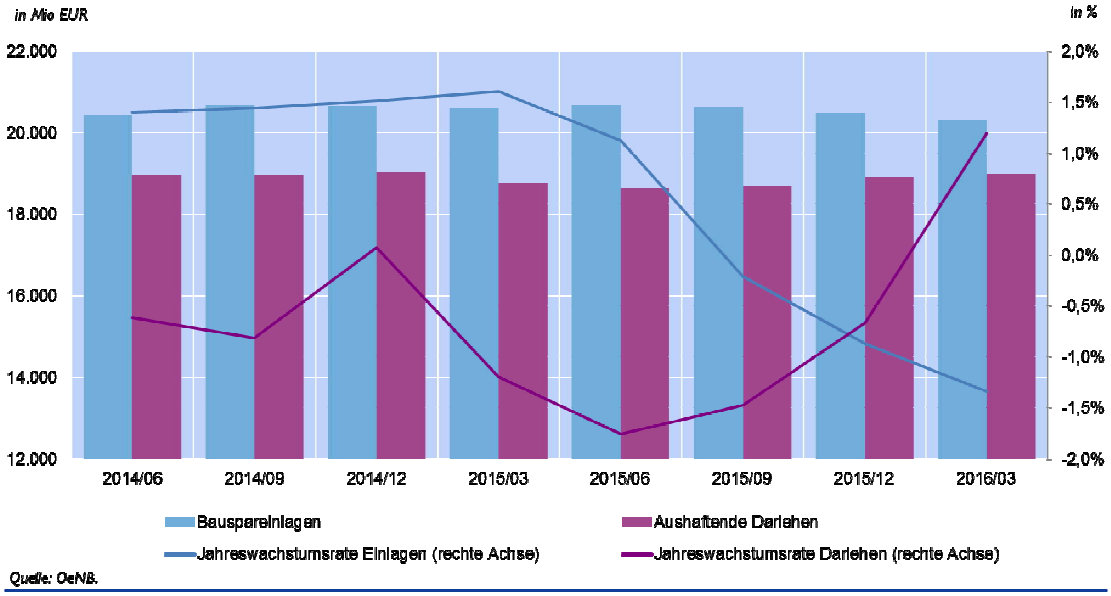
[15] Autorin: Mirna Valadzija (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik)

EUR im 1. Quartal 2015 auf aktuell 548 Mio EUR. Zum Großteil (82,8%) wurden die Gelder für die Finanzierung oder Sanierung von Wohnbau eingesetzt.

Das Bausparen wird vom österreichischen Staat in Form einer Bausparprämie gefördert. Die Bandbreite dieser staatlichen Prämie liegt je nach Zinsniveau jährlich zwischen 1,5% und 4,0%. Im Jahr 2016 beträgt die Prämie 1,5% oder bis zu 18 EUR pro Person bei einer Maximalsparleistung von 1.200 EUR pro Jahr. Im 1. Quartal 2016 belief sich das Gesamtvolumen des neu angefallenen Prämienanspruchs für Bausparverträge auf 23 Mio EUR.

Grafik 1

Bauspareinlagen und Bauspardarlehen



Quelle: OeNB.

Entwicklungen in der Zahlungsverkehrsstatistik im 1. Quartal 2016[16]

Zahlungskarten

Zum 31. März 2016 waren in Österreich 14,4 Mio Zahlungskarten im Umlauf. Mit 11,95 Mio Karten war die Mehrzahl davon mit einer Cash-Funktion (d. h. Möglichkeit zur Behebung von Bargeld am Bankomaten) ausgestattet.

9,08 Mio Karten waren der Kategorie Debitkarte (bekannt als „Bankomatkarte") zuzurechnen. Mit ihr kann im Geschäft am Terminal bezahlt werden. Die Verrechnung durch die Hausbank wird ohne großen Zeitverzug durchgeführt. Nahezu alle Bankomatkarten waren mit der Quick-Funktion versehen, bei der elektronisches Geld (kurz E-Geld) in Form eines Guthabens auf die Karte geladen werden kann. Außerdem waren alle mit der Cash-(d. h. Bankomat-)Funktion ausgestattet.

3,2 Mio Karten waren der Kategorie Kreditkarte zuzuordnen, wovon 1,85 Mio Karten nach dem Delayed-Debit-Prinzip funktionierten. Dabei wird von der Kartenfirma kein Kredit gewährt, sondern die Rechnung nur verzögert, gewöhnlich im Monatstakt verrechnet. Die restlichen 1,35 Mio Karten hatten eine Kreditfunktion. Auch mit diesen Karten kann Geld vom Bankomat behoben werden.

[16] Autor: Patrick Thienel (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik)

Die dritte Kategorie sind Prepaid-Karten (auch E-Geld-Karten genannt). Neben den bereits erwähnten Karten mit Quick-Funktion gibt es auch Karten, bei denen der E-Geld-Betrag nicht direkt auf der Karte gespeichert ist, sondern auf einem dazugehörigen Konto (z. B. Mastercard-Prepaid-Karte und VISA-Prepaid-Karte). Insgesamt fielen 1,04 Mio Karten unter diese Kategorie; sie wird auch serverbasiertes E-Geld genannt.

Bereits 9,2 Mio aller Karten waren mit der zuletzt entwickelten Funktion des kontaktlosen Bezahlens (NFC; Nearfield Communication) ausgerüstet: 84% aller Bankomatkarten und 81% aller Kreditkarten mit Kreditfunktion. Die geringste NFC-Durchsetzung hatten Prepaid-Kreditkarten (5%) und Delayed-Debit-Karten (23%).

In Österreich ausgegebene Karten Tabelle 1

Karten	31.03.2015 absolut	31.03.2016 absolut	Differenz zu 31.03.2015 absolut	in %
ausgegebene Zahlungskarten (Netto; inkl. kombinierte Funktionen)	13.851.522	14.359.446	507.924	3,7
Karten mit Cash Funktion (Bankomat)	11.586.359	11.952.401	366.042	3,2
Kreditkarten ohne Kreditfunktion	1.758.573	1.850.459	91.886	5,2
Kreditkarten mit Kreditfunktion	1.386.967	1.345.614	-41.353	-3,0
Debitkarte	8.814.491	9.080.755	266.264	3,0
Prepaid-Karten	10.598.426	11.054.902	456.476	4,3
Zahlungskarten, die NFC-fähig sind	6.668.778	9.218.063	2.549.285	38,2

Quelle:OeNB

POS-Transaktionen

Mit den in Österreich begebenen Karten wurden im 1. Quartal 2016 in Österreich und im Ausland Güter und Dienstleistungen im Wert von 8,02 Mrd EUR beglichen. 16 % dieser Beträge waren Online-Käufe mit Karten; 84% fanden im Geschäft am sogenannten Point of Sale (POS) statt.

Der Großteil der Beträge wurde mit Bankomatkarte beglichen (5,04 Mrd EUR). Danach folgten Zahlungen mit Delayed-Debit-Karten (1,68 Mrd EUR) und Kreditkarten mit Kreditfunktion (1,27 Mrd EUR). In geringem Umfang wurde mit Prepaid-Karten bezahlt (32 Mio EUR).

Im Ausland wurden insgesamt 1,70 Mrd EUR mit österreichischen Karten beglichen. Davon machten Online-Käufe 983 Mio EUR aus: somit wurden 78% aller Online-Käufe im Ausland getätigt. Bei den Online-Käufen lag Luxemburg aufgrund des Sitzes der europäischen Unternehmenszentrale des Online-Versandhändlers Amazon in diesem Land mit 302 Mio EUR an der Spitze. Auf Platz 2 und 3 liegen Großbritannien (176 Mio EUR) und Deutschland (173 Mio EUR). Die Top-3-Länder bei Käufen am Terminal waren Deutschland (189 Mio EUR), Italien (71 Mio EUR) und die USA (50 Mio EUR).

Grundsätzlich ist anzumerken, dass sowohl bei Online-Käufen als auch bei Käufen am Terminal (im Geschäft) die Kategorie Handel dominierte. An zweiter und dritter Stelle folgten zumeist die Kategorien Unterkünfte und Verkehr. In Österreich hingegen führt bei Online-Käufen die Kategorie Verkehr, vor Handel und Unterkünften .

In Österreich wurden 6% aller Beträge kontaktlos (mit der NFC-Funktion) bezahlt; bei der Anzahl der Transaktionen lag der entsprechende Wert bei 14%. Laut Angaben österreichischer Betreiber von Terminals wurden bei den großen Lebensmittelhändlern sogar 30 % aller Kartentransaktionen auf diese Weise abgewickelt.

Transaktionen am POS Tabelle 2

	Q1 2015	Q1 2016	Differenz zu Q1 2015	
Volumina	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	in %
POS-Kartentransaktionen im In- und Ausland	7.511,85	8.020,29	508,44	6,77
Kreditkarten ohne Kreditfunktion	1.543,64	1.678,29	134,65	8,72
Kreditkarten mit Kreditfunktion	1.211,44	1.272,73	61,30	5,06
Debitkarten	4.729,08	5.037,20	308,12	6,52
Prepaid-Karten	27,70	32,07	4,37	15,77
POS-Kartentransaktionen von Österreicherinnen und Österreicher im Inland	5.986,75	6.327,53	341	5,7
POS-Kartentransaktionen von Österreicherinnen und Österreicher im Ausland	1.525,10	1.692,76	168	11,0
Anzahl	in Mio	in Mio	absolut	in %
POS-Kartentransaktionen im In- und Ausland	133,12	146,72	13,60	10,21
Kreditkarten ohne Kreditfunktion	17,08	18,97	1,88	11,04
Kreditkarten mit Kreditfunktion	12,58	13,65	1,07	8,50
Debitkarten	102,23	112,73	10,50	10,27
Prepaid-Karten	1,23	1,37	0,14	11,62
POS-Kartentransaktionen von Österreicherinnen und Österreicher im Inland	113,41	123,58	10	9,0
POS-Kartentransaktionen von Österreicherinnen und Österreicher im Ausland	19,71	23,14	3	17,4

Quelle:OeNB

Bankomattransaktionen

Mit in Österreich ausgegebenen Karten wurden im 1. Quartal 2016 in Österreich und im Ausland 4,04 Mrd EUR von Bankomaten behoben. Dazu kommen noch Behebungen von durchschnittlich 8 Mrd EUR pro Quartal im On-Us-Betrieb. Dies sind daher Behebungen mit Bankomatkarten der eigenen Bank. Diese Transaktionen werden im internen Bankverrechnungssystem abgerechnet und nicht über einen in Österreich im Bankomatgeschäft aktiven Zahlungssystembetreiber abgewickelt. Somit wurden 97% der Behebungen mit österreichischen Karten im Inland getätigt. Zusätzlich wurde Bargeld in Höhe von 2,0 Mio EUR an POS-Terminals (z. B. in Supermärkten) mit österreichischen Karten behoben.

Spezielle Kurzanalysen

Vergleich der Prognosegüte der österreichischen Wirtschaftsprognosen für die Jahre 2010 bis 2015[17]

Im vorliegenden Beitrag wird die Prognosegüte der von nationalen und internationalen Institutionen für Österreich erstellten Konjunkturprognosen der Jahre 2010 bis 2015 analysiert. Die Prognosen der OeNB weisen im betrachteten Zeitraum für das BIP im Mittel über die Prognosehorizonte T und T+1 (laufendes und nächstes Jahr) und den Budgetsaldo die beste Prognosegüte auf. Die Inflation wird vom IHS, die Arbeitslosenquote vom WIFO am besten prognostiziert.

Mittlerer absoluter Prognosefehler für die Jahre 2010 bis 2015 (Prognosen für das laufende und das nächste Jahr)

	BIP (real)	Inflation	Arbeitslosen-quote	Budget-saldo
OeNB	0,51	0,37	0,38	0,39
WIFO	0,57	0,35	0,33	0,62
IHS	0,57	0,33	0,39	0,52
EK	0,67	0,42	0,44	0,91
IWF	0,78	0,52	0,55	0,64
OECD	0,57	0,45	n.v.	0,73

Grün: Geringster Prognosefehler je Variable, Orange: Höchster Fehler

Das BIP-Wachstum wurde im betrachteten Zeitraum von allen Instituten tendenziell überschätzt (im Schnitt um 0,3 Prozentpunkte), während Inflation und Arbeitslosigkeit jeweils leicht unterschätzt wurden. Die höchsten Prognosefehler für das BIP-Wachstum gab es mit rund 1 Prozentpunkt für das Jahr 2014. Der mittlere absolute Prognosefehler für das BIP über den Durchschnitt von T und T+1 betrug 0,6 Prozentpunkte. Während die Unterschiede in der Prognosegüte zwischen den nationalen Institutionen (WIFO, IHS, OeNB) minimal sind, ist die Prognosegüte der internationalen Institutionen (EK, IWF, OECD) deutlich geringer.

Einleitung

Die Prognosegüte zu eruieren und sie mit anderen prognostizierenden Instituten und Institutionen zu verglichen, hat nicht nur Tradition, sondern ist auch im Hinblick auf die Qualitätssicherung unserer Arbeit von großer Bedeutung. Bereits 2007 verglichen Ragacs und Schneider (2007) die Prognosegüte der regelmäßig für Österreich erstellten Prognosen. Hierzu wurden die zwischen Herbst 1998 und Herbst 2006 von OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF und der Europäischen Kommission für die Jahr 1999 bis 2006 erstellten Österreich-Prognosen gegenübergestellt. Das WIFO hatte den geringsten Fehler der BIP-Prognosen für das laufende Jahr, die OeNB für das nächste Jahr. Bei den Inflationsprognosen hatte die OeNB den geringsten durchschnittlichen Prognosefehler aller Institutionen aufgewiesen.

In einer internen Ausarbeitung im Jahr 2010 erfolgte ein Update bis zum Jahr 2009. In diesem Zeitraum wiesen die OeNB-Prognosen für das BIP im Mittel über die Prognosehorizonte (laufendes und nächstes Jahr) die beste Prognosegüte auf. Für das laufende Jahr hatte hingegen

[17] Autoren: Gerhard Fenz, Martin Schneider und Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

das WIFO die beste Treffsicherheit. Bei den Inflationsprognosen hatte im Durchschnitt das IHS den geringsten durchschnittlichen Prognosefehler, die OeNB für das laufende Jahr. Insgesamt zeigte sich in beiden Untersuchungen für die verschiedenen Institutionen eine relativ ähnliche Einschätzung des erwarteten Konjunkturbilds. Auffällig war jedoch, dass die Prognosegüte der österreichischen Institutionen von keiner internationalen Institution erreicht bzw. signifikant übertroffen wurde.

In dieser Ausarbeitung erfolgt eine Aktualisierung dieses Prognosevergleichs für die Prognosejahre 2010 bis 2015. Die Prognosen der verglichenen Institutionen unterscheiden sich hinsichtlich Anzahl der veröffentlichten Prognosen pro Jahr, der Prognosehorizonte, der Veröffentlichungszeitpunkte sowie dem der Prognose zugrundeliegenden Informationsstand.[18] Aus Gründen der Vergleichbarkeit der Prognosegüte werden nur die Juni- und Dezemberprognosen von WIFO und IHS für das laufende und das nächste Jahr mit den Prognosen der anderen Institutionen verglichen. Allerdings unterscheiden sich auch bei diesem Vergleich die Veröffentlichungszeitpunkte der Prognosen der nationalen und internationalen Institutionen noch um bis zu zwei Monate, woraus sich für die internationalen Institutionen ein Nachteil ergibt. Zusätzlich ist der zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung verfügbare Informationsstand nicht nur vom jeweiligen Veröffentlichungszeitpunkt abhängig, sondern auch von der institutionell bestimmten Prognoseerstellungsdauer. Die internationalen Institutionen und auch die OeNB[19] haben einen deutlich längeren Prognoseerstellungsprozess und können somit rezente Entwicklungen nicht mehr berücksichtigen.

Prognosegüte für BIP, Inflationsrate, Arbeitslosenquote und Budgetsaldo

In diesem Abschnitt wird die Prognosegüte für die wichtigsten Variablen (BIP, Inflationsrate, Arbeitslosenquote und Budgetsaldo) verglichen. Für die Beurteilung der Prognosegüte wird der Mean Absolute Error (MAE), der Root Mean Squared Error (RMSE) und der Bias herangezogen.[20] Die Prognosewerte werden der ersten Datenveröffentlichung der Quartals-VGR gegenübergestellt. Dieses Vorgehen wurde gewählt, da die oftmals weit zurückreichenden Revisionen und Umstellungen der VGR mitunter das zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung vorliegende Konjunkturbild stark ändern. Aus diesem Grund spiegelt die erste Datenveröffentlichung den zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung verfügbaren Informationsstand besser wider als das endgültige Ergebnis (Baumgartner 2002a, 2002b).

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse für die Prognosen der jeweiligen Institutionen für das laufende Jahr (*T*), das nächste Jahr (*T+1*) und für beide Prognosehorizonte (Gesamt) für das BIP, die Inflationsrate, die Arbeitslosenquote und den Budgetsaldo. *N* gibt die Anzahl der jeweiligen Prognosen an. Grüne Schattierungen markieren den jeweils niedrigsten Fehler, orange den jeweils höchsten.

[18] Hier wird nur kurz auf die wichtigsten Punkte eingegangen, für Details sei auf Ragacs und Schneider (2007) verwiesen.

[19] Dieser längere Prognoseerstellungsprozess ergibt sich durch die Einbindung in die Euroraumprognose des ESZB.

[20] Der MAE kann direkt als mittlere Abweichung der Prognose von der Realisierung in Prozentpunkten interpretiert werden. Der RSME gewichtet höhere Abweichungen der prognostizierten von den realisierten Werten stärker, große Prognosefehler werden daher stärker „bestraft". Der Bias wird als mittlere Abweichung der Prognosewerte von den realisierten Werten berechnet. Er gibt an, um wie viel die Prognosen die realisierten Werte im Durchschnitt über- bzw. unterschätzt haben. Details der Berechnung sind im Appendix zu finden.

Tabelle 1

Prognosegüte für das reale BIP, die Inflationsrate, die Arbeitslosenquote und den Budgetsaldo 2010-2015

BIP, real

	Gesamt				T				T+1			
	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE
OeNB	22	0.21	0.51	0.74	12	0.06	0.23	0.37	10	0.40	0.86	1.02
WIFO	22	0.16	0.57	0.75	12	0.01	0.26	0.39	10	0.33	0.95	1.02
IHS	22	0.29	0.57	0.79	12	0.10	0.23	0.38	10	0.51	0.97	1.10
EK	22	0.24	0.67	0.86	12	0.05	0.36	0.49	10	0.47	1.05	1.16
IWF	22	0.37	0.78	0.94	12	0.15	0.41	0.55	10	0.64	1.23	1.26
OECD	22	0.28	0.57	0.78	12	0.08	0.27	0.40	10	0.53	0.94	1.06
Durchschnitt		0.26	0.61	0.81		0.08	0.29	0.43		0.48	1.00	1.10

Inflation

	Gesamt				T				T+1			
	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE
OeNB	22	-0.15	0.37	0.58	12	-0.03	0.11	0.16	10	-0.29	0.68	0.85
WIFO	22	0.00	0.35	0.54	12	0.04	0.12	0.15	10	-0.06	0.62	0.79
IHS	22	-0.08	0.33	0.52	12	-0.02	0.12	0.17	10	-0.16	0.58	0.74
EK	22	-0.16	0.42	0.65	12	-0.11	0.17	0.24	10	-0.23	0.72	0.93
IWF	22	0.17	0.52	0.99	12	-0.04	0.34	0.43	10	0.42	0.73	1.39
OECD	22	-0.28	0.45	0.76	12	-0.14	0.16	0.20	10	-0.45	0.80	1.10
Durchschnitt		-0.09	0.41	0.67		-0.05	0.17	0.23		-0.13	0.69	0.97

Arbeitslosenquote

	Gesamt				T				T+1			
	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE
OeNB	22	-0.22	0.38	0.50	12	-0.13	0.25	0.36	10	-0.33	0.54	0.63
WIFO	22	-0.17	0.33	0.42	12	-0.12	0.23	0.33	10	-0.23	0.45	0.50
IHS	22	-0.22	0.39	0.50	12	-0.12	0.26	0.36	10	-0.35	0.55	0.64
EK	22	-0.20	0.44	0.59	12	-0.07	0.29	0.41	10	-0.36	0.62	0.75
IWF	22	-0.32	0.55	0.68	12	-0.21	0.41	0.51	10	-0.46	0.72	0.83
Durchschnitt		-0.23	0.42	0.54		-0.13	0.29	0.39		-0.35	0.58	0.67

Budget

	Gesamt				T				T+1			
	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE
OeNB	22	-0.24	0.39	0.53	12	-0.22	0.29	0.34	10	-0.26	0.50	0.69
WIFO	22	-0.47	0.62	0.68	12	-0.43	0.52	0.57	10	-0.51	0.73	0.79
IHS	22	-0.36	0.52	0.60	12	-0.34	0.44	0.46	10	-0.37	0.61	0.73
EK	22	-0.36	0.91	1.29	12	-0.42	0.58	0.64	10	-0.28	1.32	1.78
IWF	20	-0.55	0.64	0.75	11	-0.62	0.62	0.66	9	-0.47	0.67	0.85
OECD	22	-0.60	0.73	0.83	12	-0.59	0.63	0.70	10	-0.61	0.85	0.97
Notifikation	12	-0.61	0.64	0.73	12	-0.61	0.64	0.73				
Durchschnitt		-0.45	0.63	0.78		-0.44	0.51	0.56		-0.42	0.78	0.97

Anmerkungen:

N:	Anzahl der seit Herbst 1998 durchgeführten Prognosen
Bias:	Mittlere Abweichung der Prognosewerte von den realisierten Werten
MAE:	Mean Absolute Error (mittlerer absoluter Fehler)
RMSE:	Root Mean Squared Error (mittlerer quadrierter Fehler)
T / T+1:	Prognosehorizont (T: laufendes Jahr, T+1: nächstes Jahr)
	: Niedrigster Bias, MAE oder RMSE
	: Höchster Bias, MAE oder RMSE

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der ersten Datenveröffentlichungen.

- Die Prognosen der jeweiligen Variablen sind alle durch einen Bias gekennzeichnet. Das BIP-Wachstum wurde im Schnitt überschätzt, die Inflation, die Arbeitslosenquote und der Budgetsaldo wurden tendenziell unterschätzt.
- Die Prognosen der OeNB weisen für das BIP und den Budgetsaldo die beste Prognosegüte auf. Die Inflation wird vom IHS, die Arbeitslosenquote vom WIFO am besten prognostiziert.
- Eine Analyse nach Prognosehorizonten (laufendes und nächstes Jahr) ergibt für die Inflation Verschiebungen. Die OeNB hat (gemessen am MAE) den niedrigsten Prognosefehler für das aktuelle Jahr, für das nächste Jahr nur den drittniedrigsten Wert.
- Die Prognosegüte der heimischen Institutionen (WIFO, IHS, OeNB) übertrifft durchgehend die der internationalen Institutionen (EK, OECD, IWF).[21]

Prognosefehler der BIP-Prognosen

In diesem Abschnitt werden die BIP-Prognosen im Detail analysiert. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** zeigt den Verlauf des **Durchschnitts der Wachstumsprognosen aller Institutionen** für die Jahre 2010 bis 2015 (sämtliche Prognosen aller Institutionen für das betreffende Jahr gemittelt), die seit dem Jahr 2010 erstellt wurden. Zusätzlich sind im linken Teil der Grafik die Werte der ersten Veröffentlichung der Quartals-VGR durch das WIFO und der aktuellen Datenveröffentlichung zu sehen.[22] Im rechten Teil von **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** sind die aus dem Vergleich mit der ersten Datenveröffentlichung resultierenden Prognosefehler abgebildet.

Grafik 2 zeigt alle erstellten BIP-Prognosen für die Jahre 2010 bis 2015. Für die meisten Jahre zeigt sich, dass **ab dem Herbst des jeweiligen Vorjahres die Wachstumsprognosen vergleichsweise präzise waren**. Die Institute sind hier in der Reihenfolge der Veröffentlichungstermine angeordnet.

Ausnahmen von diesem Muster zeigen sich nur für die Jahre 2011 und 2014. Für das Jahr 2011wurde von allen nationalen und internationalen Institutionen erst ab dem Frühjahr des laufenden Jahres eine hohe Prognosegüte erreicht. Die höchsten Prognosefehler waren jedoch für das Jahr 2014 zu verzeichnen. Die Konjunkturindikatoren zeigten im Verlauf des Jahres 2013 und zu Beginn des Jahres 2014 einen steilen Aufwärtstrend an. Daher erwarten in den Frühjahrsprognosen des Jahres 2014 noch alle Institute ein reales BIP-Wachstum im Bereich von 1½%. Eine Abschwächung des Welthandels und damit der österreichischen Exporte sowie schrumpfende Investitionen führten jedoch zu einer deutlichen Abwärtsrevision der Prognosen im zweiten Halbjahr 2014. Die Herbstprognosen des Jahres 2014 für das Jahr 2014 zeigen auch deutlich den Einfluss des Erstellungszeitpunkts der Prognose. Der IWF, der seine Prognose bereits Mitte Oktober veröffentlicht (und darüber hinaus einen langen Erstellungsprozess aufweist), hatte seine Wachstumseinschätzung am wenigsten revidiert. Die OECD

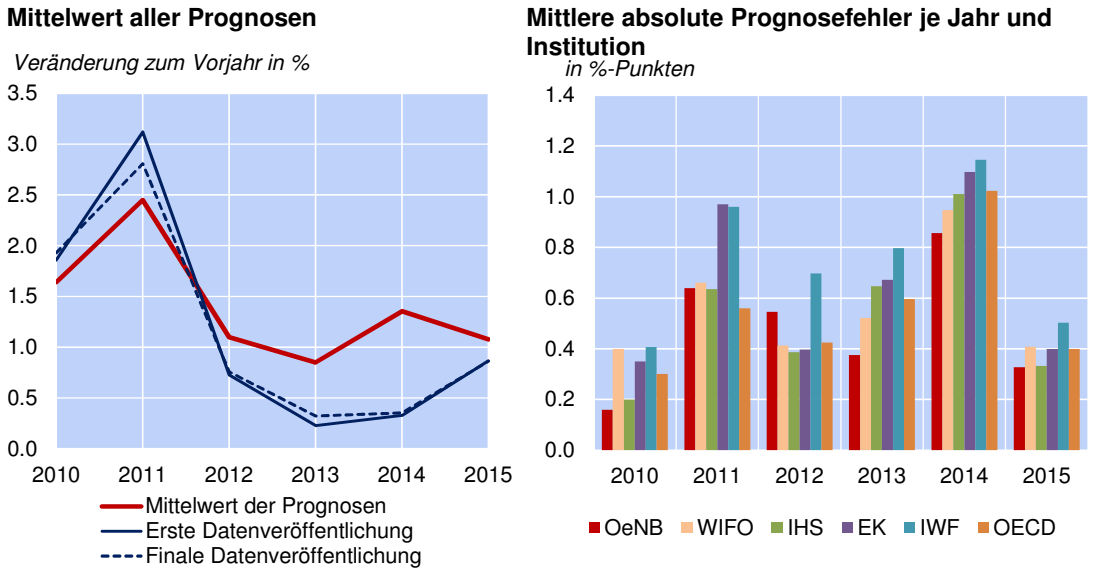
[21] Die Unterschiede in der Prognosegüte zwischen den heimischen Institutionen sind generell sehr gering und statistisch nicht signifikant (gemessen am Diebold Mariano Test). Hingegen sind die Unterschiede zwischen den heimischen und den internationalen Institutionen deutlich größer und teils auch statistisch signifikant. Allerdings wird nicht für unterschiedliche Veröffentlichungszeitpunkte kontrolliert, woraus sich für die internationalen Institutionen ein Nachteil ergibt.

[22] Durch die oftmals weit zurückreichenden Datenrevisionen und konzeptionellen Änderungen kommt es teilweise zu deutlichen Veränderungen im Konjunkturbild.

(Veröffentlichung Mitte November) revidierte ihre Prognose etwas stärker als der IWF. OeNB (Veröffentlichung Anfang Dezember) sowie WIFO und IHS, die ihre Prognosen im Dezember veröffentlichen und daher mehr Informationen zur Verfügung haben, revidierten hingegen viel stärker.

Grafik 1

Prognosen für das reale BIP-Wachstum im Zeitablauf



Quelle: Prognosen der betrachteten Institutionen, Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Prognosefehler für die BIP-Nachfragekomponenten

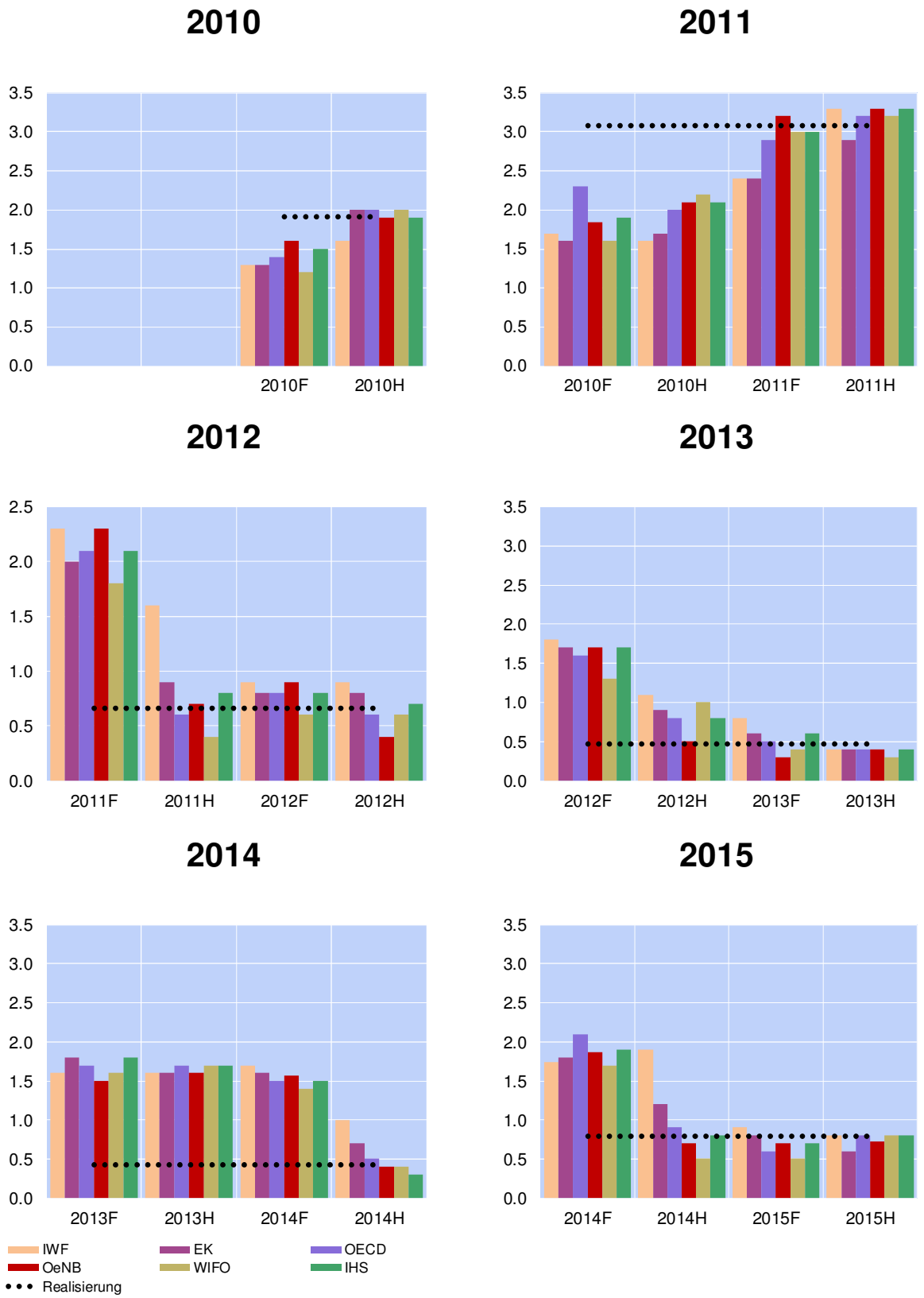
Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse für die Prognosen der BIP-Nachfragekomponenten.[23] **Für den privaten und öffentlichen Konsum, die Investitionen, die Exporte und die Importe** ergeben sich teils große Unterschiede in der Prognosegüte:

- Der **private Konsum** wird vom WIFO am besten prognostiziert, der **öffentliche Konsum** hingegen von der **OeNB**.
- Das **WIFO** hat die beste Prognosegüte für die **Investitionen** aufzuweisen. Dieses Ergebnis ist jedoch nur durch die Prognosen für das jeweils nächste Jahr bedingt. Für das jeweils aktuelle Jahr hat die EK die beste Prognosegüte.
- **Exporte** werden vom **WIFO**, **Importe** vom **IHS** am besten prognostiziert.
- Generell ist zu den Ergebnissen anzumerken, dass die Unterschiede in der Prognosegüte aufgrund der geringen Anzahl von Prognosen oftmals statistisch nicht signifikant sind.

[23] Da der IWF keine Prognose der Nachfragekomponenten vornimmt, kann die Prognosequalität der nationalen Institutionen nur mit den Prognosen der OECD und der Europäischen Kommission verglichen werden

Grafik 2

Prognosen für die Veränderungsrate des realen BIP für die Jahre 2010 bis 2015



Anmerkung: Die Prognosen sind nach dem Zeitpunkt der Erstellung sortiert (erste Prognose=frühester Erstellungstermin)
F: Frühjahrsprognose H: Herbstprognose

Tabelle 2

Prognosegüte für die realen BIP-Nachfragekomponenten

Privater Konsum

	Gesamt				T				T+1			
	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE
OeNB	22	0.39	0.41	0.52	12	0.23	0.26	0.35	10	0.59	0.59	0.66
WIFO	22	0.33	0.34	0.46	12	0.16	0.19	0.26	10	0.53	0.53	0.63
IHS	22	0.41	0.44	0.54	12	0.21	0.27	0.31	10	0.65	0.65	0.72
EK	22	0.33	0.40	0.50	12	0.15	0.27	0.32	10	0.56	0.56	0.65
IWF		n.v.	n.v.	n.v.		n.v.	n.v.	n.v.		n.v.	n.v.	n.v.
OECD	22	0.39	0.44	0.54	12	0.18	0.26	0.31	10	0.65	0.65	0.73
Durchschnitt		0.37	0.41	0.51		0.19	0.25	0.31		0.59	0.59	0.68

Öffentlicher Konsum

	Gesamt				T				T+1			
	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE
OeNB	22	-0.16	0.60	0.83	12	-0.15	0.54	0.71	10	-0.17	0.67	0.96
WIFO	22	-0.27	0.79	1.09	12	-0.07	0.69	0.84	10	-0.52	0.91	1.32
IHS	22	-0.48	0.93	1.11	12	-0.24	0.81	0.96	10	-0.77	1.06	1.27
EK	22	-0.06	0.86	1.10	12	0.12	0.86	1.05	10	-0.27	0.85	1.15
IWF		n.v.	n.v.	n.v.		n.v.	n.v.	n.v.		n.v.	n.v.	n.v.
OECD	22	-0.35	0.94	1.18	12	-0.03	0.85	1.09	10	-0.75	1.04	1.29
Durchschnitt		-0.26	0.82	1.06		-0.07	0.75	0.93		-0.49	0.91	1.20

Investitionen

	Gesamt				T				T+1			
	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE
OeNB	22	0.03	1.49	1.80	12	-0.56	1.00	1.38	10	0.74	2.07	2.21
WIFO	22	0.49	1.38	1.67	12	0.26	1.06	1.31	10	0.77	1.75	2.01
IHS	22	0.50	3.05	3.63	12	0.05	2.42	2.86	10	1.04	3.80	4.37
EK	22	0.60	1.39	1.75	12	0.18	0.78	1.10	10	1.11	2.13	2.30
IWF		n.v.	n.v.	n.v.		n.v.	n.v.	n.v.		n.v.	n.v.	n.v.
OECD	22	0.34	1.60	1.90	12	-0.42	1.26	1.41	10	1.26	2.01	2.36
Durchschnitt		0.39	1.78	2.15		-0.10	1.30	1.61		0.98	2.35	2.65

Exporte

	Gesamt				T				T+1			
	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE
OeNB	22	1.27	1.85	2.40	12	0.63	1.54	2.09	10	2.03	2.23	2.72
WIFO	22	0.82	1.76	2.36	12	-0.14	1.39	2.04	10	1.97	2.21	2.69
IHS	22	1.08	1.86	2.39	12	0.16	1.37	1.89	10	2.19	2.45	2.89
EK	22	0.91	1.96	2.61	12	-0.25	1.27	2.16	10	2.30	2.78	3.07
IWF	16	1.65	1.82	2.16	9	0.66	0.96	1.02	7	2.92	2.92	3.05
OECD	22	0.99	2.13	2.76	12	-0.32	1.77	2.50	10	2.57	2.57	3.03
Durchschnitt		1.12	1.90	2.45		0.12	1.38	1.95		2.33	2.53	2.91

Importe

	Gesamt				T				T+1			
	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE	N	Bias	MAE	RMSE
OeNB	22	0.87	1.96	2.62	12	-0.01	1.55	2.24	10	1.93	2.46	3.01
WIFO	22	0.83	2.01	2.68	12	-0.22	1.34	2.14	10	2.10	2.82	3.21
IHS	22	0.85	1.94	2.46	12	-0.07	1.24	1.80	10	1.96	2.78	3.07
EK	22	0.78	2.26	2.89	12	-0.47	1.52	2.32	10	2.27	3.15	3.45
IWF	16	1.97	2.14	2.61	9	0.90	1.21	1.58	7	3.34	3.34	3.52
OECD	22	0.77	2.11	2.91	12	-0.52	1.87	2.75	10	2.32	2.40	3.10
Durchschnitt		1.01	2.07	2.69		-0.06	1.45	2.14		2.32	2.82	3.22

Anmerkungen:

N: Anzahl der seit Herbst 1998 durchgeführten Prognosen

Bias: Mittlere Abweichung der Prognosewerte von den realisierten Werten

MAE: Mean Absolute Error (mittlerer absoluter Fehler)

RMSE:	Root Mean Squared Error (mittlerer quadrierter Fehler)
T / T+1:	Prognosehorizont (T: laufendes Jahr, T+1: nächstes Jahr)
	: Niedrigster MAE oder RMSE
	: Höchster MAE oder RMSE

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der ersten Datenveröffentlichungen.

Literatur

Baumgartner, J. 2002a. Die Wirtschaftsprognosen von WIFO und IHS. Eine Analyse für die achtziger und neunziger Jahre. In: WIFO-Monatsberichte 11/2002. 701–716.

Baumgartner, J. 2002b. Evaluation of Macro-economic Forecasts for Austria in the 1980s and 1990s. In: Austrian Economic Quarterly 4. 191–206.

Ragacs, C. und M. Schneider. 2007. Vergleich der Prognosegüte der österreichischen Wirtschaftsprognosen von 1998 bis 2006. Geldpolitik und Wirtschaft Q4/2007. 31-52.

Anhang: Kennziffern zum Vergleich der Prognosegüte

Der Vergleich erfolgt anhand von drei Kennziffern. Der *Bias* wird als mittlere Abweichung der Prognosewerte von den realisierten Werten berechnet. Er gibt an, um wie viel die Prognose die realisierten Werte im Durchschnitt über- bzw. unterschätzt haben.

$$Bias = \frac{1}{N}\sum_{t=1}^{N}(\tilde{x}_t - x_t)$$

Als Gütemaß wird der *mittlere quadrierte Prognosefehler* (root mean squared error, RMSE) gewählt. Bei diesem Maß werden höhere Abweichungen stärker gewichtet, große Prognosefehler werden also stärker „bestraft".

$$RMSE = \sqrt{\frac{1}{N}\sum_{t=1}^{N}(\tilde{x}_t - x_t)^2}$$

Die absolute Höhe des durchschnittlichen Fehlers wird durch den *mittleren absoluten Prognosefehler* (mean absolute error, MAE) dargestellt. Dieses Maß hat den Vorteil, dass es direkt als mittlere Abweichung der Prognose von der Realisierung in Prozentpunkten interpretierbar ist.

$$MAE = \frac{1}{N}\sum_{t=1}^{N}\left|\tilde{x}_t - x_t\right|$$

Der Vergleich der Prognosen erfolgt mit den jeweils ersten verfügbaren realisierten Jahreswerten aus der Quartalsrechnung des WIFO. Die erste Veröffentlichung spiegelt den zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung verfügbaren Informationsstand besser wider als das endgültige Ergebnis. Die oftmals weit zurückreichenden Revisionen der VGR ändern mitunter das zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung vorliegende Konjunkturbild komplett.

Türkei: Positives Wachstum trotz beträchtlicher struktureller Mängel und stark angestiegener Abwärtsrisiken[24]

Trotz einer relativ günstigen makroökonomischen Entwicklung im ersten Quartal 2016 bleiben die erheblichen externen Ungleichgewichte der türkischen Wirtschaft bestehen. Die zukünftigen Wachstumsaussichten unterliegen sehr großen Abwärtsrisiken, welche sich zuletzt durch die stark erhöhten politischen Unsicherheiten nach dem versuchten Militärputschversuch am 15. Juli 2016 intensivierten.

Im Jahr 2015 und im ersten Quartal 2016 blieb das BIP-Wachstum mit 4%, bzw. 4,4% im Jahresabstand trotz eines schwierigen inländischen und externen Umfelds relativ robust. Die Verschiebung von Wachstumstreibern hin zur Inlandsnachfrage setzte sich fort insbesondere der private und der öffentliche Konsum bommten. Hingegen blieb das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen aufgrund von schwachen privaten Investitionen verhalten. Im ersten Quartal in 2016 rutschte das Wachstum wegen des Rückgangs der öffentlichen Investitionstätigkeit sogar in den negativen Bereich.

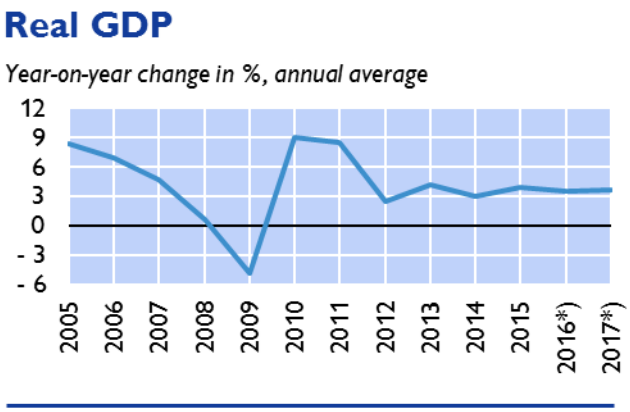
Die türkische Zentralbank setzte seit Beginn des Jahres die geldpolitische Lockerung fort und senkte die Obergrenze des Zinskorridors seit Amtsantritt des neuen Gouverneurs Murat Çetinkaya im April in fünf Schritten von 10,50% auf 8,50% im August 2016. Somit verringerte sich bei konstantem Zinssatz für die Einlagefazilität (von 7,25%) der Zinskorridor. Im Jahr 2015 wurde das Inflationsziel von 5% (Jahresendstand) nicht erreicht, die Teuerungsrate lag am Ende des Jahres bei 8,8%. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2016 verblieb die durchschnittliche Inflationsrate unverändert bei 7,7% im Jahresabstand. Ein dauerhafter Rückgang der Inflation angesichts niedriger Energiepreise und fallender Lebensmittelpreise wird jedoch von starken Wechselkurseffekten, hohen Inflationserwartungen sowie Lohnerhöhungen verhindert. Die Abwertung der türkischen Lira (TRL) verlangsamte sich etwas, in den zwölf Monaten bis August 2016 verlor die Lira vis-a-vis dem EUR 12% an Wert und 22% vis-a-vis dem USD. In Folge des versuchten Militärputsches am 15. Juli wertete die Lira zwischen 14. und 20. Juli um insgesamt 7,3% gegenüber dem USD ab (6,3% gegenüber dem Euro), was den stärksten Rückgang seit 2008 darstellte. Seitdem erholte sich die Währung wieder zum größten Teil wieder.

Trotz eines leichten Rückgangs des Leistungsbilanzsaldos weist die türkische Wirtschaft nach wie vor sehr hohe außenwirtschaftliche Ungleichgewichte auf, das Leistungsbilanzdefizit belief sich 2015 auf 4,6% des BIP. Wegen des hohen strukturellen Defizits und der niedrigen gesamtwirtschaftlichen Sparquote von knapp 15% des BIP bleibt die Türkei in hohem Maße auf ausländisches Kapital zur Finanzierung ihres außenwirtschaftlichen Defizits angewiesen. Dieser hohe Finanzierungsbedarf kann jedoch nur zu einem kleinen Teil mit Auslandsdirektinvestitionen gedeckt werden. Die Auslandsverschuldung wächst stetig und betrug im ersten Quartal 2016 58% des BIP. Die Profitabilität des Bankensektors befindet sich seit 2013 auf einem moderaten Abwärtstrend, der Anteil notleidender Kredite erhöhte sich auf 3,3% des Kreditvolumens im ersten Quartal 2016.

GDP growth largely driven by an upswing in private consumption, external imbalances continue to accumulate

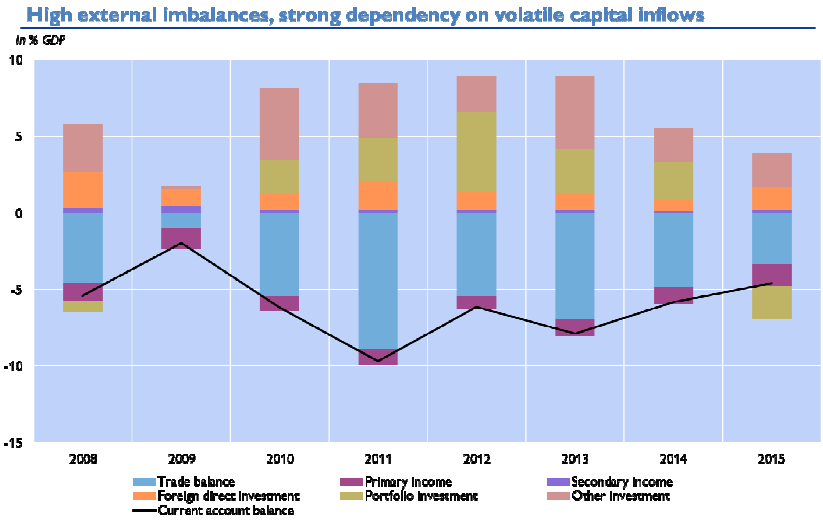
[24] Autorin: Mariya Hake (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

GDP growth accelerated to 4% in 2015 and speeded up to 4.4% year-on-year in Q1/2016 on the back of booming private and public consumption. Private consumption was fueled both by easier financing conditions, elevated employment growth (3.5% on annual basis in Q1/2016) and most recently by the 30%-hike of the minimum wage as from January 2016. Gross fixed capital formation mustered relatively feeble growth in 2015 (2.4%) and entered negative territory again in Q1/2016 (-0.3 year-on-year). Private investment stagnated, while public investment declined to offset the current fiscal spending increase. External demand exerted a drag on growth in Q1/2016 as exports increased at the modest rate of 2.4%, not least due to economic downturns in major trading partners (Russia and Iraq) and a sharply deteriorating situation of the tourism sector. Exports to the EU increased, supported by a substantial depreciation of the Turkish lira vis-à-vis the euro and a slight improvement in labor productivity. In contrast to sluggish export growth, imports surged by 7.5% year-on-year – posting the highest growth rate since 2014.



Most recent forecasts by the IMF (July 2016) project that GDP growth will slow down to 3.8% and 3.2% in 2016 and 2017, respectively, which strongly deviates from the revised government medium term program from March 2016 (4.5% and 5%, respectively). However, downside risks strongly shot up. In particular, ongoing regional geopolitical tensions and the most recent domestic political uncertainties might worsen investor sentiments and hit furthermore the tourism sector, among others. In addition, the protracted adoption and delayed implementation of already envisaged reforms in key sectors might put additional risk to economic growth.

Oil-price-driven adjustment continued as the four-quarter current account deficit narrowed to 4.2% of GDP until April 2016, slightly down from 4.6% of GDP in 2015. On the financing side, net FDI inflows are on the decline and nearly halved to 0.8% of GDP in Q1/2016, thus covering only 20% of the current account deficit. External debt has been on a steady rise since 2008 and stood at 58% of GDP as of Q1/2016. The share of short-term debt has nearly doubled since 2008 to 22.2%. Gross external financing needs including the funding of the current account deficit and maturing external debt are projected to reach around 25% of GDP in 2016.



The unemployment rate remained elevated at 10.6% on average in Q1/2016 in spite of a strong annual increase of the employment ratio to 49.8% as of March 2016. On the downside, the minimum wage increase by 30% might impose a drag on further employment gains unless it is accompanied by the adoption and implementation of envisaged labor market reforms to introduce more flexible work models and increase temporary work contracts.

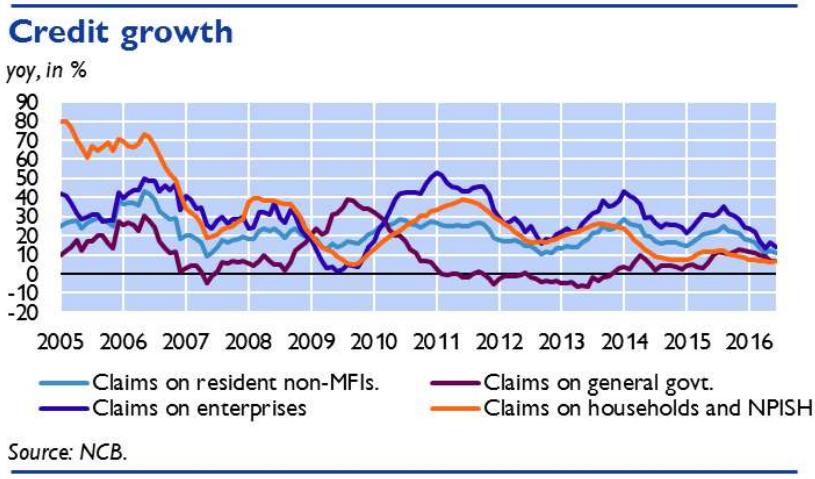
The fiscal stance was broadly neutral in 2015 corresponding to a slight downward adjustment of the central government deficit to 1.4% of GDP. In the first five months in 2016, revenue growth surpassed expenditures by a wide margin turning into surplus for this period. In 2016, the fiscal stance is expected to be slightly expansionary, the general government deficit is projected to rise to 1.8% of GDP.

CBRT aimed to preserve financial stability following the military coup attempt and continued monetary policy easing

In 2015, headline inflation came in at 8.8% at the end of the year, clearly above the monetary policy target of 5% year-end due to the exchange rate pass-through and the still high inflation expectations. The annual average inflation rate was 7.7% in 2015. Price pressures eased somewhat in the first half of 2016 due to lower prices of unprocessed food. Yet, tax hikes on tobacco, alcohol and electricity and the minimum wage hike by 30% as from January 2016 partly weigh against a sustainable downward path in inflation.

Since 20 April 2016 – the first day in office of the new Governor Murat Çetinkaya – the Central Bank of the Republic of Turkey (CBRT) continued its rate cutting cycle and reduced the overnight lending rate in five steps from 10.50% to 8.50% as of 23 August 2016. This led to a narrowing of the interest rate corridor, as the lower band remained unchanged at 7.25%. A much tighter monetary policy stance would be needed to support the currency, which is under strong depreciation pressure, although on a decelerating pace in the first half of 2016. In the twelve months to August 2016 the Turkish lira lost 22 % against the USD and 12% against the EUR. Following the military coup attempt, the lira lost 7.3% against the USD between July 14 and 20 2016 (6.3% against the Euro) – the largest drop since 2008 – but recovered somewhat since then.

In response to this event, the CBRT adopted several measures with the aim to preserving financial stability. These include: (i) provision of needed liquidity without limits to banks, (ii) setting the commission rate for Intraday Liquidity Facility at zero, (iii) allowing banks to place foreign exchange deposit as collateral without limits for needed Turkish lira liquidity, (iv) allowing banks' current foreign exchange deposit limits of around 50 billion US dollars to be increased and utilization conditions (collateral and cost) to be improved if deemed necessary, (v) leaving all markets and systems (the



Electronic Fund Transfer and the Electronic Security Transfer and Settlement systems) open until final settlement of transactions.

Banking sector vulnerabilities on the rise

Annual credit growth decelerated somewhat in 2015 to 13.6% in exchange rate adjusted terms as of end-2015, which is well below the CBRT target rate of 15% (FX-adjusted, 13-week moving average). The deceleration was driven mainly by the consumer loan segment, while growth of commercial loans accelerated to 14.2 % on annual basis as of March 2016. As from 31 March 2016, the Banking Regulation and Supervisory Authority introduced a new arrangement to the risk weight of bank capital with a view to reducing the capital needed for consumer loans so as eventually to alleviate supply constraints. Domestic credit to the private sector (16.6% of GDP as of end-2015) remains higher than deposits by a sizable margin, implying a loan-to-deposit ratio of 130% as of Q1/2016 down from 131% as of end-2015.

The exchange rate risk of the private sector remains elevated despite the fact that households are banned from borrowing in foreign currency. In particular, the indebtedness in foreign currency of the Turkish corporate sector has reached almost 47% of GDP in Q1/2016. Evidence shows that this went hand in hand with overall declining firm profitability. Also, due to the enduring depreciation of the Turkish lira vis-a-vis both USD and EUR, the share of bank loans denominated in foreign currency has surged. As of Q1/2016, the share of foreign currency loans in total corporates loans amounted to 36.4%. In addition, an indirect exchange rate risk emerges also from unhedged borrowers (i.e non-exporting firms).

As of end-March 2016, the NPL ratio posted a minor increase to 3.3% of total loans from 3.1% in the fourth quarter of 2015 on the back of developments in retail loans. At the same time, NPLs remain well provisioned with a provision coverage ratio staying close to 76%. The capital adequacy of banking system (tier 1) continued to decline and stood at 12.8% as of Q1/2016, which is still slightly above the regulatory minimum of 12%. Profitability of the banking sector increased somewhat as of Q1/2016 mainly due to a surge of net noninterest income. Accordingly, return on assets came up to 1.4%, in parallel with return on equity amounting to 13%.

Structural policies needed to increase competitiveness and to enhance integration in global value chains

The pressing need for structural policies in Turkey has been outlined in the most recent report of the OECD's Economic and Development Review Committee (EDRC). Although Turkey's progress on structural reform has been significant, ample reform gaps remain. Accordingly, the report was focused on the analysis how to boost productivity growth and enhance integration in global value chains.

As for productivity growth, the report focuses on four key areas: i) human capital, ii) integrity of governance institutions, iii) quality of product and labor market regulations, and iv) the tax and subsidy system. Its main findings postulate that the business sector is vibrant but low skills and high employment costs, amplified by the recent minimum wage hike, a large informal sector coupled with high costs of moving it into the formal economy hamper further productivity gains.. Despite its strong expansion, the competitive position of the manufacturing sector has not improved. High-productivity firms are not growing at full potential, due to shortcomings in basic governance, the regulatory framework and business taxation. Accordingly, a major medium-term challenge involves boosting the participation of young people and women in the labor force, both Turkish nationals and refugees. Moreover, despite

recent job creation, the employment ratio remains low. Almost half of the Turkish working-age population, without considering refugees, does not join the labor market.

The participation in global value chains in Turkey remains below potential, consistent with the low share of exported value-added in Turkey's total value added and relatively subdued export performance. Turkey's capacity to provide intermediate inputs to other countries remained limited. This partly reflects Turkey's specialization in final products, but also hints at obstacles in trade and investment policies, underdeveloped human capital and still insufficient investment in innovation, R&D and knowledge-based capital. Turkey's export share for intermediate goods in the world market is particularly low, especially in high value-added sectors, reflecting limited human and knowledge-based capital. To increase participation in global value chains, bottlenecks such as informality, regulatory restrictions and lack of legal assurance, should be removed. This is important since FDI inflows into the Turkish manufacturing sector are relatively low and the performance of the services sector is lagging behind its competitors.

Sinkende Staatsanleiherenditen reduzieren langfristige Kreditzinssätze im Euroraum[25]

Im Gefolge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben divergente Entwicklungen von Staatsanleiherenditen innerhalb des Euroraums sowie das anhaltend instabile konjunkturelle Umfeld die Frage aufgeworfen, inwiefern der geldpolitische Transmissionsmechanismus beeinträchtigt ist und wie sich geldpolitische Maßnahmen auf Kreditzinssätze auswirken. Diese Studie[26] untersucht die Bestimmungsgrößen von Zinssätzen für langfristige festverzinsliche Bankkredite an den privaten nichtfinanziellen Sektor in einem Sample von 21 EU Ländern von 2003 bis 2014. Als ökonometrisches Instrumentarium dienen eine länderübergreifende Panelanalyse sowie Vektorfehlerkorrekturmodelle auf Länderebene. Die entsprechenden Resultate zeigen, dass langfristige Staatsanleiherenditen einen signifikant positiven und ökonomisch beachtlichen Effekt auf langfristige Kreditzinssätze in den meisten Euroraumländern haben. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die derzeit im Euroraum implementierten unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen auch dadurch den gewünschten dämpfenden Effekt auf langfristige Kreditzinssätze haben, als Staatsanleiherenditen durch die zusätzliche Nachfrage nach Staatspapieren seitens der Eurosystem-Notenbanken reduziert werden. Darüber hinaus legen die Ergebnisse dieser Studie nahe, einen vorsichtigen Zugang zu wählen, wenn es darum geht, die regulatorische Handhabung von souveränen Risiken in den Bankbilanzen zu verändern.

Hintergrund

Die Staatsschuldenkrise in einzelnen Euroraum-Ländern 2010-2012 ergab in mehreren Ländern einen synchronen, jedoch zum Teil unterschiedlich starken Anstieg von Renditen für Staatsanleihen und Zinssätzen für Kredite an private Nichtbanken. Vor diesem Hintergrund geht diese Analyse der Frage nach, ob ein systematischer Effekt von langfristigen Staatsanleiherenditen auf Zinssätze für langfristige festverzinsliche Bankkredite an private Nichtbanken in Europa besteht.

Ergebnisse

Die Autoren identifizieren einen signifikant positiven Effekt sowohl für Euroraum-Peripherieländer als auch für Euroraum-Kernländer (Sample: Jänner 2003 bis Dezember 2014). Ein Anstieg der Rendite für 10jährige Staatsanleihen von 100 Basispunkten (Bps) führt bspw. zu einem Anstieg der langfristigen Kreditzinssätze von 40 Bps in Österreich, 50 Bps in Frankreich, 70 Bps in Deutschland und rund 110 Bps in Italien (siehe Grafik 1). Dieser Zusammenhang ist offenbar nicht nur ein krisenbedingtes Phänomen, sondern war bereits vor 2008 vorhanden. Der Einfluss von kurzfristigen Geldmarktzinssätzen auf langfristige Zinssätze für Bankkredite (als Abbild der Wirksamkeit traditioneller geldpolitischer Maßnahmen) ist zumeist kleiner im Vergleich zum Effekt der langfristigen Staatsanleihen.

---

[25] Autoren: Markus Eller und Thomas Reininger (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

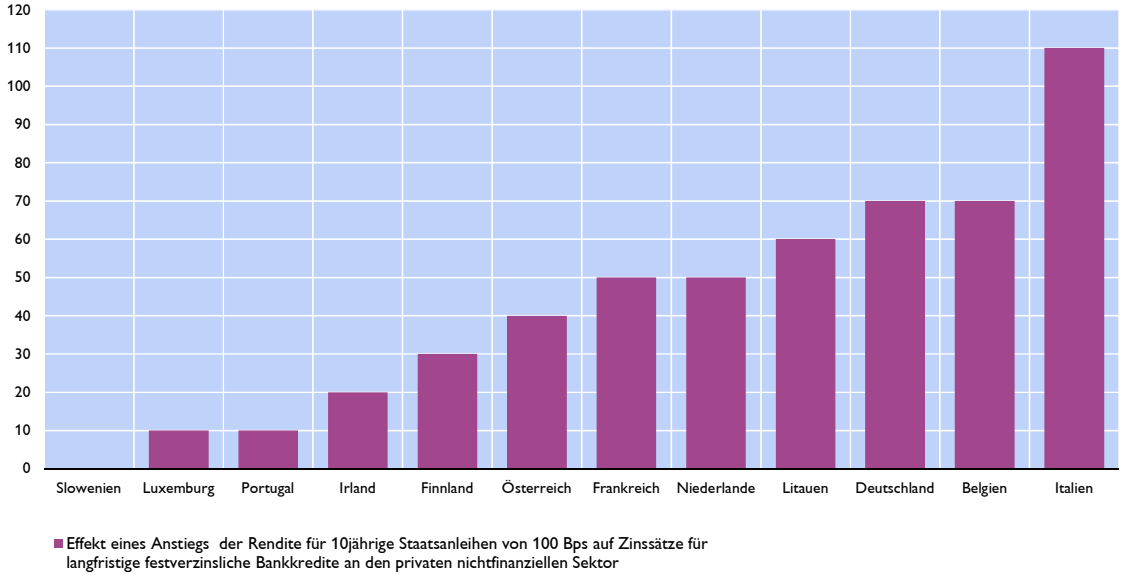
[26] Die vorliegende Ausarbeitung ist eine Zusammenfassung der in der OeNB-Zeitschrift *Focus on European Economic Integration* veröffentlichten Studie: Eller, M. & T. Reininger. 2016. The influence of sovereign bond yields on bank lending rates: the pass-through in Europe. In: Focus on European Economic Integration Q2/16, 54–78.

Für die meisten EU-Länder außerhalb des Euroraums, insbesondere in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE), ist dieser Zusammenhang nicht besonders ausgeprägt. (Daher werden in Grafik 1 ausschließlich die Ergebnisse für Euroraumländer gezeigt.) Die Erklärung dafür dürfte in den CESEE-Ländern neben der Kürze der vorhandenen Zeitreihen die vergleichsweise stärkere Präsenz von Auslandsbanken und/oder die Dominanz von Fremdwährungskrediten insbesondere im langfristigen Segment sein.

Grafik 1

Reaktion von langfristigen Kreditzinssätzen auf Anstiege bei Staatsanleiherenditen

in Basispunkten



Quelle: Eigene Berechnungen. Nullereinträge: in diesen Fällen konnte statistisch gesehen kein Koeffizient unterschiedlich von Null geschätzt werden.

Wirtschaftspolitische Implikationen

Die Ergebnisse dieser Studie lassen erwarten, dass die derzeit im Euroraum implementierten unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen (z.B. das Public Sector Purchase Programme der EZB seit April 2015) auch dadurch den gewünschten dämpfenden Effekt auf langfristige Kreditzinssätze an private Haushalte und Unternehmen haben, als Staatsanleiherenditen durch die zusätzliche Nachfrage nach Staatspapieren seitens der Eurosystem-Notenbanken reduziert werden. So steht im Einklang mit dem empirischen Befund dieser Studie, dass im Verlauf des Jahres 2015 in fast allen Euroraumländern sowohl die Staatsanleiherenditen als auch die langfristigen Kreditzinssätze an private Haushalte und Unternehmen weiter gesunken sind.

Falls Bankforderungen gegenüber einem Staat in dessen Landeswährung – wie zur Zeit intensiv diskutiert – regulatorisch in Zukunft mit (unterschiedlich hohem) Eigenkapital unterlegt werden müssen, könnten Renditedifferenzen zwischen den Euroraumstaaten zunehmen, weil die Nachfrage der Banken nach Staatsanleihen in manchen Ländern deutlich stärker gedämpft würde. Über den in dieser Studie identifizierten Einfluss der Renditen auf die Zinssätze langfristiger Bankkredite an private Haushalte und Unternehmen könnten dadurch auch Divergenzen in der realwirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Euroraumländern verstärkt werden.

Änderung in der Abfolge des EU Ratsvorsitzes – Konsequenz aus dem Brexit Referendum[27]

Durch den Verzicht des Vereinigten Königreichs (VK) auf die Ratspräsidentschaft kam es im Zuge einer Abänderung der Reihenfolge des wechselnden Ratsvorsitzes zu einer terminlichen Vorrückung der österreichischen Ratspräsidentschaft um ein halbes Jahr auf Juli bis Dezember 2018 sowie einer Änderung der Zusammensetzung des Dreiervorsitzes.

Wesentliche Änderungen: Estland übernimmt die Vorsitzführung anstatt des VK, Kroatien wurde hinzugefügt. Alle anderen Staaten akzeptierten eine terminliche Vorrückung um ein halbes Jahr.

EU Ratspräsidentschaft

Wie am 20. Juli 2017 bekannt gegeben wurde, informierte Premierministerin Theresa May – als Konsequenz aus dem Brexit Referendum – den EU-Ratspräsidenten Donald Tusk über den Verzicht des VK auf die EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2017.

Als Folge hiervon beschloss der Rat am 26. Juli 2016[28] eine Änderung der Reihenfolge des wechselnden Ratsvorsitzes.

Estland übernimmt die Vorsitzführung anstatt des VK, Kroatien wurde in 2020 hinzugefügt. Alle anderen Staaten akzeptierten eine terminliche Vorrückung um ein halbes Jahr.

EU-Ratspräsidentschaft (dargestellt bis Juni 2020)

	NEU[29]	**ALT**[30]	
Dreiervorsitz	Niederlande	Niederlande	Jänner – Juni 2016
	Slowakei	Slowakei	Juli – Dezember 2016
	Malta	Malta	Jänner – Juni 2017
Dreiervorsitz	Estland	Vereinigtes Königreich	Juli – Dezember 2017
	Bulgarien	Estland	Jänner – Juni 2018
	Österreich	Bulgarien	Juli – Dezember 2018
Dreiervorsitz	Rumänien	Österreich	Jänner – Juni 2019
	Finnland	Rumänien	Juli – Dezember 2019
	Kroatien	Finnland	Jänner – Juni 2020

Konsequenzen für Österreich

[27] Autorin: Carmencita Nader-Uher (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen).

[28] BESCHLUSS DES RATES zur Änderung des Beschlusses 2009/908/EU zur Festlegung von Maßnahmen für die Durchführung des Beschlusses des Europäischen Rates über die Ausübung des Vorsitzes im Rat und über den Vorsitz in den Vorbereitungsgremien des Rates Dokument Nr. ST 11432 2016 INIT, 26.Juli 2016

[29] Gemäß Ratsbeschluss vom 26.Juli 2016

[30] BESCHLUSS DES RATES vom 1. Januar 2007 zur Festlegung der Reihenfolge für die Wahrnehmung des Vorsitzes im Rat respektive Link Rat zur Homepage (Zugriff 28.7.2016 um 15:42)

Terminänderung

In der Originalplanung wäre der Vorsitz von Österreich in der Periode Jänner bis Juni 2019 übernommen worden. Nun beginnt der Ratsvorsitz bereits im Juli 2018.

Dementsprechend erfolgen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts bereits vorverlegt die administrativen Vorbereitungsarbeiten, zum Beispiel die Zusammenstellung der Lenkungsgruppe im Bundeskanzleramt (BKA), in welcher auch die OeNB vertreten ist.

Änderung des Dreiervorsitzes

In der Originalplanung hätte Österreich im Dreiervorsitz mit Rumänien und Finnland kooperiert. Nun ist mit den neuen Kooperationspartnern – Estland und Bulgarien – ein neues Achtzehnmonatsprogramm für den Dreiervorsitz auszuarbeiten.

Inhaltliche Vorbereitung

Basis hierfür bilden die Strategische Agenda vom Juni 2014[31], das Achtzehnmonatsprogramm sowie das Programm für die EU-Ratspräsidentschaft von Österreich, welches in enger Kooperation mit – nunmehr – Estland und Bulgarien festgelegt werden wird.

Offen ist noch, wann der Antrag auf Austritt des VK nach Artikel 50 EUV gestellt werden wird. Dies könnte ein wesentliches Thema während der Präsidentschaft werden. Zwischenzeitlich wurde im BKA dazu eine Arbeitsgruppe zusammengestellt, welche sich mit diesem Themenkreis intensiv beschäftigt und in welcher auch die OeNB vertreten ist.

[31] Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 26/27. Juni 2014

Evaluierung der Überwachung und des Krisenmanagements des IWF[32]

Am 20. Juni 2016 veröffentlichte das IEO (Independent Evaluation Office) einen Bericht über die Qualität sowie die Effektivität der Überwachung und des Krisenmanagements des IWF in Griechenland, Irland und Portugal. Das Ergebnis dieser Evaluierung sind fünf Empfehlungen des IEO an den IWF.

Im April 2010 beantragte Griechenland als erstes Land in der Eurozone finanzielle Unterstützung vom IWF. Schon bald wurden Nothilfen des IWF, gemeinsam mit der Europäischen Union, zur Verfügung gestellt. Im Mai 2010 wurde das dreijährige Stand-By Arrangement (SBA) des IWF im Wert von 26,3 Mrd SZR genehmigt, gefolgt vom vierjährigen Extended Fund Facility (EFF) im Wert von 23,8 Mrd SZR im März 2012. Irland und Portugal wurden vom IWF im Dezember 2010 und Mai 2011 ebenfalls durch dreijährige EFFs im Wert von 19,5 Mrd SZR (Irland) und 23,7 Mrd SZR (Portugal) unterstützt (dazu kamen jeweils noch Unterstützungen der EU). Am 20. Juni 2016 veröffentlichte das IEO nun einen Bericht über die Überwachung und das Krisenmanagement des IWF in Griechenland, Irland und Portugal. Die Evaluierung zeigt die folgenden wesentlichen Ergebnisse:

Überwachung

Die Überwachung wurde vom IWF gemeinsam mit der Europäischen Kommission (EK) und der Europäischen Zentralbank (EZB), der sogenannten „Troika", durchgeführt. Vor der Finanzkrise hat der IWF laut Einschätzung des IEO im Wesentlichen die richtigen Probleme identifiziert, konnte aber das Ausmaß dieser Risiken nicht genau einschätzen. Die Überwachung der Struktur der Finanzregulierung der Eurozone war höchst qualitativ, nur haben IWF-Beamte und viele Finanzexperten den Domino-Effekt der Risiken im Bankensektor nicht vorhergesehen. Generell teilte der IWF mit vielen anderen Institutionen die „Europa ist anders"-Denkweise: In der Eurozone seien Leistungsbilanzdefizite kein Grund zur Sorge und es würde nicht zu unerwarteten Wirtschaftseinbrüchen kommen. Als die Krise augenscheinlich war, machte der IWF auf die richtigen Schwachpunkte in der Wirtschaft aufmerksam und forderte „zu Recht" Bankenstresstests und -rekapitalisierungen sowie die Formierung einer Bankenunion.

Entscheidungsprozesse

Als der IWF im Mai 2010 die griechischen Nothilfen genehmigte, wurden von Griechenland keine vorbeugenden Umschuldungspläne verlangt, obwohl die Staatsverschuldung als „mit einer hohen Wahrscheinlichkeit nicht nachhaltig" eingestuft wurde. Die Ansteckungsrisiken waren dabei ein wichtiger Entscheidungsfaktor. 2002 wurden die Bedingungen, um außergewöhnlichen Zugang zu den Mitteln des IWF (exceptional access to fund resources) zu erhalten, geändert, sodass das IWF-Exekutivdirektorium schon im Vorhinein und auch später aktiv im Entscheidungsprozess involviert sein musste. Diese Bedingungen wurden jedoch nur oberflächlich eingehalten, was die Legitimität der Entscheidungen in Frage stellte.

[32] Autorin und Autor: Christof Bischofberger und Alice Radzyner, MSc (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen).

Kooperation mit den europäischen Partnern

Da aus Sicht des IWF eine Kreditvergabe an ein Eurozonenmitglied bis zu diesem Zeitpunkt als eher unwahrscheinlich erachtet wurde, gab es ursprünglich kein genau geplantes Programm, wie eine solche Kreditvergabe ablaufen sollte. Die „Troika"-Kooperation diente hier als effizientes Mittel, um mit den nationalen Behörden zu verhandeln und Kreditkonditionen zu bestimmen. Dennoch spielte der IWF nicht wie gewohnt die Rolle des Krisenmanagers. Da die EK im Namen der Eurogruppe verhandelte, wurde die technische Beurteilung des IWF durch politischen Druck beeinträchtigt.

Programmgestaltung und Umsetzung

Der IWF prognostizierte äußerst optimistische Wachstumsprognosen bei den Programmen in Griechenland und Portugal. Wären die Prognosen realistischer und genauer gewesen, dann wären auch die Auswirkungen der Konsolidierung auf Wachstum und Schuldendynamik klarer gewesen, die europäischen Partner hätten zusätzliche Finanzierung bereitstellen können und die Glaubwürdigkeit des IWF hätte weniger darunter gelitten. Erfahrungen aus vergangenen Krisen wurden nicht immer beachtet, z.B. als der IWF die negativen Reaktionen der privaten Gläubiger in Bezug auf Programme mit hohem Risiko unterschätzt hat.

Rechenschaft und Transparenz

Der IWF agierte im Bereich Rechenschaft und Transparenz in Bezug auf den Umgang mit der Eurozonenkrise nicht optimal. Vor diesem Hintergrund ist die Sichtweise, dass der IWF Eurozonenländer anders als andere behandelt, entstanden. Zu bemängeln sei weiters, dass der IWF in der Krisenzeit keine internen Prüfungen der Europrogramme in Auftrag gegeben hat.

Empfehlungen an den IWF

Das IEO schlägt aufgrund dieser Schlussfolgerungen folgende Empfehlungen vor:[33]

Empfehlung 1

Exekutivdirektorium und Management des IWF sollen sich auf konkrete Vorgehensweisen einigen, um die politische Einflussnahme auf die technischen IWF-Analysen zu minimieren. Der IWF könnte z.B. konsequente Analysen in Auftrag geben, die auf realistischen Programm-Prognosen basieren und transparenter sein, indem sie erklären, wie sie zu einem bestimmten Beschluss gekommen sind.

Empfehlung 2

Exekutivdirektorium und Management des IWF sollen die existierenden Prozesse verstärken, um sicherzustellen, dass vereinbarte Maßnahmen nicht ohne gründliche und fundierte Überlegungen verändert werden. Dies könnte umgesetzt werden indem das Management das Executive Board frühzeitig über vermeintliche Veränderungen informiert und nicht abwartet, bis eine offizielle Prüfung erfolgt.

Empfehlung 3

[33] Independent Evaluation Office of the IMF (2016). The IMF and the crises in Greece, Ireland, and Portugal: An evaluation by the Independent Evaluation Office; 8 July 2016. http://www.ieo-imf.org/ieo/files/completedevaluations/EAC__REPORT%20v5.PDF):

Der IWF soll klarstellen, inwiefern die Richtlinien der Programmgestaltung für Währungsunionsmitglieder gelten: „An wen soll der IWF primär Kredite vergeben? An das betroffene Land? An die Union?“

Empfehlung 4

Der IWF soll eine Strategie festlegen, wie die Kooperation mit regionalen Finanzierungsvereinbarungen in Zukunft ablaufen soll, z.B.: schriftliche Grundsätze über die Konditionen der gemeinsamen Kreditvergabe zwischen IWF, ESM sowie allen betroffenen Vorständen.

Empfehlung 5

Exekutivdirektorium und Management des IWF sollen ihr Engagement für Rechenschaft und Transparenz sowie die Rolle der unabhängigen Prüfungen bekräftigen, um für effektives Krisenmanagement zu sorgen. Dies könnte durch zeitige Ex-Post-Prüfungen gemäß den Richtlinien geschehen.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 28. April bis 15. Juni 2016[34]

1) EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
16. Juni 2016	EG/ ESM/ Griechenland	EG und ESM-Board of Directors in Luxemburg – Annahme des Memorandum of Understanding (MoU) und Genehmigung der Auszahlung der nächsten Tranche an Griechenland • Das zusätzliche MoU enthält die umzusetzenden Reformen sowie den vereinbarten Contingency Mechanism für den Fall der Nichterzielung des im Programm geforderten jährlichen Haushaltsüberschusses. • Der ESM genehmigt am 17. Juni die 2. Tranche in Höhe von 10,3 Mrd. EUR und eine Teilauszahlung hievon in Höhe von 7,5 Mrd EUR an Griechenland.
17. Juni 2016	ECOFIN-Rat	ECOFIN-Rat in Luxemburg – Wichtigste Ergebnisse: Annahme von Schlussfolgerungen zu Bankenunion / EDIS – 3 Elemente für weitere Arbeiten: 1. Gemeinsamer Back Stop für den Single Resolution Fund (SRF) 2. Regulatorisches Paket zur Risikominderung im Bankensektor (CRD IV/CRR) 3. Europäisches Einlagenversicherungssystem (EDIS). Betreffend die regulatorische Behandlung von staatl. Schuldtiteln werden die Arbeiten in Basel abgewartet. Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung: Limitierung von Bargeldzahlungen
21. Juni 2016	EP/ECON	Öffentliche Anhörung von Mario Draghi, EZB-Präsident und ESRB-Vorsitzender: • Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts müssen konsistent in allen Ländern und zu jeder Zeit angewendet werden. • Länder mit fiskalischem Spielraum sollten öffentliche Investitionen erhöhen. • Um die WWU zu stärken ist ein Schockabsorptions-Mechanismus notwendig.

[34] AutorInnen: Christof Bischofberger, Majken Corti, Andrea Hofer, Louis Springer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen).

22. Juni 2016	EZB	„Waiver“ für Griechenland wird von EZB wiederhergestellt: • Die Ausnahmeregelung, wonach griechische Banken Zugang zu EZB Liquidität bekommen, obwohl die dafür als Sicherheit eingebrachten griechischen Staatsanleihen unter dem Mindestratings bewertet werden, tritt ab 29 Juni wieder in Kraft. • Der EZB-Rat erkennt Griechenlands Bemühungen das ESM-Programm zu implementieren und erwartet auch in Zukunft das Einhalten der Konditionen. • Mögliche Ankäufe griechischer Staatsanleihen unter dem Public Sector Purchase Programme (PSPP) werden geprüft.
28./29. Juni 2016	Europäischer Rat	Brexit – Erklärung des Europäischen Rats (ER): • Ergebnis des Referendums ist bedauerlich, aber zu akzeptieren. • Der Ausstieg Großbritanniens (GB) aus der EU ist in einer organisierten Form auf der Rechtsgrundlage des Art. 50 EUV zu vollziehen. GB wird ersucht, schnellstmöglich Art. 50 EUV zu aktivieren; davor gebe es keine Verhandlungen. • Ratspräsident Tusk macht klar, dass alle “vier Freiheiten” gelten müssen, um Teil des Binnenmarkts zu sein. • GB soll in Zukunft ein enger Partner der EU bleiben. Zukunft der Union: • ER leitet Reflexionsphase über die Zukunft der EU mit 27 Mitgliedsstaaten ein. Im Zentrum stehen: Sicherheit, Beschäftigung und Wachstum. • Erste Debatte beim informellen ER in Bratislava am 16.9.2016. • Erklärung der 4 Visegrad-Staaten: Aufruf zur Schaffung einer „Union des Vertrauens“. WWU: • Erörterung des Stands der Arbeiten zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion , Aufruf, die Arbeiten weiter voran zu bringen • Billigung der Empfehlung zur Einrichtung nationaler Ausschüsse für Produktivität
5. Juli 2016	EK	Die Europäische Kommission (EK) schlägt einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung vor: 1. Vorschlag zur Änderung der 4. Geldwäsche-Richtlinie: • Einbeziehung von Umtausch-Plattformen für virtuelle Währungen und Anbieter von elektronischen Geldbörsen in den Anwendungsbereich der Richtlinie. • Einschränkung anonymer Zahlungen mittels Guthabenkarten durch eine Senkung der Schwellenbeträge (für die keine

		Identitätsangabe erforderlich ist) von 250 auf 150 EUR. 2. Liste von Ländern, die ein Risiko für Terrorismusfinanzierung darstellen 3. Begrenzung von Bargeldzahlungen
5. Juli 2016	EZB	EZB stellt neue 50 EUR-Banknote vor: Neuer Geldschein wird am 4. April 2017 in Umlauf gegeben.
5. Juli 2016	EK / Kanada	EK schlägt Unterzeichnung und Abschluss von CETA vor: Die EK legt dem Rat der EU den Vorschlag zur Unterzeichnung und vorläufigen Anwendung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement - CETA) vor. Der Vorschlag tritt nach Beschluss des Rates, Zustimmung des Europäischen Parlaments und Ratifikation durch alle EU-Mitgliedstaaten in Kraft. CETA ist im Kontext der ersten der zehn Juncker-Prioritäten zu sehen - Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen – und soll die Handels- und Investitionsströme zwischen der EU und Kanada stärken.
6. Juli 2016	a.o. EP/ECON	Öffentliche Anhörung von Valdis Dombrovskis, Vizepräsident der EK für den Euro und den sozialen Dialog: • Eine große Mehrheit der MEPs sprach sich für eine Übertragung von J. Hills Agenden (Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion) zu Dombrovskis aus. • Kapitalmarktunion (CMU): Die Errichtung der CMU ist angesichts des Brexit-Votums mehr denn je erforderlich, Dombrovskis wird die Arbeit von J. Hill fortsetzen.
11. Juli 2016	Eurogruppe	Eurogruppe – Wichtigste Ergebnisse: Ergebnis des GB Referendums: • J. Dijsselbloem: Brexit-Votum hat hohen Grad an Unsicherheit gebracht, aber die Agenda der laufenden Arbeiten und das Commitment bleiben unverändert. • P. Moscovici: EK fordert eine Klarstellung der Situation, GB soll sobald als möglich die Austrittserklärung abgegeben. Italienische Banken (Pressekonferenz) • J. Dijsselbloem: ESM-Rekapitalisierung und Programm stehen zur Verfügung; die Verwendung von öffentlichen Geldern für die Rettung einer Bank ist möglich und erfordert Bail-In in einem gewissen Umfang.
12. Juli 2016	ECOFIN-Rat	ECOFIN-Rat in Brüssel – Wichtigste Ergebnisse: Vorstellung des Arbeitsprogramms der SK Ratspräsidentschaft: • Prioritäten sind die Vertiefung der WWU, die Schaffung einer Fiskalkapazität und der Kampf gegen Steuervermeidung.

		Fertigstellung der Bankenreformagenda des Basler Ausschusses: • Annahme von Schlussfolgerungen: der Rat nimmt zur Kenntnis, dass durch das Reformpaket keine wesentliche Erhöhung der gesamten Kapitalerfordernisse für den Bankensektor zu erwarten ist. Spanien, Portugal: • Verstoß gegen die Vorgaben des SWP.
13. Juli 2016	EP/ECON	Öffentliche Anhörung von Elke König, Vorsitzende des Single Resolution Board (SRB): • Elke König gibt einen Überblick über den aktuellen Stand des am 1.1.2015 errichteten SRB, den einheitlichen Abwicklungsmechanismus für direkt von der EZB beaufsichtigte Banken und Bankengruppen. • Das SRB ist auch für den einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund – SRF) verantwortlich; nationale Abwicklungsbehörden aller EU-Mitgliedstaaten haben 2015 und 2016 insgesamt bereits 10,7 Mrd EUR an den SRF überwiesen. •
21. Juli 2016	EZB	Geldpolitische Beschlüsse • Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw. -0,40 % zu belassen. • Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so bestätigt der EZB-Rat, dass die monatlichen Ankäufe von Vermögenswerten im Umfang von 80 Mrd EUR bis Ende März 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus und in jedem Fall so lange erfolgen sollen, bis er eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit seinem Inflationsziel im Einklang steht.
22. Juli 2016	EZB	Weniger Banknotenfälschungen im ersten Halbjahr 2016: Wie die EZB bekannt gibt, wurden in der ersten Jahreshälfte 2016 rund 331 000 gefälschte Euro-Banknoten aus dem Verkehr gezogen – 25 % weniger als in der zweiten Jahreshälfte 2015. Bei rund 80 % der Fälschungen handelt es sich um 20 EUR- und 50 EUR-Banknoten.
29. Juli 2016	EBA/ EZB/ ESRB/ EK	EU-weiter Stress Test 2016: Die European Banking Authority (EBA) gibt die Ergebnisse des gemeinsam mit den zuständigen Behörden (EZB, ESRB, EK) durchgeführten EU-weiten Stress Tests 2016 für 51 Banken in 15 EU und EWR-Ländern, die insgesamt rund 70% der Bankaktiva umfassen, bekannt. Ausgehend von einer Common Equity Tier 1 (CET 1, hartes Kernkapital) von 13,2% zeigt der Stress Test eine Widerstandsfähigkeit des EU-Bankensektors bei einem adversen Szenario mit einer durchschnittlichen Auswirkung von 380 Basispunkten CET 1.

9. August 2016	EK / Spanien / Portugal	Keine Geldbuße für Spanien und Portugal: Der ECOFIN stellte am 12. Juli fest, dass Spanien (ES) und Portugal (PT) auf die Empfehlungen des Rates nicht mit wirksamen Maßnahmen reagiert haben. Die EK legte am 27. Juli einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates vor, in dem auf eine zu verhängende Geldbuße für die beiden betroffenen Mitgliedstaaten in Höhe von 0,2% des BIP des Vorjahres angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds verzichtet wird. Der Rat beschließt am 9. August den Verzicht.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
8. Juni 2016 (Nachtrag)	IWF	IWF-Arbeitsprogramm für die kommenden 12 Monate: Um das Wachstum anzukurbeln, schlägt der IWF einen verstärkten und ausgeglicheneren Politikmix aus Währungs-, Fiskal- und Strukturpolitik vor. Das Arbeitsprogramm hat neben langjährigen Aspekten seinen Fokus auch auf neue und jüngst entstandene Themen (Klimawandel, Ungleichheit) und umfasst folgende Bereiche: 1. Politische Herausforderungen: - Währungspolitik: Unkonventionelle Währungspolitik und Auswirkungen auf andere Staaten (insbes. Schwellenländer) sowie Kapitalverkehrsmanagement. - Finanzsektoraufsicht: Der IWF will die Makrofinanzanalyse vertiefen, den Fortschritt bei den globalen und nationalen Finanzmarktreformen überprüfen, die Schwachstellen im Finanzsektor verringern und das Korrespondenzbankensystem analysieren. - Fiskalpolitik: Der IWF wird den fiskalischen Spielraum feststellen, den Länder haben, um die Währungspolitik zu ergänzen, und eine Infrastrukturpolitik-Unterstützungsinitiative leiten. - Strukturreformen: Der IWF will bei seiner jährlichen Überwachung den Fokus auf Strukturreformen legen. Der IWF will auch den Handel als kritischen Wachstumsfaktor eingehend untersuchen. 2. Neue Herausforderungen: Der IWF wird weiter daran arbeiten, Klimawandel und Energieaspekte in die Überwachung zu integrieren und seinen Fokus auch auf demographische Veränderungen und Migration legen. 3. Internationales Währungssystem: Hauptarbeitsbereiche sind Mechanismen für die Krisenprävention und –anpassung, globale Zusammenarbeit für

		globale Stabilität und das globale finanzielle Sicherheitsnetz.
16. Juni 2016	IWF	Artikel IV-Konsultationen mit dem Euroraum: Der Wirtschaftsaufschwung im Euroraum hat sich in den letzten zwei Quartalen verstärkt, aber der mittelfristige Ausblick ist weiterhin schwach. Der IWF empfiehlt einen 4-Säulen-Ansatz, d.h. einen ausgeglicheneren Politikmix aus Strukturreformen, Fiskalpolitik, Währungspolitik und Finanzpolitik: 1. Bessere Anreize für Strukturreformen schaffen 2. Fiskalsituation stärken und zentrale fiskalische Unterstützung erweitern 3. Akkommodative Währungspolitik fortsetzen 4. Bankbilanzen sanieren und die Bankenunion vollenden
17. Juni 2016	IWF/ JVI/ Österreich	IWF lobt Österreich für Zusammenarbeit bei Capacity Development: Managing Director Christine Lagarde hebt bei Ihrem Wien-Besuch die gelungene Kooperation des Joint Vienna Institute (JVI) mit dem IWF hervor und bezeichnet jene Arbeit dabei als eine der Kernfunktionen des IWF. Zukünftig sieht sie insbesondere in Innovationen im Bereich Ausbildung den Schlüssel zum Erfolg. In ihrer Rede in der Diskussionsreihe „Finanz im Dialog“ unterstreicht Lagarde die Erfordernis eines geeinten Europas und fasst drei essentielle Empfehlungen zusammen, mit denen Europa auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben soll: 1. Erhöhung des potentiellen Wachstums 2. Stärkung der wirtschaftlichen Belastbarkeit in Krisenzeiten 3. Verstärkt inklusive Gestaltung der Währungsunion
22.-23. Juni 2016	G20	G20-Treffen der stellvertretenden Finanzminister und Notenbankgouverneure in Xiamen: Die G20 diskutieren die Themen globale Wirtschaft, Wachstum, Investitionen und Infrastruktur, internationale Finanzarchitektur, Finanzsektorreform, internationale Steuern, Green Finance, Klimafinanzierung und Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung.
27. Juni 2016	BIZ	Ernennung Monica Ellis zur Generalsekretärin
8. Juli 2016	IWF	Tao Zhang als neuer Deputy Managing Director: Christine Lagarde ernennt Tao Zhang (bisher Direktor der People's Bank of China) zum Stellvertretenden Generaldirektor des IWF anstelle von Min Zhu, welcher am 25. Juli aus dem Amt scheidet.
15. Juli 2016	IWF	Masood Ahmed, Direktor des Middle East and Central Asia Department, geht in Pension: Masood Ahmed, seit 2008 als Direktor für den mittleren Osten sowie Zentralasien tätig, gibt seinen Pensionsantritt im Oktober 2016 bekannt.

19. Juli 2016	IWF	World Economic Outlook (WEO) - IWF revidiert Prognose wegen Brexit-Votum nach unten: Der Brexit geht laut aktuellem World Economic Outlook des IWF mit zahlreichen Unsicherheiten einher. Der IWF korrigiert daher das globale Wachstum für 2016 von 3,2% auf 3,1% und für 2017 von 3,5% auf 3,4%. Die stärkste Abwärtsrevision im Zusammenhang mit dem Brexit macht der IWF in europäischen Industriestaaten. Der IWF empfiehlt zur wirtschaftlichen Stärkung der Industriestaaten • kurzfristige Nachfragesteigerung und strukturelle Reformen zu kombinieren und • ersucht Industriestaaten, sich nicht nur auf die Währungspolitik zu verlassen, sondern auch andere politische Instrumente einzusetzen.
23.-24. Juli 2016	G20	G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure in Chengdu: Die G20 überprüfen die Fortschritte der G20-Wachstumsstrategie, der G20-Investitionsstrategie sowie der G20-Agenda für Finanzmarktreformen, die beim G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs von 4.-5. September 2015 in Hangzhou vorgelegt werden sollen. Globale Wirtschaft: Der G20-Vorsitz bestätigt den in Shanghai Ende Februar 2016 erzielten Konsensus, dass alle politischen Instrumente – Währungs-, Fiskal- und Strukturpolitik („three-pronged approach") – einzusetzen sind, damit die G20 ihr Ziel von 2% zusätzlichem Wachstum im Zeitraum 2014 bis 2019 erreichen („2-in-5 growth ambition"). Wachstum: Die G20 präsentieren die „verbesserte Strukturreform-Agenda". Investitionen und Infrastruktur: Die G20 präsentieren den Fortschritt beim MDB-Aktionsplan, der G20 Konnektivitätsinitiative, der Kapitalmarktentwicklung und der Diversifikation von Finanzinstrumenten. Internationale Finanzarchitektur/IWF-Reform: Hauptarbeitsbereiche der G20 sind Früherkennung von Kapitalströmen, die weitere Stärkung der globalen finanziellen Sicherheitsnetze rund um den IWF, die Verbesserung der Nachhaltigkeit und Restrukturierung der Verschuldung sowie die IWF Quoten- und Governance-Reform. Weitere Themen sind die Finanzmarktregulierung und die Terrorismusfinanzierung.
27. Juli 2016	IWF	José Viñals, Financial Counsellor, verlässt den IWF: Nach sieben Jahren legt José Viñals sein Amt als Generaldirektor der Abteilung für Geld und Kapitalmärkte zurück. Ratna Sahay wird vorläufig zur Generaldirektorin ernannt.

29. Juli 2016	BIZ	Fernando Restoy wird Vorsitzender des Financial Stability Institute

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 7. September 2016

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1)]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeitskräfteangebotes*		*in % des BIP*					
USA	2,3	2,2	1,2	2,2	4,8	4,5	-4,4	-4,4	107,5	107,5	-2,8	-3,1
Japan	0,8	0,4	0,0	1,5	3,4	3,3	-4,5	-4,2	247,5	248,1	3,9	4,1
China	6,5	6,2	x	x	x	x	x	x	x	x	3,3	3,0
Euroraum	1,6	1,8	0,2	1,4	10,3	9,9	-1,9	-1,6	92,2	91,1	3,7	3,6
EU	1,8	1,9	0,3	1,5	8,9	8,5	-2,1	-1,8	86,4	85,5	2,2	2,1
Österreich	1,5	1,6	0,9	1,7	5,9	6,1	-1,5	-1,4	84,9	83,0	3,1	3,3
Deutschland	1,6	1,6	0,3	1,5	4,6	4,7	0,2	0,1	68,6	66,3	8,5	8,3
Vereinigtes Königreich	1,8	1,9	0,8	1,6	5,0	4,9	-3,4	-2,4	89,7	89,1	-4,9	-4,4
Polen	3,7	3,6	0,0	1,6	6,8	6,3	-2,6	-3,1	52,0	52,7	-0,3	-0,9
Ungarn	2,5	2,8	0,4	2,3	6,4	6,1	-2,0	-2,0	74,3	73,0	5,0	4,5
Tschechische Republik	2,1	2,6	0,5	1,4	4,5	4,4	-0,7	-0,6	41,3	40,9	-1,5	-1,3

Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2016.

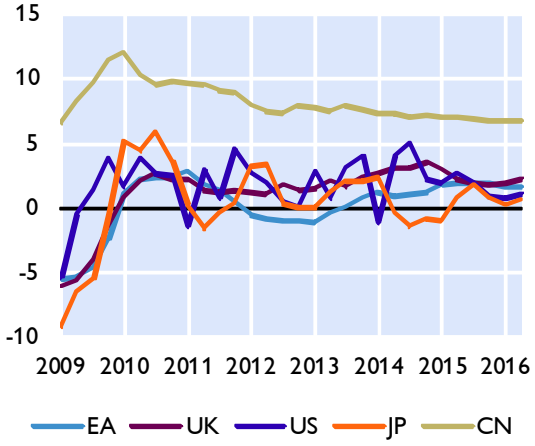
1) HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

Seite 1

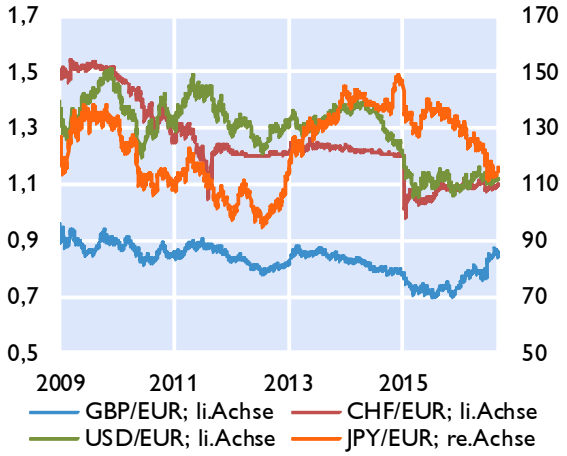
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

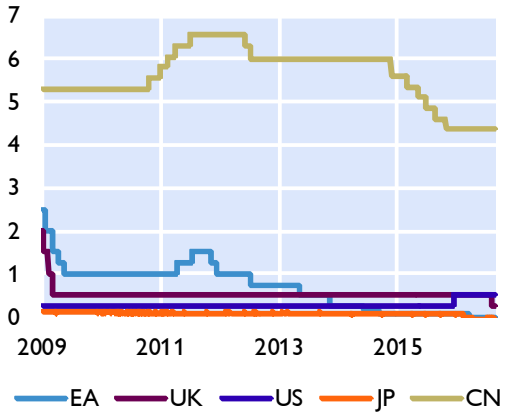


Wechselkurse zum Euro



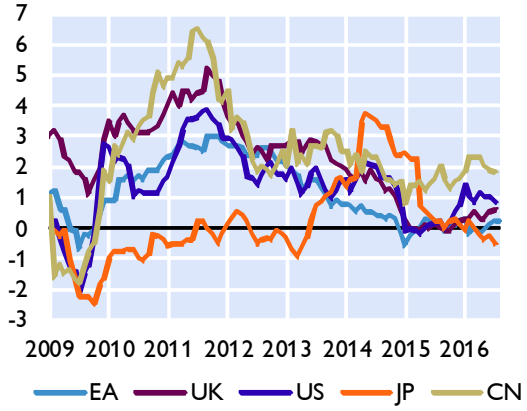
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



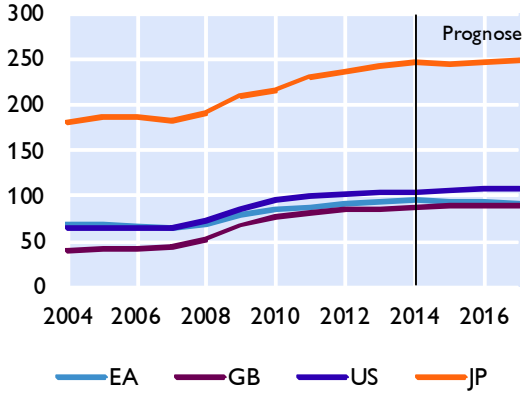
Verbraucherpreisindizes

in %



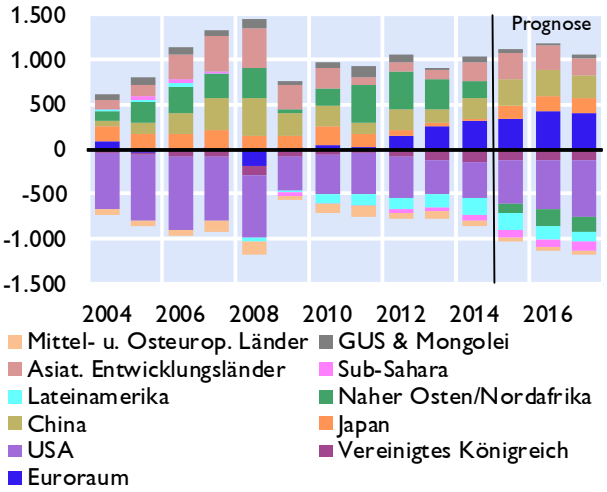
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

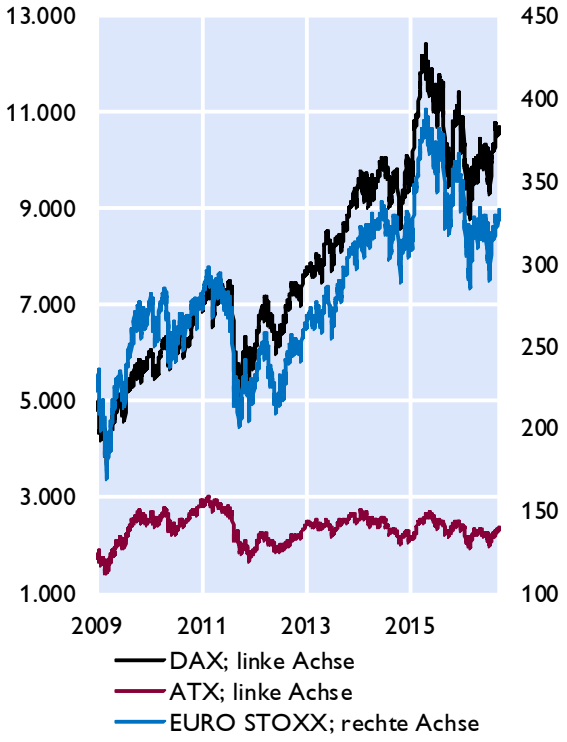


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2016 und IWF WEO April 2016.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

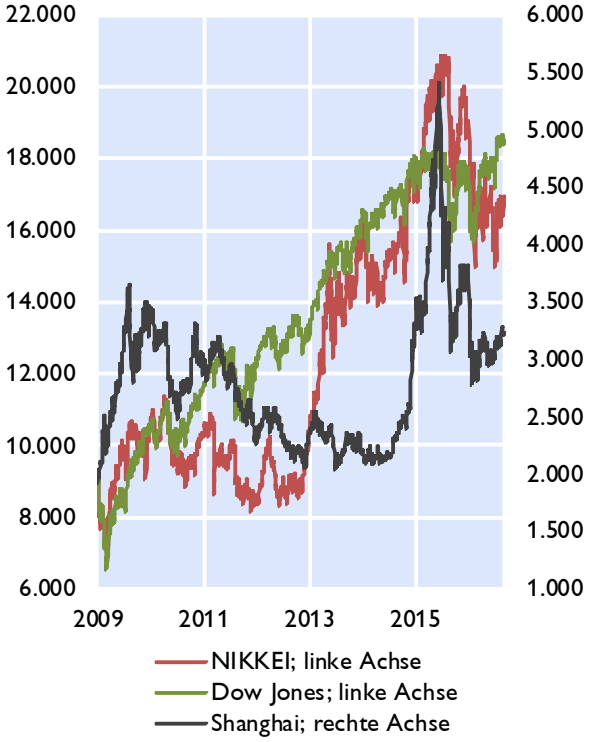
Aktienkurse - Europa

in Punkten



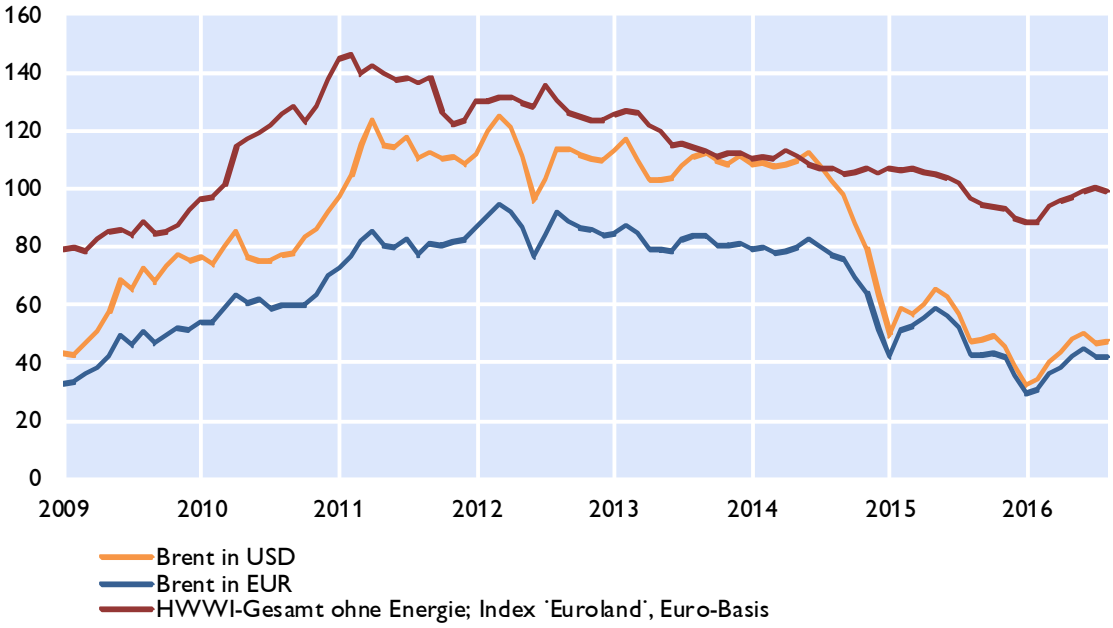
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem Juni 2016			OECD Juni 2016		IWF April 2016 **Update Juli 2016**[1]		EU-Kommission Mai 2016	
	2016	2017	2018	2016	2017	2016	2017	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real	1,6	1,7	1,7	1,6	1,7	**1,6**	**1,4**	1,6	1,8
Privater Konsum, real	1,9	1,7	1,5	1,8	1,7	1,6	1,6	1,8	1,5
Öffentlicher Konsum, real	1,5	0,8	0,9	1,7	1,1	1,1	0,7	1,4	1,2
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,2	3,4	3,3	3,3	3,2	2,6	2,8	2,9	3,8
Exporte, real	3,2	4,2	4,4	x	x	3,4	4,0	3,5	4,7
Importe, real	4,7	4,7	4,8	x	x	4,3	4,3	4,6	5,3
BIP Deflator	1,1	1,4	1,6	0,9	1,1	1,1	1,1	1,2	1,3
HVPI	0,2	1,3	1,6	0,2	1,2	0,4	1,1	0,2	1,4
Lohnstückkosten	0,8	1,0	1,3	1,1	0,8	0,8	1,1	0,9	1,1
Beschäftigte	1,1	0,9	0,9	1,3	1,0	1,1	0,9	1,1	1,0
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition								
Arbeitslosenquote	10,2	9,9	9,5	10,2	9,8	10,3	9,9	10,3	9,9
	in % des nominellen BIP								
Leistungsbilanz	2,9	2,8	2,8	3,8	3,6	3,5	3,2	3,7	3,6
Öffentliches Defizit	-1,9	-1,7	-1,4	-1,8	-1,4	-1,9	-1,5	-1,9	-1,6
	Prognoseannahmen								
Erdölpreis in USD/Barrel	43,4	49,1	51,3	41,8	45,0	**42,9**	**50,0**	41,1	46,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,3	**-0,3**	**-0,4**	-0,2	-0,3
USD/EUR	1,13	1,14	1,14	1,13	1,14	1,11	1,12	1,13	1,13
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real USA	x	x	x	1,8	2,2	**2,2**	**2,5**	2,3	2,2
BIP, real Welt	x	x	x	3,0	3,3	**3,1**	**3,4**	3,1	3,4
Welthandel	x	x	x	2,1	3,2	**2,7**	**3,9**	2,7	3,8

1) IWF Update Juli 2016 (fett unterlegte Zahlen); restliche IWF Zahlen von April 2016 Prognose.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2014	2015	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2	2016 Q3	2016 Mai	2016 Juni	2016 Juli	2016 Aug.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	0,4	0,0	0,1	0,2	0,0	-0,1	..	-0,1	0,1	0,2	0,2*)
Kerninflation	0,8	0,8	0,9	1,0	1,0	0,8	..	0,8	0,9	0,9	..
BIP-Deflator des privaten Konsums	0,5	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	0,8	0,3	0,4	0,2	1,1	..	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,3	1,3	1,3	1,2	1,3	..	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,5	1,0	0,9	1,0	0,2	..	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	-1,5	-2,7	-2,6	-3,1	-3,7	-3,8	..	-3,8	-3,1	-2,9	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	108,4	100,1	97,2	91,8	90,1	97,2	..	97,2	98,9	100,2	98,6
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	74,5	47,8	45,7	40,3	31,9	41,6	..	42,2	44,4	42,1	41,97
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	99,3	53,0	50,8	44,2	35,2	47,0	..	47,7	49,9	46,6	47,05
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	0,9	1,7	0,4	0,4	0,5	0,3	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,8	1,8	0,5	0,3	0,6	0,2	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,6	1,4	0,4	0,6	0,6	0,1	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	1,5	3,1	0,5	1,4	0,4	0,0	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,1	1,8	0,7	0,7	0,4	-0,1	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,0	0,2	-0,3	-0,3	0,1	0,4	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,2	-0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	..	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	182,0	247,5	62,2	73,9	53,0	81,5	..	24,8	29,2	..	..
Leistungsbilanz	245,6	329,5	97,3	106,3	60,6	90,2	..	31,8	28,2	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	3,0	3,6	3,7	4,0	2,3	..	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	101,6	104,3	104,6	106,3	104,0	104,3	..	104,6	104,4	104,5	103,5
Industrievertrauen (Saldo)	-3,9	-3,1	-2,9	-2,4	-3,8	-3,4	..	-3,7	-2,8	-2,6	-4,4
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	51,8	52,2	52,3	52,8	51,7	52,0	..	51,5	52,8	52,0	51,8*)
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	108,0	108,1	108,3	108,6	106,6	107,7	..	107,8	108,7	108,3	106,2
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,9	1,6	1,8	1,5	1,4	0,9	..	0,4	0,4	. .	. .
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-10,1	-6,3	-6,9	-6,4	-8,3	-7,9	..	-7	-7,2	-7,9	-8,5
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	1,4	2,8	3,3	2,4	2,1	1,5	..	1,7	1,6	2,4	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	80,4	81,2	81,2	81,6	81,9	81,5	81,6	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	11,6	10,9	10,8	10,5	10,3	10,1	..	10,1	10,1	10,1	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	0,6	1,0	0,3	0,3	0,3	..	..	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	3,8	4,7	4,9	4,7	5,1	5,0	..	4,9	5,0	4,8	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	4,8	4,9	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	-0,3	1,9	1,6	1,9	2,2	1,9	..	2,1	1,9	2,0	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,05	0,05	0,05	0,05	0,00	0,00	..	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	0,21	-0,02	-0,03	-0,09	-0,19	-0,26	..	-0,26	-0,27	-0,30	-0,30
10-Jahres Zinssatz (%)	2,28	1,27	1,47	1,18	1,03	0,94	..	0,97	0,88	0,62	..
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	2,07	1,29	1,50	1,27	1,21	1,19	..	1,23	1,15	0,92	..
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	106,9	133,3	134,5	163,8	178,3	154,5	..	156,5	152,2	142,2	130,1
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	318,7	356,2	351,3	348,8	316,0	318,4	..	319,5	312,2	312,8	323,2
Wechselkurs USD je EUR	1,33	1,11	1,11	1,10	1,10	1,13	..	1,13	1,12	1,11	1,12
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	101,8	92,4	92,7	92,4	94,1	94,9	..	95,1	94,7	94,9	95,2
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	97,9	88,4	88,7	88,4	89,5	90,2	..	90,4	90,2	90,4	..
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-2,6	-2,1	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	94,4	92,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x

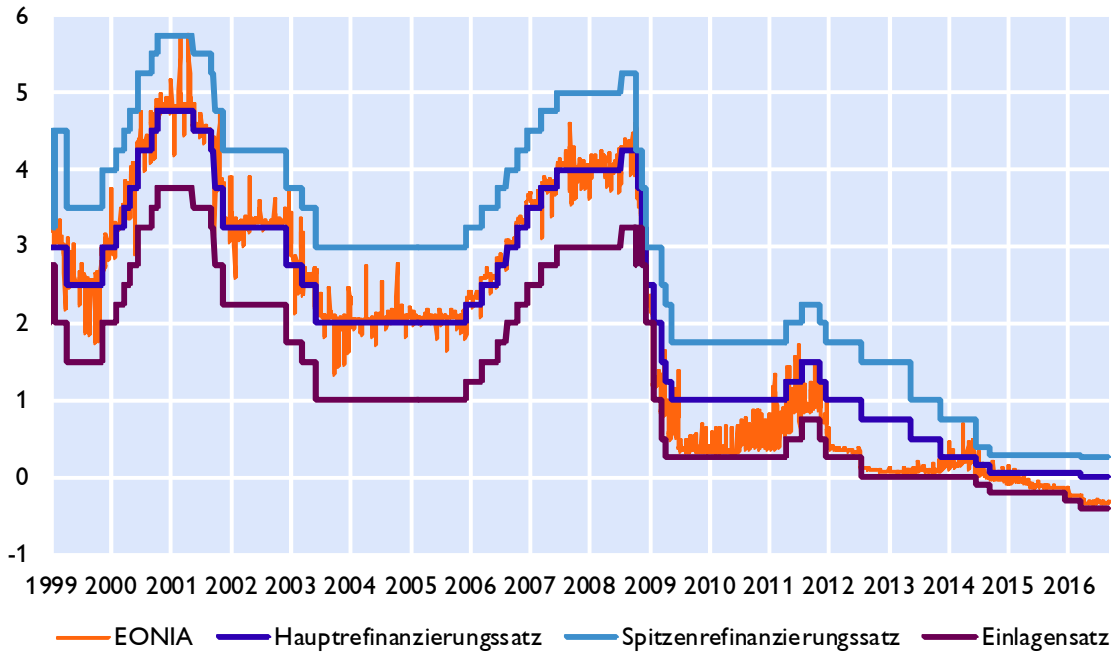
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

*1) ILO-Definition. 2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch). 3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100). *) Schnellschätzung*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

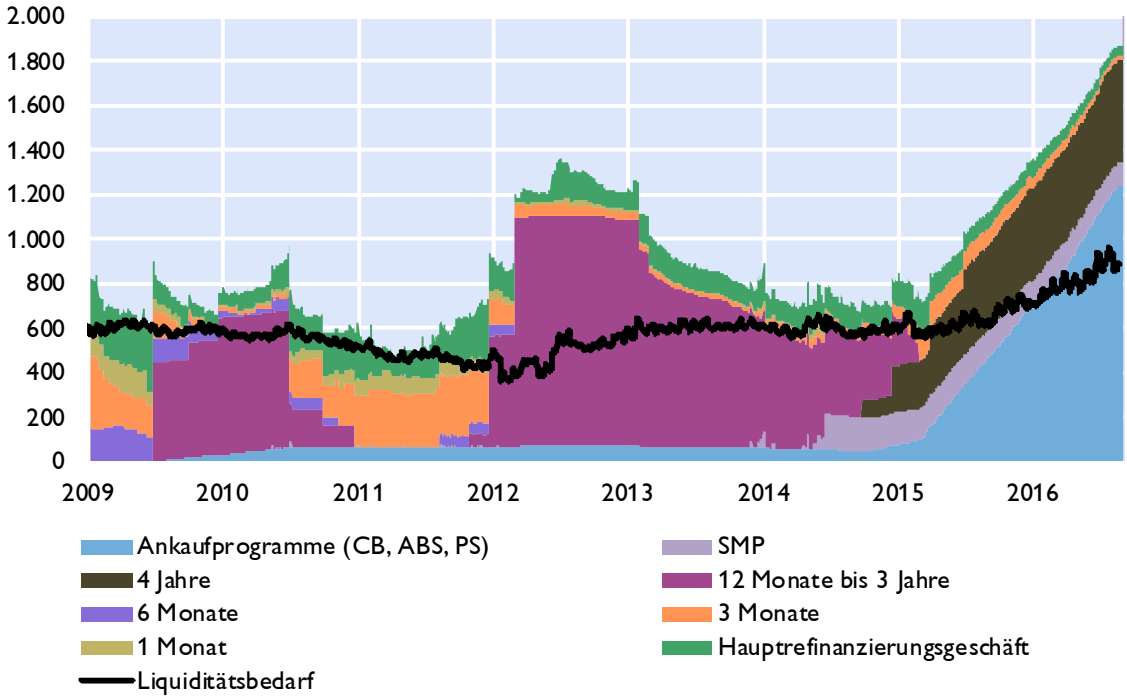
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

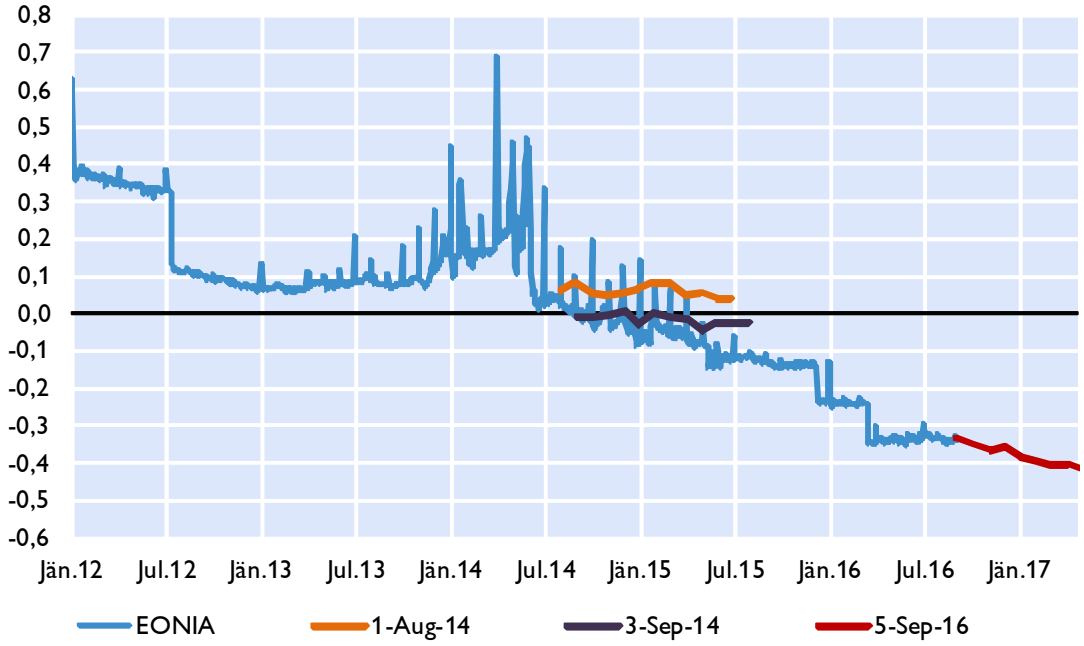


Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Euroraum: Zinserwartungen

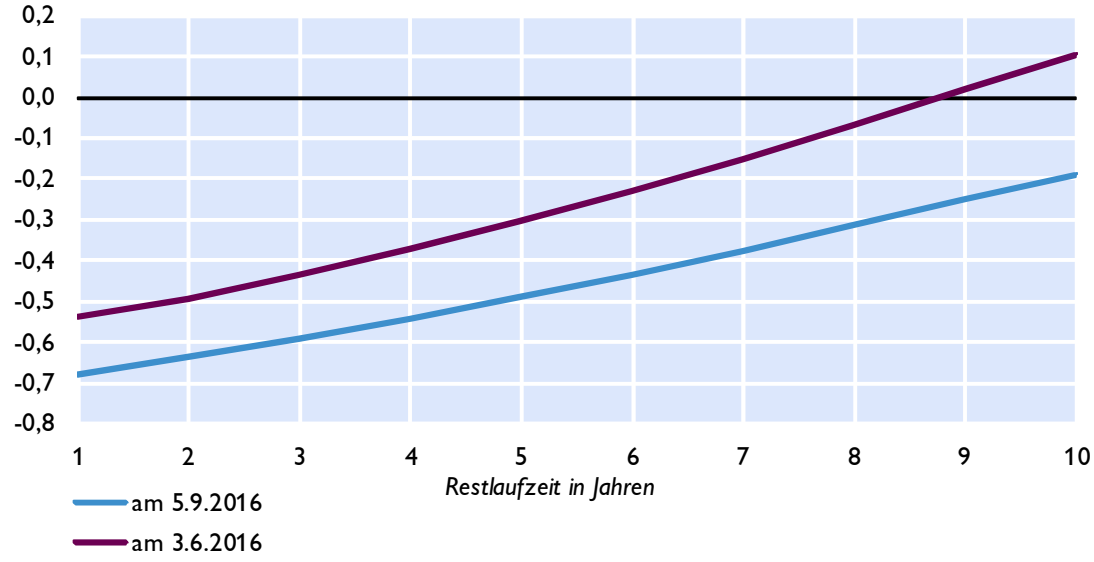
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EURO Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

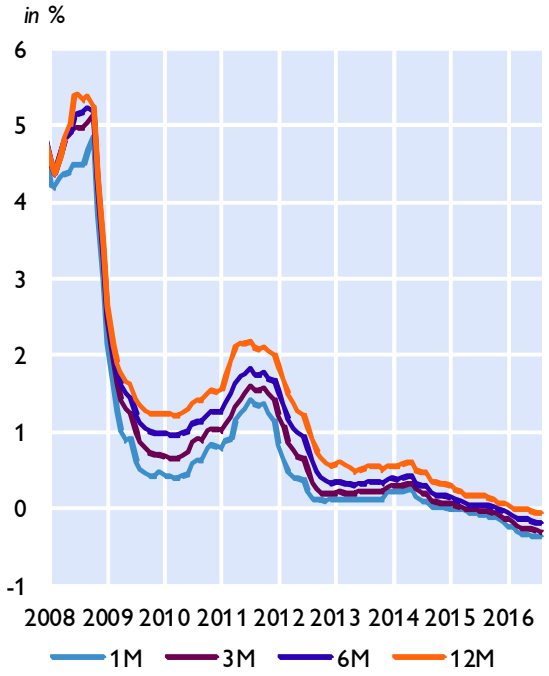
in %



Quelle: Thomson Reuters.

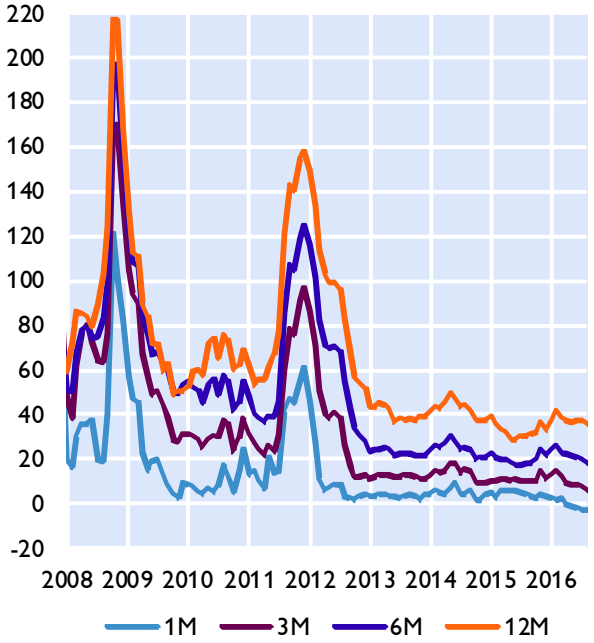
Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen

Euribor-Sätze



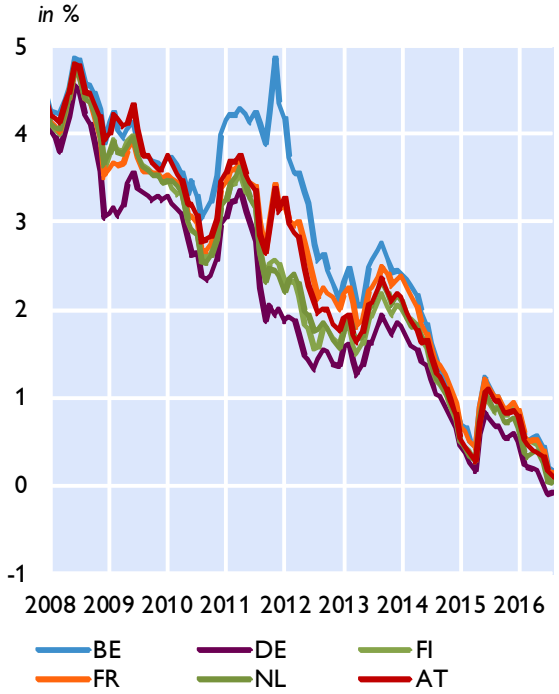
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus EURO Overnight Index Swap in Basispunkten

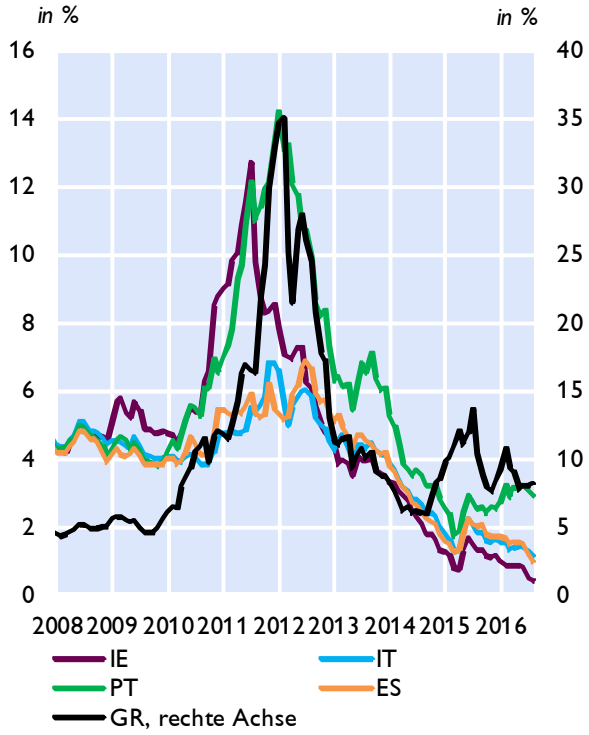


Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

Niedrigzinsländer



Hochzinsländer

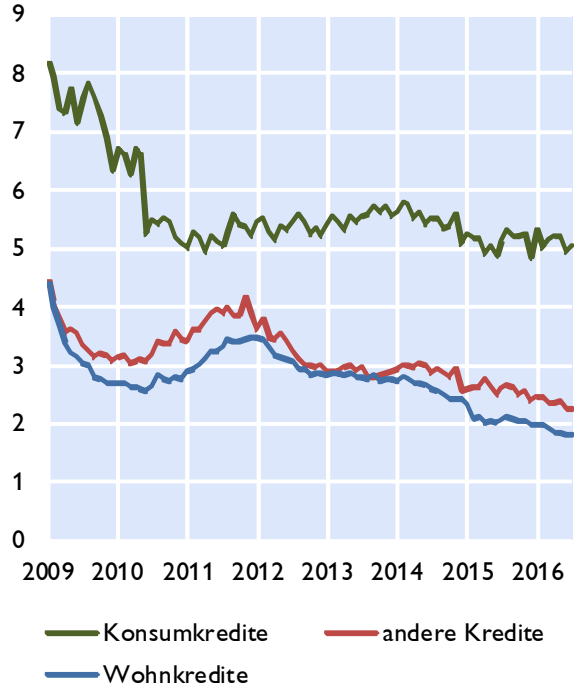


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

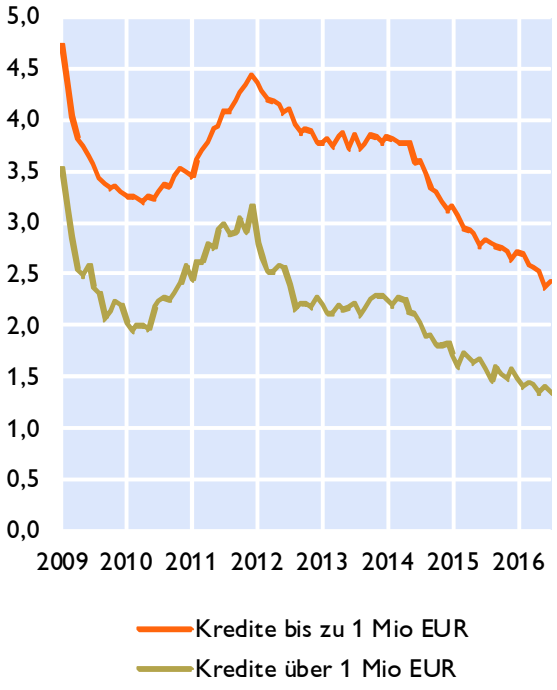
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



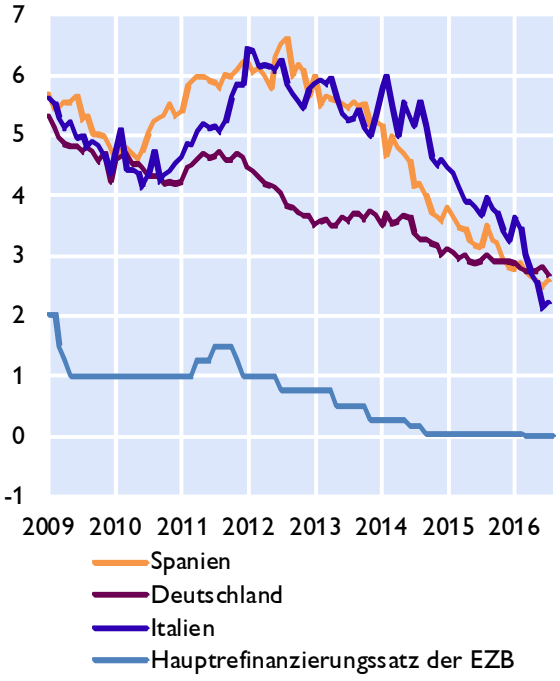
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



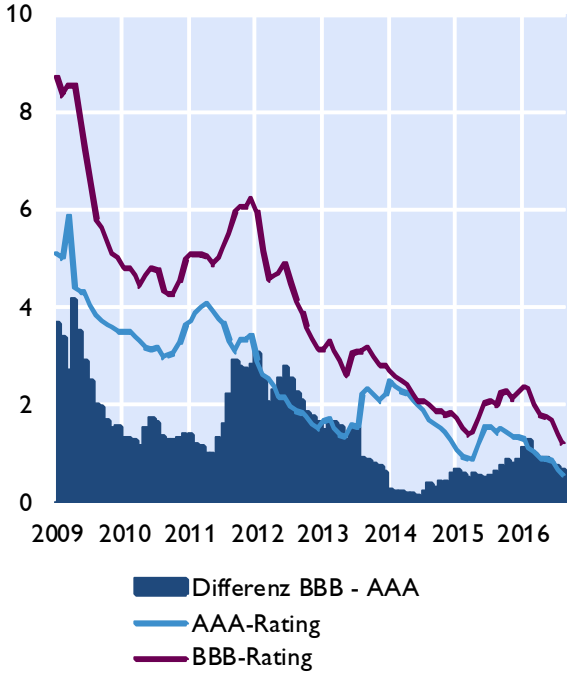
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

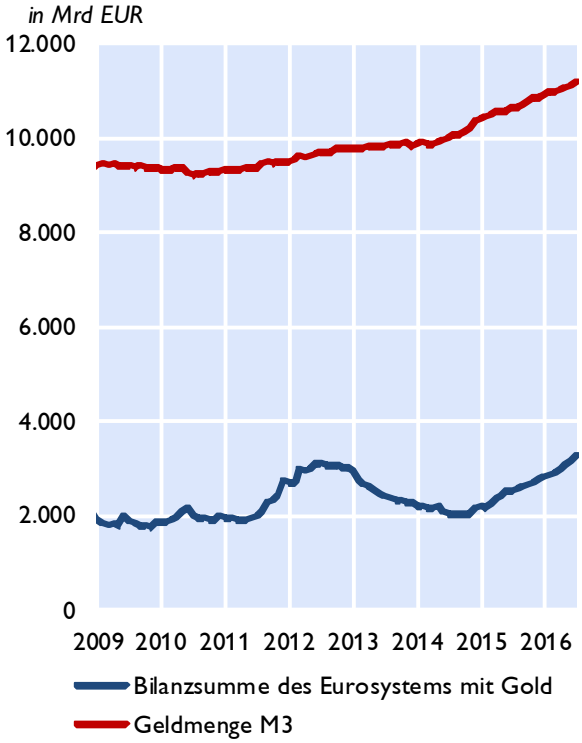
in %



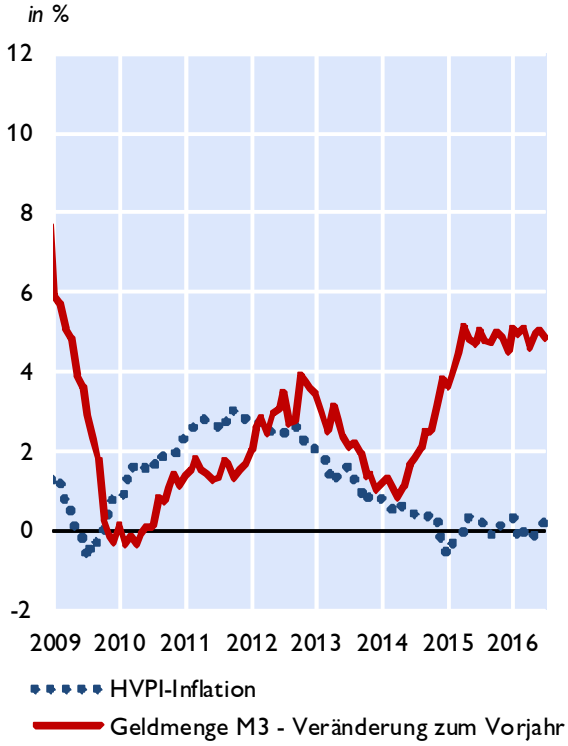
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

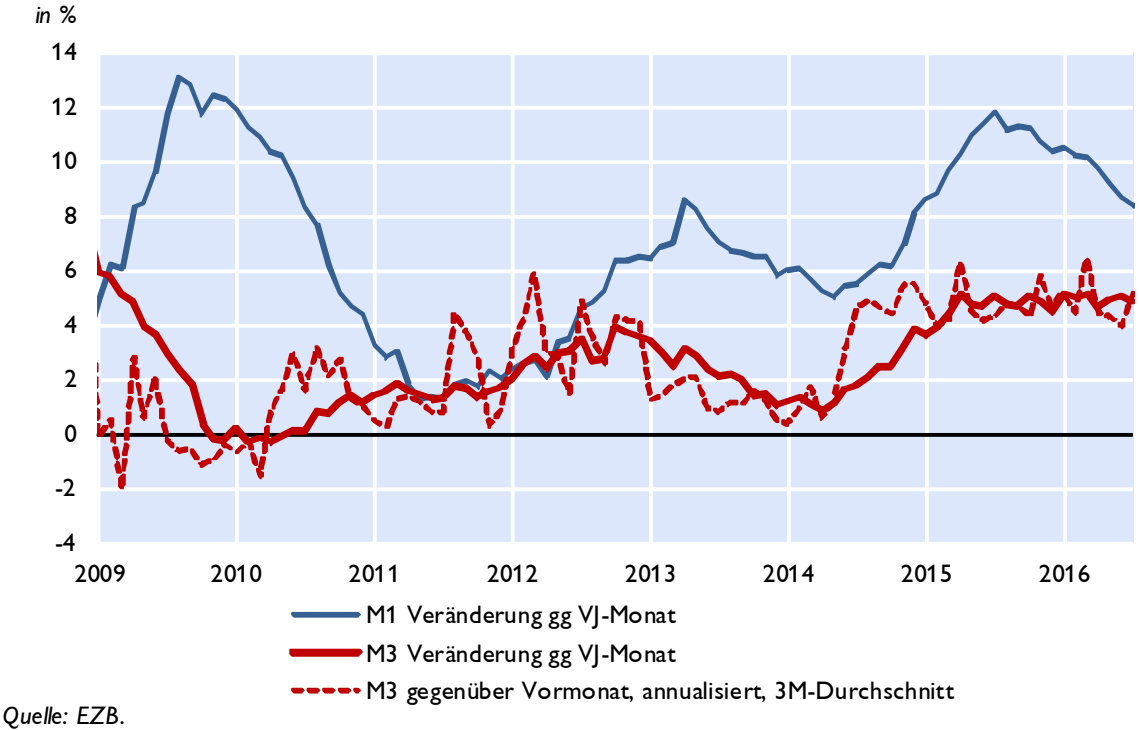
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

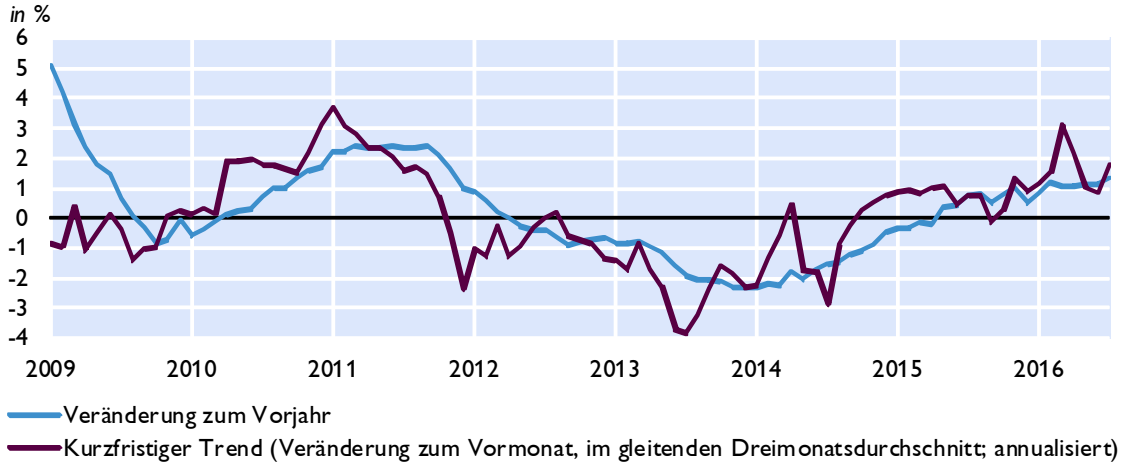
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

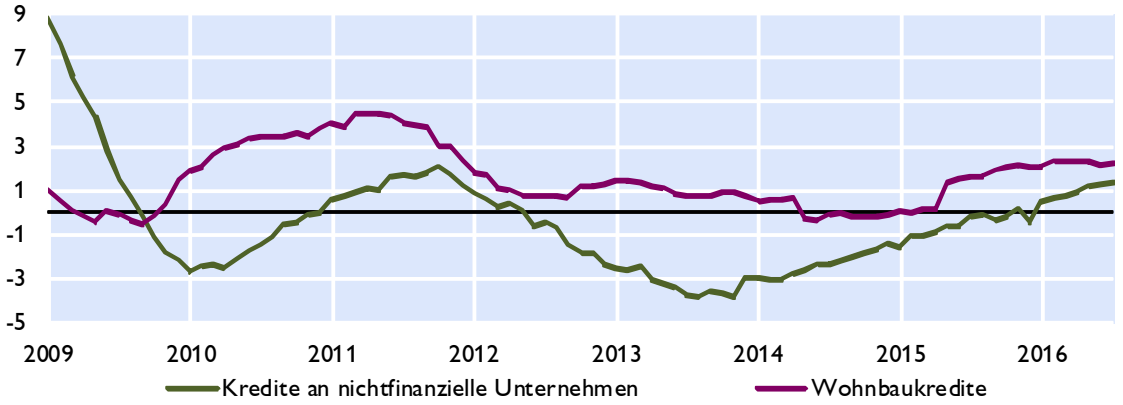
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2014	2015	Feb.16	Mär.16	Apr.16	Mai.16	Jun.16	Jul.16
Aktiva	Kredite	-0,2	2,2	3,2	3,1	3,2	3,5	3,8	3,9
	Kredite an öffentliche Haushalte	2,1	7,9	10,1	10,1	10,3	11,1	11,7	12,3
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	-0,8	0,6	1,2	1,1	1,2	1,3	1,5	1,4
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	-0,5	0,5	1,2	1,1	1,1	1,1	1,2	1,3
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	4,5	-4,0	-4,6	-5,6	-4,0	-1,8	-0,8	0,2
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-0,9	-3,1	-1,7	-3,3	-1,1	2,6	5,0	7,0
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-2,2	-3,0	-3,4	-3,3	-2,7	-2,5	-2,3	-2,6

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



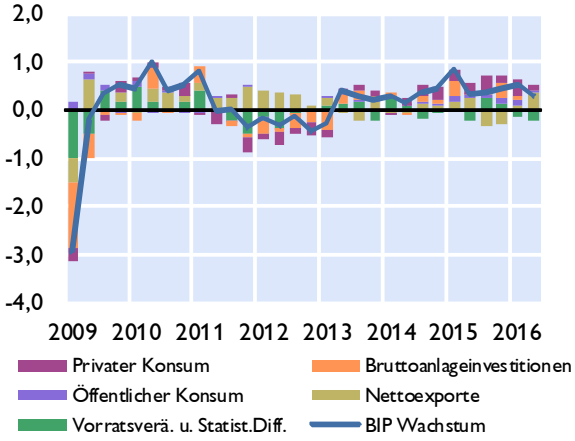
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

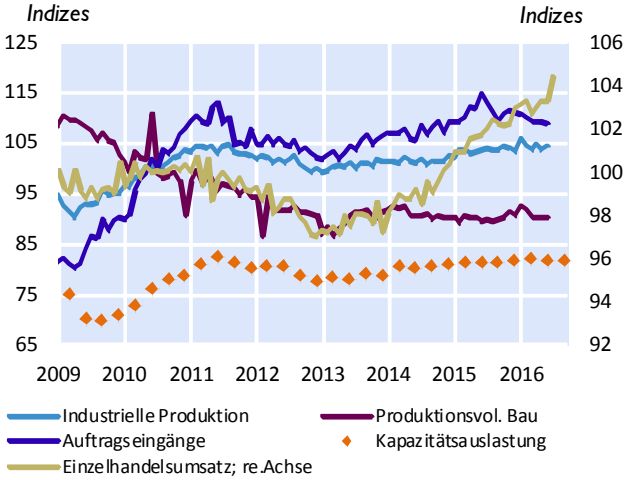
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

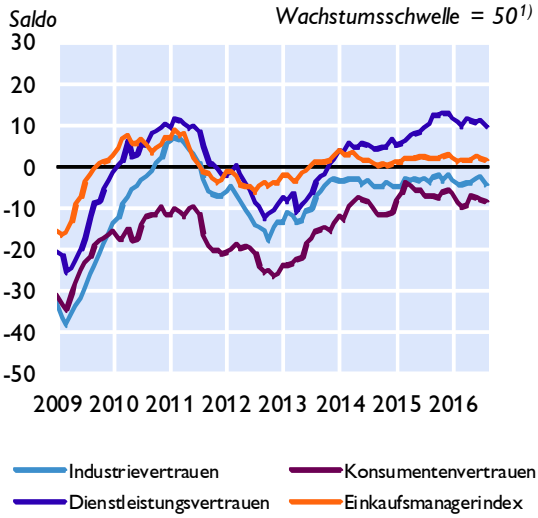
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



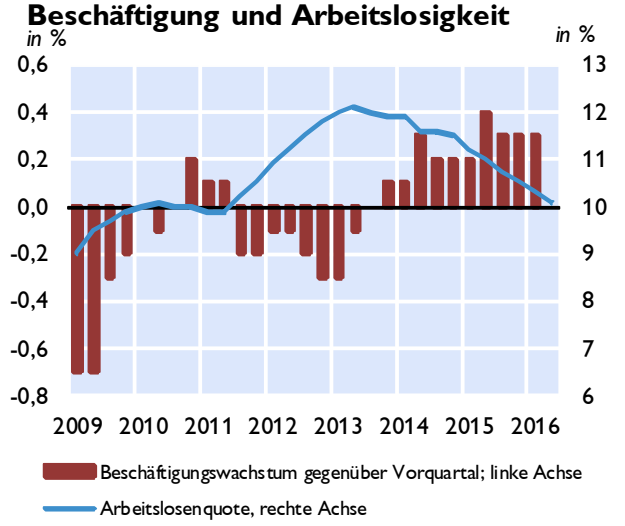
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2013	2014	2015	2Q15	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	215,16	251,34	329,59	71,11	97,32	106,29	60,61	90,24
Güter	210,57	247,59	354,31	91,69	89,52	99,04	81,35	104,36
Dienstleistungen	69,00	75,56	58,06	19,96	18,75	12,44	8,80	21,83
Einkommen	79,13	69,79	49,43	-10,92	10,92	25,02	14,49	-10,23
Laufende Transfers	-143,54	-141,59	-132,21	-29,62	-21,87	-30,21	-44,03	-25,72
Vermögensübertragungen	20,59	19,09	-15,59	-28,17	5,30	6,31	-0,95	1,27
Kapitalbilanz	350,21	370,30	274,60	79,04	57,72	170,64	48,87	148,26
Direktinvestitionen	-58,48	59,62	108,98	-14,20	-10,39	39,29	43,53	48,94
Portfolioinvestitionen	-3,84	113,30	201,33	115,45	94,33	121,54	142,65	147,70
Finanzderivate	14,61	42,83	84,89	4,13	-1,19	54,20	18,56	-7,50
Sonstige Investiitionen	393,23	150,17	-131,17	-23,96	-27,70	-48,97	-156,84	-43,11
Währungsreserven	4,69	4,38	10,57	-2,38	2,67	4,58	0,97	2,23
Statistische Differenz	114,46	99,87	-39,40	36,11	-44,90	58,05	-10,79	56,75
Leistungsbilanz in % des BIP[2)]	2,5	3,0	3,6	2,7	3,7	4,0	2,3	..

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum. 2) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

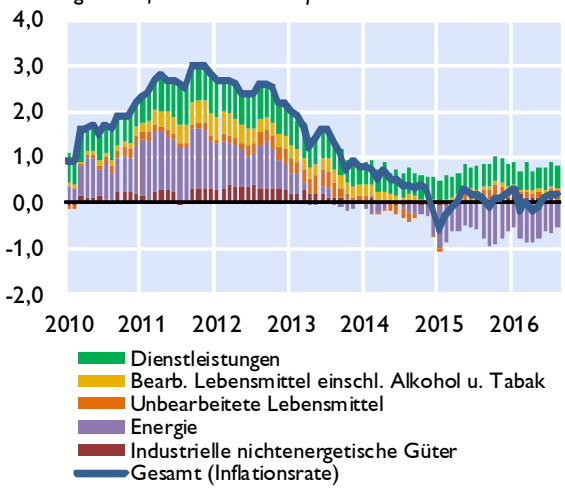
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2016	2014	2015	Mai.16	Jun.16	Jul.16	Aug.16
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	0,4	0,0	-0,1	0,1	0,2	0,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,4	-0,1	0,7	0,6	0,6	1,3	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,1	2,7	2,1	2,0	1,9	1,7	..
Bekleidung und Schuhe	6,1	0,3	0,1	0,8	0,5	0,2	..
Wohnung, Wasser, Energie	16,0	0,8	-0,7	-1,5	-1,2	-1,1	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,3	0,2	0,3	0,4	0,3	0,3	..
Gesundheitspflege	4,8	1,0	0,8	0,9	0,9	1,0	..
Verkehr	14,8	0,0	-2,4	-3,0	-2,1	-2,3	..
Nachrichtenübermittlung	3,2	-2,8	-0,8	0,0	-0,1	0,0	..
Freizeit und Kultur	9,4	0,1	0,3	0,6	0,8	0,8	..
Bildungswesen	1,1	0,5	0,9	1,7	1,7	1,7	..
Hotels, Cafes und Restaurants	9,5	1,5	1,7	1,6	1,7	1,5	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,2	0,8	0,9	0,8	1,0	1,2	..

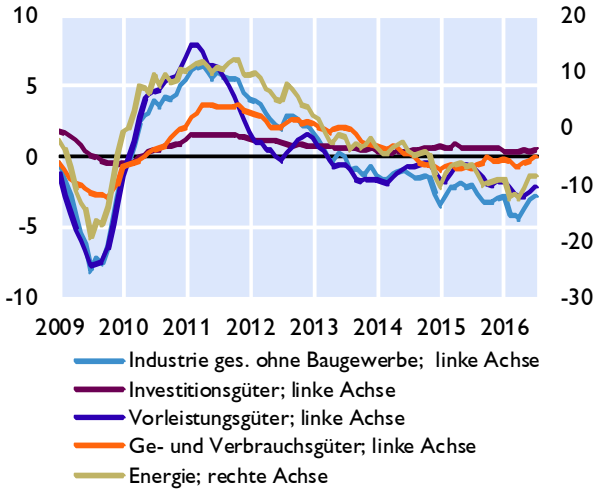
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



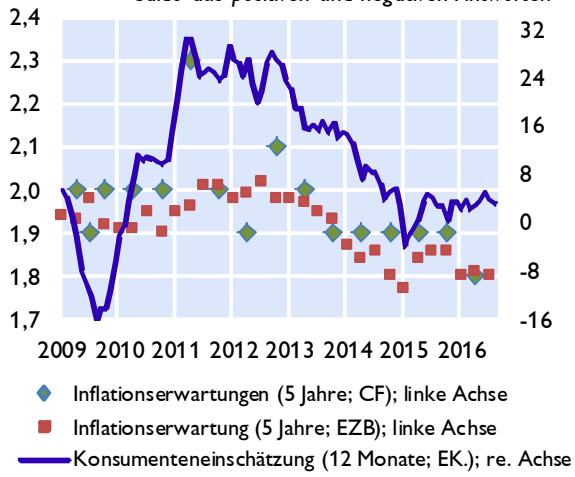
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



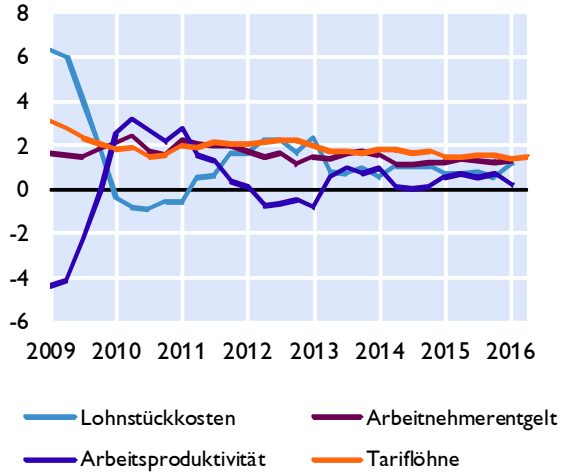
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

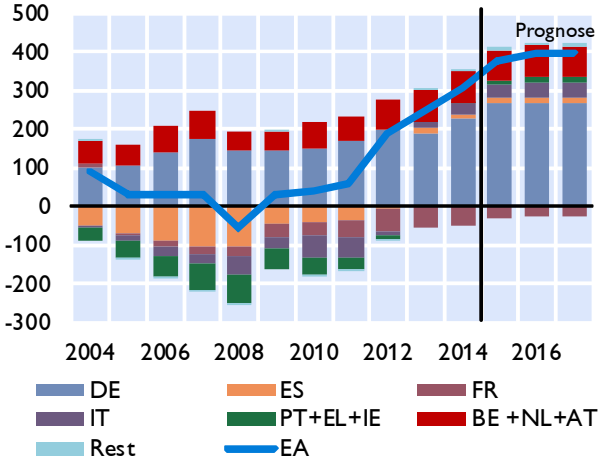


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

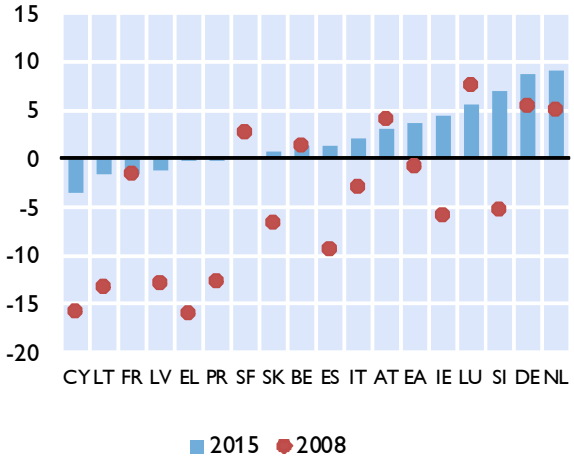
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden [1)]

in Mrd EUR

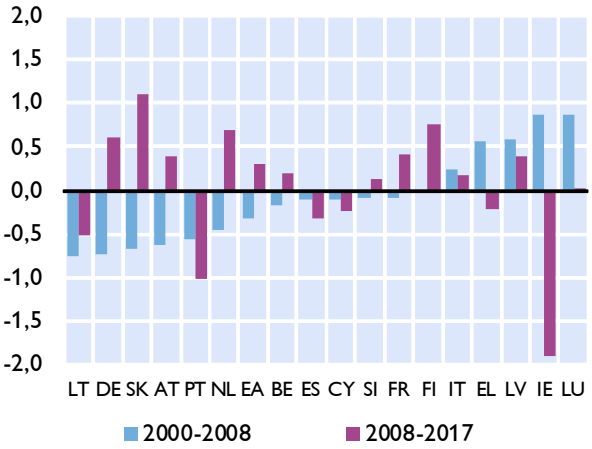


in % des BIP



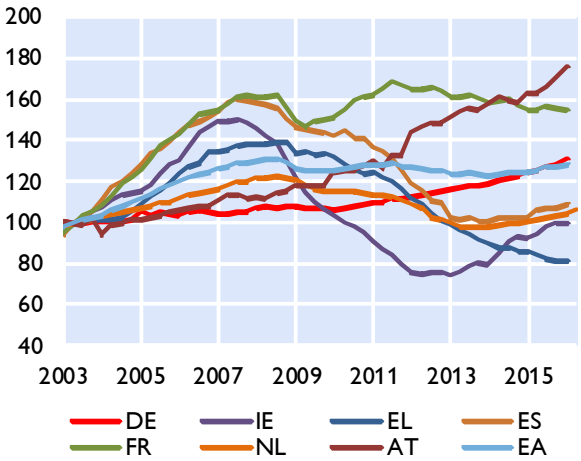
Lohnstückkosten [1)]

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



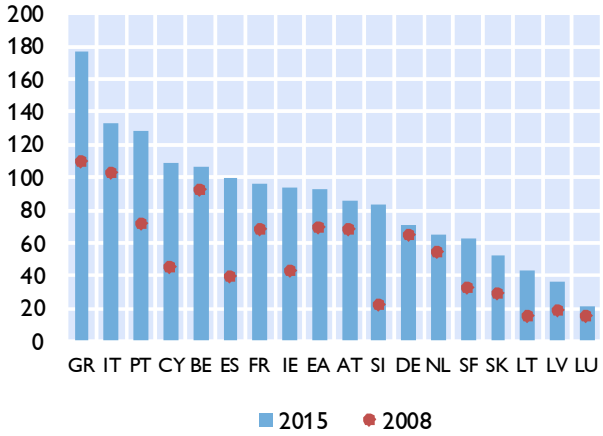
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



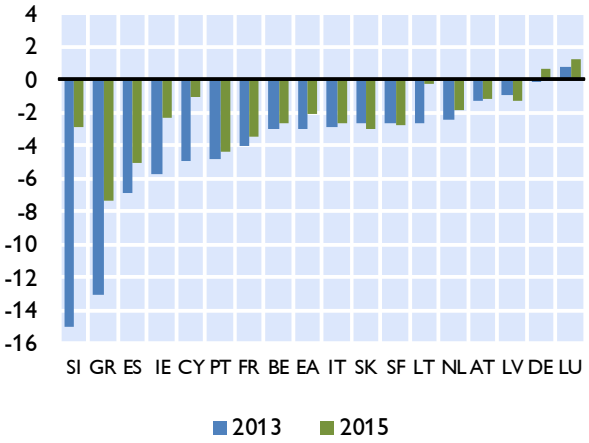
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates [1)]

in % des BIP



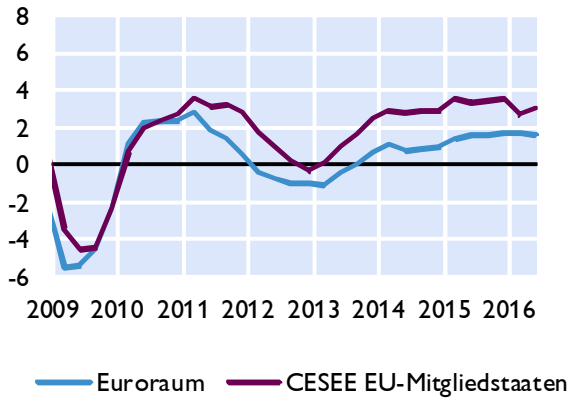
Quelle: EZB, Europäische Kommission.

1) Prognose: EK-Prognose Mai 2016.

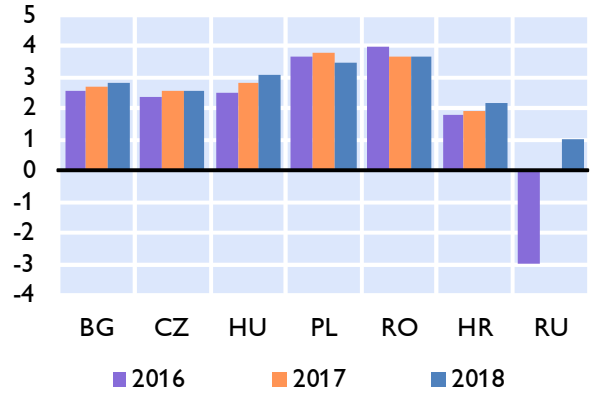
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

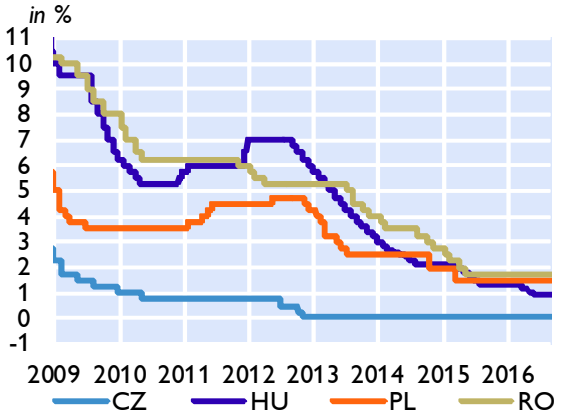
Reales BIP-Wachstum
in % gegenüber der Vorjahresperiode



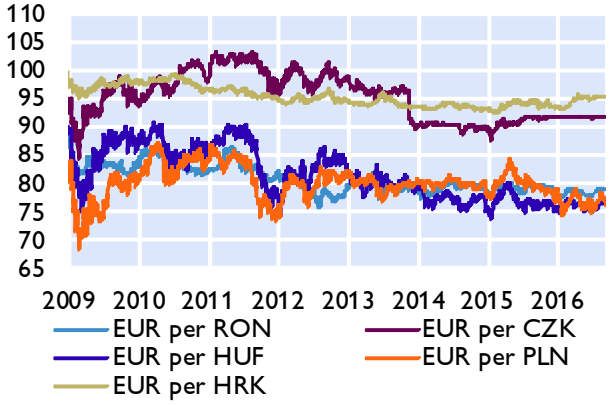
OeNB-BOFIT[1] Prognose vom April 2016
reales BIP-Wachstum in %



Leitzinsen
in %



Wechselkursentwicklung
Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT April 2016		EU-Kommission Mai 2016		IWF April 2016		wiiw Juli 2016	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Bulgarien	2,6	2,7	2,0	2,4	2,3	2,3	2,9	3,0
Estland	x	x	1,9	2,4	2,2	2,8	2,0	2,3
Kroatien	1,8	1,9	1,8	2,1	1,9	2,1	2,0	2,2
Lettland	x	x	2,8	3,1	3,2	3,6	2,5	3,0
Litauen	x	x	2,8	3,1	2,7	3,1	2,8	3,1
Polen	3,7	3,8	3,7	3,6	3,6	3,6	3,3	3,3
Rumänien	4,0	3,7	4,2	3,7	4,2	3,6	4,0	3,2
Russland	-3,0	0,0	-1,9	0,5	-1,8	0,8	-0,8	0,8
Slowakei	x	x	3,2	3,3	3,3	3,4	3,0	3,2
Slowenien	x	x	1,7	2,3	1,9	2,0	2,0	2,3
Tschechische Republik	2,4	2,6	2,1	2,6	2,5	2,4	2,4	2,6
Ungarn	2,5	2,8	2,5	2,8	2,3	2,5	2,0	2,5

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Reuters, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2015	Prognose[1)] 2016	2017	2015Q2	2015Q3	2015Q4	2016Q1	2016Q2
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,4	1,2	1,6	1,5	1,3	1,5	1,4	1,4
Deutschland	1,7	1,6	1,6	1,8	1,7	1,3	1,8	1,7
Estland	1,1	1,9	2,4	1,6	1,0	1,0	1,8	..
Irland	26,3	4,9	3,7	24,7	24,5	27,4	2,8	..
Griechenland	-0,2	-0,3	2,7	0,8	-1,7	-0,8	-1,0	-0,9
Spanien	3,2	2,6	2,5	3,2	3,4	3,5	3,4	3,2
Frankreich	1,3	1,3	1,7	1,1	1,1	1,3	1,4	1,4
Italien	0,8	1,1	1,3	0,5	0,8	1,1	1,0	0,8
Zypern	1,6	1,7	2,0	1,2	2,3	2,8	2,7	..
Lettland	2,7	2,8	3,1	3,0	3,3	2,3	1,3	0,8
Litauen	1,6	2,8	3,1	1,4	1,7	2,0	2,6	2,1
Luxemburg	4,8	3,3	3,9	5,5	5,3	3,6	4,4	..
Malta	6,4	4,1	3,5	6,6	7,0	6,2	4,9	..
Niederlande	2,0	1,7	2,0	2,1	2,0	1,1	1,1	1,7
Österreich	1,0	1,5	1,6	0,5	1,0	1,3	1,5	1,4
Portugal	1,5	1,5	1,7	1,5	1,4	1,3	0,9	0,9
Slowenien	2,3	1,7	2,3	2,0	1,6	2,1	2,1	1,9
Slowakische Republik	3,6	3,2	3,3	3,5	3,8	4,0	3,7	3,7
Finnland	0,2	0,7	0,7	0,6	0,0	0,6	1,0	..
Euroraum	2,0	1,6	1,8	2,0	2,0	2,0	1,7	1,6
Bulgarien	3,0	2,0	2,4	2,9	3,1	3,0	2,9	3,0
Tschechische Republik	4,5	2,1	2,6	5,0	4,8	4,0	3,0	2,6
Dänemark	1,0	1,2	1,9	1,8	0,5	0,1	0,2	0,4
Kroatien	1,6	1,8	2,1	1,5	2,7	2,0	2,3	..
Ungarn	2,9	2,5	2,8	2,9	2,5	2,6	0,4	..
Polen	3,6	3,7	3,6	3,2	3,4	4,0	2,6	3,1
Rumänien	3,8	4,2	3,7	3,7	3,6	3,9	4,2	5,9
Schweden	4,2	3,4	2,9	3,6	4,1	4,8	4,1	3,1
Vereinigtes Königreich	2,2	1,8	1,9	2,3	2,0	1,8	2,0	2,2
EU	2,2	1,8	1,9	2,2	2,1	2,1	1,9	1,8
Türkei	4,0	3,5	3,7	2,5	3,7	3,9	5,7	4,8
USA	2,6	2,3	2,2	2,6	2,0	0,9	0,8	1,1
Japan	0,6	0,8	0,4	1,8	0,8	0,1	0,6	..
Schweiz	0,8	1,2	1,5	1,3	0,5	0,3	0,7	..
Russland	-3,7	-1,9	0,5	-2,8	-4,5	-3,7	-3,8	-1,2
Brasilien	-3,9	-3,3	0,5	-2,9	-4,5	-5,9	-5,4	-3,8
China	6,9	6,5	6,2	7,0	6,9	6,8	6,7	6,7
Indien	7,3	7,4	7,4	7,5	7,6	7,2	7,9	7,1

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, EK, Thomson Reuters.
1) EK-Prognose Mai 2016; Brasilien, Indien: IWF WEO Update Juli 2016.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

	2015	Prognose [2)] 2016	2017	Apr.16	Mai.16	Jun.16	Jul.16	Aug.16
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,6	1,7	1,6	1,5	1,6	1,8	2,0	..
Deutschland	0,1	0,3	1,5	-0,3	0,0	0,2	0,4	..
Estland	0,1	0,8	2,9	0,0	0,0	0,4	0,8	..
Irland	0,0	0,3	1,3	-0,2	-0,2	0,1	0,1	..
Griechenland	-1,1	-0,3	0,6	-0,4	-0,2	0,2	0,2	..
Spanien	-0,6	-0,1	1,4	-1,2	-1,1	-0,9	-0,7	..
Frankreich	0,1	0,1	1,0	-0,1	0,1	0,3	0,4	..
Italien	0,1	0,2	1,4	-0,4	-0,3	-0,2	-0,2	..
Zypern	-1,5	-0,7	1,0	-2,1	-1,9	-2,0	-0,4	..
Lettland	0,2	0,2	2,0	-0,7	-0,8	-0,6	0,1	..
Litauen	-0,7	0,6	1,8	0,8	0,2	0,4	0,0	..
Luxemburg	0,1	-0,1	1,8	-0,6	-0,6	-0,4	-0,4	..
Malta	1,2	1,4	2,2	0,8	1,0	1,0	0,9	..
Niederlande	0,2	0,4	1,3	-0,2	-0,2	-0,2	-0,6	..
Österreich	0,8	0,9	1,7	0,6	0,6	0,6	0,6	..
Portugal	0,5	0,7	1,2	0,5	0,4	0,7	0,7	..
Slowenien	-0,8	-0,2	1,6	-0,7	-0,5	0,1	-0,1	..
Slowakische Republik	-0,3	-0,1	1,5	-0,4	-0,7	-0,7	-0,9	..
Finnland	-0,2	0,0	1,3	0,3	0,3	0,3	0,5	..
Euroraum	0,0	0,2	1,4	-0,2	-0,1	0,1	0,2	0,2
Bulgarien	-1,1	-0,7	0,9	-2,5	-2,5	-1,9	-1,1	..
Tschechische Republik	0,3	0,5	1,4	0,5	0,0	-0,1	0,5	..
Dänemark	0,2	0,3	1,5	-0,3	-0,1	0,1	0,1	..
Kroatien	-0,3	-0,6	0,7	-0,9	-1,2	-1,2	-1,1	..
Ungarn	0,1	0,4	2,3	0,3	-0,1	-0,1	-0,3	..
Polen	-0,7	0,0	1,6	-0,5	-0,4	-0,4	-0,6	..
Rumänien	-0,4	-0,6	2,5	-2,6	-3,0	-0,7	-0,3	..
Schweden	0,7	0,9	1,2	1,0	0,8	1,2	1,1	..
Vereinigtes Königreich	0,0	0,8	1,6	0,3	0,3	0,5	0,6	..
EU	0,0	0,3	1,5	-0,2	-0,1	0,1	0,2	..
Türkei	7,7	8,6	8,0	6,6	6,6	7,0	8,3	..
USA	0,1	1,2	2,2	1,1	1,0	1,0	0,8	..
Japan	0,8	0,0	1,5	-0,3	-0,4	-0,3	-0,5	..
Schweiz	-0,8	-0,6	0,2	-0,5	-0,5	-0,6	-0,5	..
Russland	15,6	7,5	5,4	7,2	7,3	..	..	..
Brasilien	9,3	8,7	6,1	9,8	9,8	9,5	9,6	..
China[3)]	1,4	1,5	1,5	2,3	2,0	1,9	1,8	..
Indien	4,9	5,3	5,3	5,5	5,8	5,8	6,1	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

2) Prognose: EK Prognose Mai 2016; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose April 2016.

3) China: GDP-Deflator.

Arbeitslosenquoten[1)]

	2015	Prognose [2)] 2016	2017	Mär.16	Apr.16	Mai.16	Jun.16	Jul.16
Belgien	8,5	8,2	7,7	8,1	8,3	8,4	8,4	8,3
Deutschland	4,6	4,6	4,7	4,3	4,3	4,3	4,3	4,2
Estland	6,2	6,5	7,7	6,6	6,4	6,5	7,0	..
Irland	9,4	8,2	7,5	8,3	8,3	8,4	8,4	8,3
Griechenland	24,9	24,7	23,6	23,8	23,5	23,5	..	..
Spanien	22,1	20,0	18,1	20,3	20,2	20,1	19,9	19,6
Frankreich	10,4	10,2	10,1	10,1	9,9	9,9	10,1	10,3
Italien	11,9	11,4	11,2	11,4	11,5	11,4	11,6	11,4
Zypern	15,1	13,4	12,4	12,7	12,2	11,9	11,8	11,6
Lettland	9,9	9,6	9,3	9,7	9,5	9,5	9,6	9,5
Litauen	9,1	7,8	6,4	8,4	8,0	8,2	8,4	8,8
Luxemburg	6,4	6,2	6,2	6,3	6,3	6,2	6,2	6,2
Malta	5,4	5,1	5,1	4,5	4,2	4,0	4,0	3,9
Niederlande	6,9	6,4	6,1	6,4	6,4	6,3	6,1	6,0
Österreich	5,7	5,9	6,1	5,8	5,9	6,1	6,1	6,0
Portugal	12,6	11,6	10,7	12,0	11,6	11,2	11,1	11,1
Slowenien	9,0	8,6	8,1	8,3	8,1	8,1	8,0	7,9
Slowakische Republik	11,5	10,5	9,5	10,1	10,0	9,9	9,8	9,7
Finnland	9,4	9,4	9,3	9,1	9,1	9,1	9,1	9,1
Euroraum	10,9	10,3	9,9	10,2	10,1	10,1	10,1	10,1
Bulgarien	9,2	8,6	8,0	8,1	8,0	8,0	8,0	7,9
Tschechische Republik	5,1	4,5	4,4	4,0	4,0	4,0	4,1	4,2
Dänemark	6,2	6,0	5,7	6,0	6,1	6,1	6,1	6,2
Kroatien	16,3	15,5	14,7	14,0	13,6	13,3	13,2	13,2
Ungarn	6,8	6,4	6,1	5,6	5,4	5,2	5,1	..
Polen	7,5	6,8	6,3	6,3	6,3	6,3	6,2	6,1
Rumänien	6,8	6,8	6,7	6,4	6,1	6,2	6,0	6,1
Schweden	7,4	6,8	6,3	7,2	6,7	7,1	6,6	7,0
Vereinigtes Königreich	5,3	5,0	4,9	5,0	4,9	5,0	..	..
EU	9,4	8,9	8,5	8,7	8,7	8,6	8,6	8,6
Türkei	10,3	10,8	10,9	9,8	9,8	10,1	..	..
USA	5,3	4,8	4,5	5,0	5,0	4,7	4,9	4,9
Japan	3,4	3,4	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1	3,0
Schweiz	3,3	5,2	5,0	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3
Russland	5,6	6,1	6,4	6,0	5,9	5,6	5,4	5,3
Brasilien	6,8	9,2	10,2	..	..	..	..	..
China	4,1	4,1	4,1	4,0	x	x	4,1	x
Indien	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters, EK, IWF.
1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.
2) EK-Prognose Mai 2016; BR, CN: IWF-Prognose April 2016.

Leistungsbilanzsalden

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
						Prognose[1)]		
	in % des BIP							
Belgien	3,6	0,1	1,4	1,0	0,8	1,4	1,8	1,9
Deutschland	5,7	6,2	7,2	6,7	7,8	8,8	8,5	8,3
Estland	1,9	1,5	-2,4	0,2	1,1	2,0	0,9	1,6
Irland	-0,8	-1,2	-1,5	3,1	3,6	4,5	4,6	4,6
Griechenland	-11,3	-10,3	-4,2	-2,2	-3,0	-0,2	0,6	1,3
Spanien	-3,9	-3,3	-0,4	1,5	1,0	1,4	1,6	1,3
Frankreich	-1,8	-2,2	-2,9	-2,6	-2,3	-1,5	-1,1	-1,1
Italien	-3,5	-3,1	-0,4	0,9	1,8	2,2	2,4	2,3
Zypern	-10,7	-4,0	-5,7	-4,5	-4,6	-3,5	-4,2	-4,6
Lettland	2,1	-3,1	-3,5	-2,1	-2,0	-1,2	-2,6	-2,5
Litauen	-0,3	-3,8	-1,0	1,4	3,9	-1,5	0,0	0,1
Luxemburg	6,8	6,2	6,1	5,7	5,5	5,6	5,3	4,8
Malta	-4,7	-2,5	1,3	3,6	3,4	9,9	5,6	4,4
Niederlande	7,7	8,9	10,2	11,0	10,7	9,2	9,0	8,2
Österreich	3,2	1,9	1,7	2,1	2,1	3,1	3,1	3,3
Portugal	-10,3	-5,5	-2,0	0,7	0,0	-0,1	0,3	0,5
Slowenien	-0,6	-0,1	2,1	3,9	6,5	7,0	7,0	6,9
Slowakische Republik	-4,8	-5,5	0,3	0,7	-0,8	0,8	-0,6	-1,1
Finnland	1,4	-1,5	-1,9	-1,9	-1,2	0,1	0,3	0,4
Euroraum	0,4	0,6	1,9	2,5	3,0	3,6	3,7	3,6
Bulgarien	-2,0	0,3	-1,3	1,5	2,8	1,9	2,3	2,7
Tschechische Republik	-5,2	-4,6	-2,2	-1,1	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
Dänemark	5,7	5,7	5,7	7,1	7,7	7,0	6,3	6,2
Kroatien	-1,0	-0,6	0,5	1,6	1,1	5,1	4,4	4,0
Ungarn	0,3	0,8	1,6	3,9	2,2	4,9	5,0	4,5
Polen	-4,8	-4,8	-3,3	-0,5	-1,3	0,1	-0,3	-0,9
Rumänien	-4,5	-4,4	-4,3	-0,6	0,2	-0,9	-2,1	-2,8
Schweden	6,7	6,1	6,5	5,5	4,2	4,9	5,8	5,7
Vereinigtes Königreich	-2,8	-1,7	-3,3	-4,5	-5,1	-5,2	-4,9	-4,4
EU	0,0	0,3	1,0	1,5	1,6	2,0	2,2	2,2
Türkei	-6,2	-9,7	-6,2	-7,9	-5,8	-4,5	-4,8	-5,1
USA	-3,0	-3,1	-2,9	-2,4	-2,3	-3,4	-2,8	-3,1
Japan	3,8	2,1	1,1	0,7	0,5	3,3	3,9	4,1
Schweiz	15,2	8,2	11,0	12,0	8,6	12,5	11,7	11,8
Russland	4,1	4,8	3,3	1,5	2,9	5,0	4,2	5,1
Brasilien	-3,4	-2,9	-3,0	-3,0	-4,3	-3,3	-2,0	-1,5
China	4,0	1,8	2,5	1,6	2,1	2,7	2,6	2,1
Indien	-2,8	-4,3	-4,8	-1,7	-1,3	-1,3	-1,5	-2,1

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Mai 2016; BR, IN: IWF-Prognose April 2016.

Fiskaldaten

	Budgetsalden				Staatsschulden			
		Prognose[1)]				Prognose[1)]		
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	in % des BIP							
Belgien	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3	106,5	106,0	106,4	105,6
Deutschland	0,3	0,7	0,2	0,2	74,7	71,2	68,6	66,3
Estland	0,8	0,5	-0,1	-0,2	10,4	9,7	9,6	9,3
Irland	-3,8	-2,3	-1,2	-0,7	107,5	93,8	89,1	86,6
Griechenland	-3,7	-7,3	-3,1	-1,8	180,1	176,9	182,9	178,8
Spanien	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1	99,3	99,2	100,3	99,6
Frankreich	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2	95,4	95,8	96,4	97,0
Italien	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9	132,5	132,7	132,7	131,8
Zypern	-8,9	-1,0	-0,4	-0,1	108,2	108,9	108,9	105,4
Lettland	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0	40,8	36,4	39,8	35,7
Litauen	-0,7	-0,2	-1,0	-0,2	40,7	42,7	41,1	42,9
Luxemburg	1,7	1,2	1,0	0,1	22,9	21,4	22,5	22,8
Malta	-2,0	-1,5	-0,9	-0,8	67,1	63,9	60,9	58,3
Niederlande	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2	68,2	65,1	64,9	63,9
Österreich	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4	84,3	86,2	84,9	83,0
Portugal	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3	130,2	129,0	126,0	124,5
Slowenien	-5,0	-2,9	-2,4	-2,1	81,0	83,2	80,2	78,0
Slowakische Republik	-2,7	-3,0	-2,4	-1,6	53,9	52,9	53,4	52,7
Finnland	-3,2	-2,8	-2,6	-2,3	59,3	63,1	65,2	66,9
Euroraum	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6	94,4	92,9	92,2	91,1
Bulgarien	-5,5	-2,1	-2,0	-1,6	27,0	26,7	28,1	28,7
Tschechische Republik	-2,0	-0,4	-0,7	-0,6	42,7	41,1	41,3	40,9
Dänemark	1,5	-2,1	-2,5	-1,9	44,8	40,2	38,7	39,1
Kroatien	-5,5	-3,2	-2,7	-2,3	86,5	86,7	87,6	87,3
Ungarn	-2,3	-2,0	-2,0	-2,0	76,2	75,3	74,3	73,0
Polen	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1	50,5	51,3	52,1	52,7
Rumänien	-0,9	-0,7	-2,8	-3,4	39,8	38,4	38,7	40,1
Schweden	-1,6	0,0	-0,4	-0,7	44,8	43,4	41,3	40,1
Vereinigtes Königreich	-5,6	-4,4	-3,4	-2,4	88,2	89,2	89,7	89,1
EU	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8	88,5	86,8	86,5	85,5
Türkei	-1,5	-1,4	-1,7	-1,6	33,5	32,9	32,0	31,2
USA	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4	104,8	105,9	107,5	107,6
Japan	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2	246,2	245,4	247,5	248,1
Schweiz	-0,2	-0,3	-0,4	0,0	36,5	36,9	37,1	36,5
Russland	0,8	-1,6	-2,5	-1,3	17,5	19,5	22,6	23,7
Brasilien	-6,0	-10,3	-8,7	-8,5	63,3	73,7	76,3	80,5
China	-0,9	-2,7	-3,1	-2,7	41,1	43,9	46,8	49,3
Indien	-7,0	-7,2	-7,0	-6,7	66,4	67,2	66,5	65,6

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Mai 2016; BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2016.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2016			Juni 2016		Juni 2016		Juni 2016		April 2016		Mai 2016	
	2016	2017	2018	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real	1,6	1,5	1,5	1,7	1,7	1,5	1,5	1,3	1,6	1,2	1,4	1,5	1,6
Privater Konsum, real	1,3	1,1	0,9	1,7	1,3	1,5	1,2	1,8	1,2	x	x	1,5	1,4
Öffentlicher Konsum, real	1,4	1,0	1,1	1,8	0,9	1,0	0,5	1,2	0,8	x	x	0,9	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,1	2,0	1,8	1,9	2,0	2,1	2,2	2,0	3,6	x	x	1,8	1,9
Exporte, real	3,4	3,9	4,2	2,7	4,2	2,7	3,5	3,4	4,7	2,9	3,6	2,6	3,6
Importe, real	4,3	3,6	3,9	3,0	3,8	3,1	3,5	4,3	5,2	3,0	3,7	2,7	3,2
BIP je Erwerbstätigen[1)]	0,5	0,7	0,6	0,8	0,8	0,0	0,3	-0,1	0,4	x	x	0,6	0,7
BIP Deflator	1,6	1,7	1,9	1,7	1,8	1,4	1,5	1,9	1,8	1,5	1,7	1,3	1,7
VPI	x	x	x	1,1	1,8	1,0	1,7	x	x	x	x	x	x
HVPI	1,0	1,7	1,9	1,1	1,8	1,0	1,7	1,0	2,0	1,4	1,8	0,9	1,7
Lohnstückkosten	0,8	0,9	1,4	1,0	1,1	1,4	1,3	0,9	1,0	x	x	0,8	0,9
Beschäftigte	1,1	0,8	0,9	1,4	1,2	1,5	1,2	1,5	1,2	1,1	1,0	0,9	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote	6,0	6,1	6,0	5,9	6,1	6,1	6,2	5,8	5,6	6,2	6,4	5,9	6,1
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	2,8	3,1	3,4	2,7	3,2	x	x	2,0	2,0	3,6	3,5	3,1	3,3
Finanzierungssaldo des Staates	-1,8	-1,5	-1,1	-1,7	-1,5	-1,8	-1,4	-1,6	-1,3	-1,8	-1,4	-1,5	-1,4
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel	43,4	49,1	51,3	48,0	57,0	47,0	55,0	41,8	45,0	34,8	41,0	41,1	46,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,4	-0,2	-0,3
USD/EUR	1,13	1,14	1,14	1,10	1,15	1,12	1,12	1,13	1,14	1,11	1,12	1,13	1,13
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real Euroraum	1,6	1,7	1,7	1,6	1,7	1,6	1,6	1,6	1,7	1,5	1,6	1,6	1,8
BIP, real USA	1,9	2,5	2,3	1,8	2,4	1,9	2,2	1,8	2,2	2,4	2,5	2,3	2,2
BIP, real Welt	2,9	3,4	3,5	3,0	3,4	x	x	3,0	3,3	3,2	3,5	3,1	3,4
Welthandel	2,5	4,0	4,3	1,9	2,5	1,5	3,0	2,1	3,2	3,1	3,8	2,7	3,8

1) WIFO - Stundenproduktivität.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

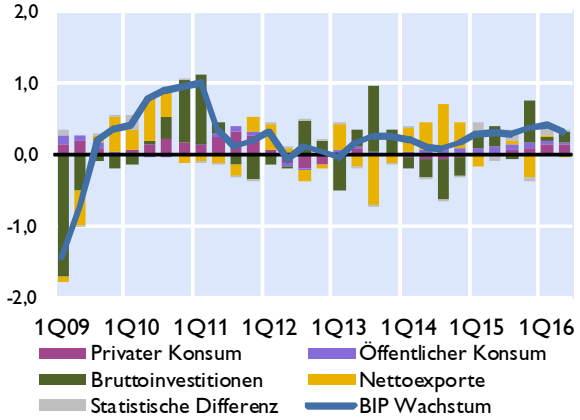
	2014	2015	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2	2016 Q3	2016 Mai	2016 Juni	2016 Juli	2016 Aug.
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	1,5	0,8	0,9	0,7	1,0	0,6	..	0,6	0,6	0,6	..
Kerninflation (o.Energie u.unbearb.Lebensmittel)	1,9	1,7	1,9	1,7	1,9	1,4	..	1,4	1,3	1,2	..
Nationaler VPI	1,6	0,9	0,9	0,8	1,0	0,6	..	0,6	0,6	0,6	..
Deflator des privaten Konsums (ESVG 2010)	2,1	1,4	1,3	1,1	1,2	1,1	..	x	x	x	x
BIP Deflator (ESVG 2010)	1,8	1,9	2,1	1,6	1,7	1,3	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	-1,1	-1,5	-1,4	-2,0	-2,8	-2,8	..	-2,8	-2,4	-2,2	..
Großhandelspreisindex	-1,9	-3,5	-3,8	-5,5	-4,2	-4,1	..	-4,1	-3,4	-3,3	-2,1
Tariflohnindex	2,4	2,2	2,2	2,1	2,0	1,5	..	1,5	1,5	1,4	..
BIP je Erwerbstätigen	1,4	2,1	2,6	2,0	2,4	1,6	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,2	1,4	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	0,9	1,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	0,7	0,9	0,3	0,4	0,4	0,3	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-0,2	-0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	1,0	1,8	0,4	0,3	0,3	0,2	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-0,4	0,5	0,4	0,6	1,0	1,0	..	x	x	x	x
Exporte	2,4	3,5	1,2	0,5	0,4	0,7	..	x	x	x	x
Importe	1,4	3,0	1,2	1,2	0,5	0,9	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,6	1,0	1,4	1,1	1,6	1,2	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	-0,1	0,7	0,7	1,1	1,0	1,5	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,6	0,2	0,2	-1,3	0,2	-0,4	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	0,1	0,1	0,5	1,3	0,4	0,0	..	x	x	x	x
Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)											
Exporte	1,8	2,7	4,1	2,9	0,6	1,8	..	3,0	0,5	..	..
Importe	-0,7	2,8	5,0	5,0	0,8	2,4	..	4,3	2,1	..	..
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz											
Güter- und Dienstleistungen	12,1	14,3	2,8	2,6	6,8	..	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	7,5	8,4	1,4	1,6	5,4	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	6,4	8,6	1,6	1,9	5,0	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	1,9	2,5	1,8	2,2	6,0	..	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	98,0	96,5	98,0	99,1	97,9	99,0	..	99,3	99,8	99,3	99,3
Industrievertrauen (%-Saldo)	-5,2	-7,0	-5,6	-4,5	-7,8	-7,8	..	-8,1	-6,7	-6,7	-5,8
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,4	1,6	2,7	2,3	2,5	1,9	..	1,5	0,9	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,3	84,0	84,4	83,4	85,0	84,0	83,2	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-16,2	-14,9	-15,1	-12,0	-6,9	-5,5	..	-4,1	-8,5	-9,5	-4,8
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	9,8	9,1	10,2	13,6	13,0	13,7	..	14,6	13,2	12,3	11,7
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-9,0	-12,4	-11,9	-15,2	-13,5	-11,3	..	-11,5	-8,8	-8,1	-8,7
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-9,3	-9,8	-6,5	-5,2	-5,8	-1,2	..	-1,9	-1,4	1,4	-5,7
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,3	1,2	1,5	8,4	0,9	1,4	..	1,4	1,6	-0,6	..
Arbeitsmarktentwicklung											
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	0,6	0,9	1,1	1,2	1,4	2,0	..	1,6	1,5	0,8	0,8
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	11,2	11,0	11,3	7,8	2,9	0,6	..	1,2	-0,1	0,4	0,8
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,4	9,1	8,2	9,5	10,2	8,6	..	8,5	8,1	8,1	8,3
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	5,6	5,7	5,7	5,9	6,0	6,0	..	6,1	6,1	6,0	..
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,2	4,4	5,4	4,3	4,5	5,9	..	5,4	6,0	4,7	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	5,8	5,9	5,3	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	-3,5	2,1	-4,3	2,1	1,4	3,6	..	2,0	3,6	4,4	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,2	0,0	0,0	-0,1	-0,2	-0,3	..	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	1,5	0,8	1,0	0,8	0,6	0,4	..	0,4	0,3	0,2	0,1
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.397	2.428	2.378	2.406	2.184	2.229	..	2.235	2.161	2.165	2.265
Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-2,8	-1,3	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-1,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	84,3	86,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

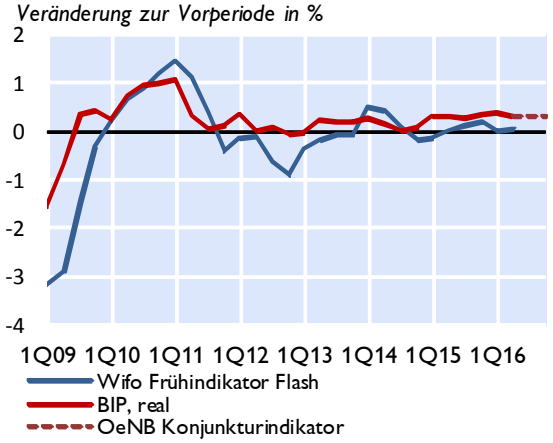
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



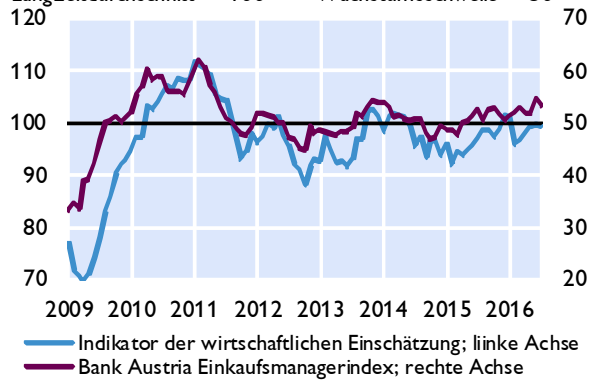
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



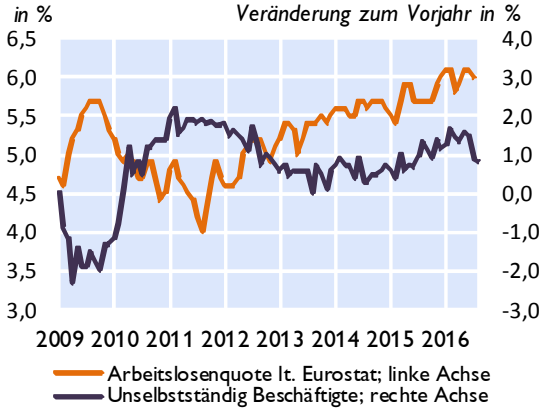
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1)]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

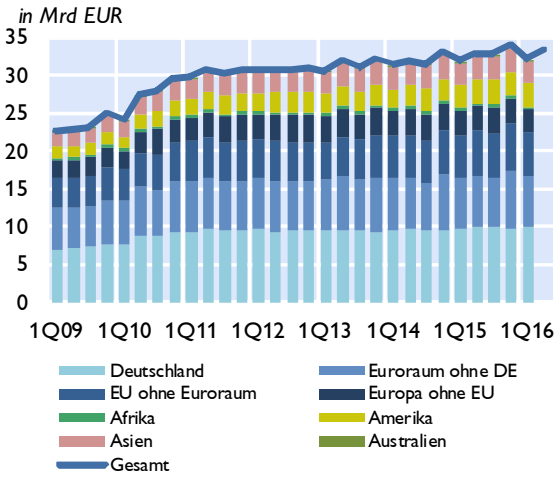
Salden	2013	2014	2015	1Q15	2Q15	3Q15	4Q15	1Q16
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	6,3	6,4	8,6	4,2	1,0	1,6	1,9	5,0
Güter	-1,0	1,6	2,6	0,9	1,2	0,5	0,1	0,7
Dienstleistungen	10,2	10,5	11,6	5,3	1,5	2,3	2,5	6,1
Primäreinkommen	1,0	-2,4	-2,2	-0,7	-0,8	-0,7	0,0	-0,7
Sekundäreinkommen	-3,9	-3,3	-3,4	-1,3	-0,9	-0,4	-0,7	-1,0
Vermögensübertragungen	-0,5	-0,5	-1,9	0,0	-0,1	-1,6	-0,2	-0,3
Kapitalbilanz	10,9	1,5	5,5	4,2	-1,1	2,1	0,2	7,0
Direktinvestitionen	7,9	-3,7	8,1	4,2	-1,3	3,0	2,2	3,9
Portfolioinvestitionen	-2,2	13,1	14,5	5,9	1,4	4,8	2,5	-0,4
Finanzderivate	-3,8	-1,4	-0,5	1,3	0,6	-1,0	-1,4	0,1
Sonstige Investiitionen	8,6	-8,7	-16,3	-6,7	-2,2	-4,5	-2,9	2,8
Währungsreserven[3)]	0,4	2,1	-0,3	-0,4	0,4	-0,2	-0,1	0,5
Statistische Differenz	5,1	-4,5	-1,2	0,1	-2,0	2,1	-1,5	2,2
Leistungsbilanz in % des BIP	2,0	1,9	2,5	5,2	1,1	1,8	2,2	6,0

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2013 endgültige Daten, 2014 revidierte Daten, 2015 und 2016 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

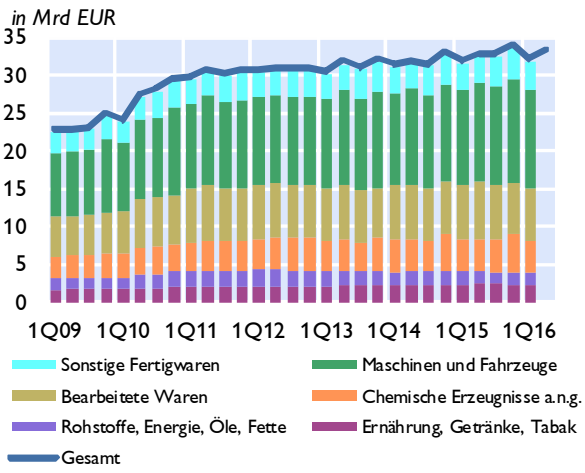
Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in%*	
2013	125.812	130.707	-4.895	1,8	-1,0
2014	128.106	129.847	-1.741	1,8	-0,7
2015	131.538	133.529	-1.991	2,7	2,8
Jän.-Juni 15	64.726	65.553	-827	1,9	0,7
Jän.-Juni 16	65.507	66.575	-1.068	1,2	1,6
Jän. 16	9.616	10.298	-682	-0,4	1,4
Feb. 16	10.800	11.460	-660	4,1	2,6
März 16	11.701	11.643	58	-1,6	-1,5
Apr. 16	11.262	11.083	179	1,9	0,9
Mai 16	10.467	10.560	-93	3,0	4,3
Juni 16	11.661	11.531	130	0,5	2,1

Exporte nach Regionen

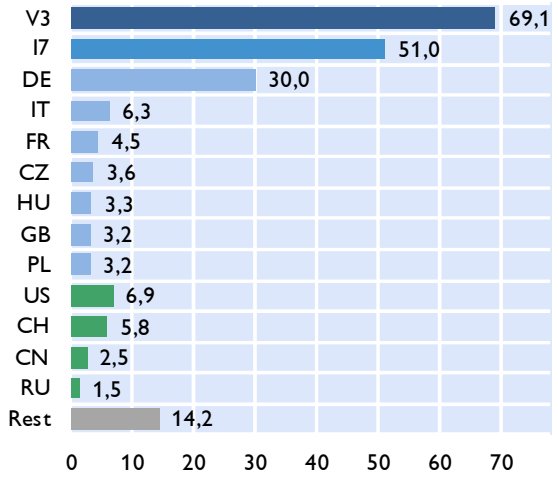


Exporte nach Warengruppen

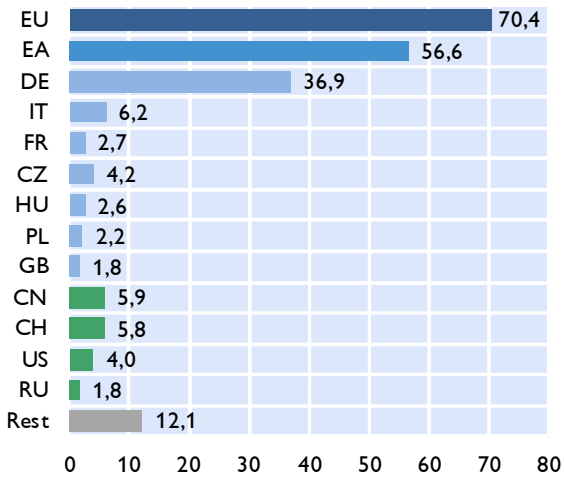


Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2015

Exporte



Importe



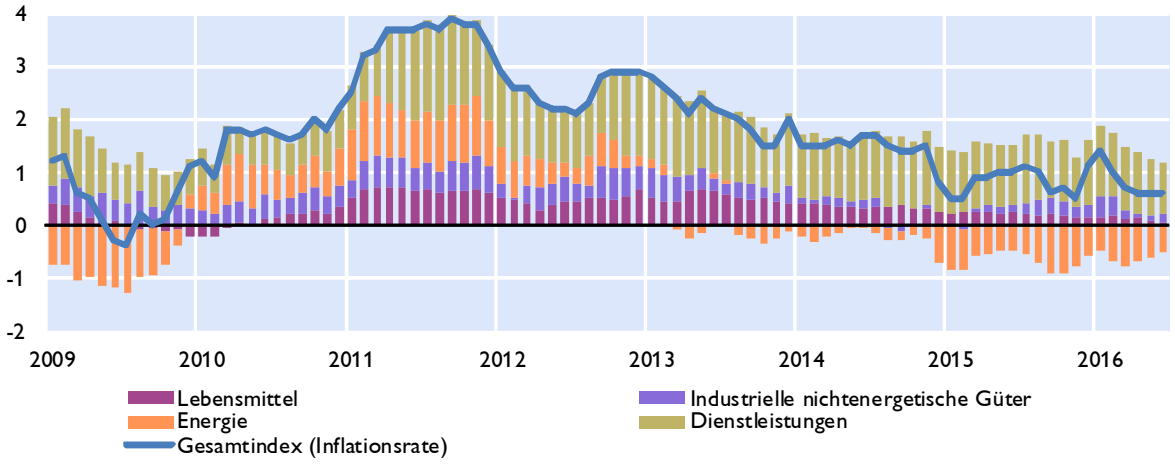
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2016	2014	2015	Mär.16	Apr.16	Mai.16	Jun.16	Jul.16
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,3	1,8	0,8	0,6	0,9	0,3	0,3	0,5
Alkoholische Getränke und Tabak	3,7	3,9	3,2	1,6	1,7	1,7	1,1	0,8
Bekleidung und Schuhe	7,2	-0,9	0,1	0,7	0,3	0,1	1,3	1,8
Wohnung, Wasser, Energie	14,1	1,7	1,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,7
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,4	1,0	1,3	1,1	1,3	1,1	1,5	1,0
Gesundheitspflege	5,2	2,4	1,8	2,7	2,8	2,8	2,9	2,1
Verkehr	14,4	-0,7	-3,5	-4,1	-3,9	-3,1	-3,3	-2,8
Nachrichtenübermittlung	2,1	6,3	0,6	-0,7	-0,5	-6,1	-6,7	-6,5
Freizeit und Kultur	11,0	1,6	1,7	2,0	1,2	1,6	1,3	0,6
Bildungswesen	1,1	2,7	2,5	1,4	1,3	1,2	1,2	1,1
Hotels, Cafes und Restaurants	15,1	2,9	2,9	3,2	3,6	3,5	3,6	3,4
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,2	1,2	1,8	1,7	1,2	1,4	1,1	1,4

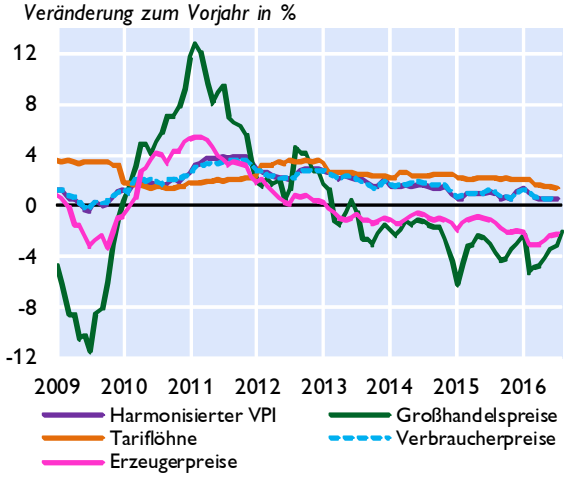
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2014	2015	2016[1)]	2017[1)]
Stunden-produktivität	-0,1	0,5	0,8	0,8
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,7	1,7	1,4	1,6
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	1,5	-2,7	1,0	0,4
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,2	1,4	1,0	1,1
Sachgüter-erzeugung	0,9	1,2	-0,3	-0,7

1) WIFO-Prognose Juni 2016.

2) Wettbewerbsfähigkeitsindikator: Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2013	2014	2015	2Q15	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16
Gesamt	**132.629**	**131.901**	**139.253**	**26.852**	**45.355**	**45.355**	**47.608**	**23.162**
Inländer	35.755	35.668	35.810	7.625	12.564	12.564	9.194	8.372
Ausländer	96.874	96.233	103.443	19.227	32.792	32.792	38.415	14.790
darunter								
Deutschland	50.823	49.491	52.649	10.146	17.065	17.065	19.581	7.490
Osteuropa	10.544	10.669	11.762	2.311	2.354	2.354	4.831	1.465
Niederlande	9.140	9.007	9.663	1.199	2.950	2.950	4.746	742
Schweiz	4.577	4.640	5.093	899	1.570	1.570	1.636	849
Vereinigtes Königreich	3.345	3.365	3.740	859	847	847	1.672	615
Italien	2.778	2.777	2.974	448	1.406	1.406	494	411
Belgien	2.606	2.649	2.700	511	928	928	1.204	307
Frankreich	1.808	1.776	1.697	339	715	715	483	314
Dänemark	1.449	1.436	1.695	184	361	361	958	85
USA	1.367	1.490	1.530	342	634	634	257	458
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**1,2**	**-0,5**	**5,6**	**13,3**	**4,6**	**104,0**	**5,7**	**-13,7**
Inländer	-0,6	-0,2	0,4	-7,2	4,3	88,2	4,8	9,8
Ausländer	1,9	-0,7	7,5	24,1	4,7	110,7	5,9	-23,1

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2013	2014	2015	1Q15	2Q15	3Q15	4Q15	1Q16
Deutschland	7.489	7.486	7.797	2.855	1.270	2.292	1.381	3.238
Niederlande	1.068	1.079	1.155	607	83	296	169	671
Schweiz	853	958	1.061	407	162	279	212	438
Italien	584	694	746	169	151	250	176	177
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.212	2.359	2.314	850	401	531	532	887
Restl. Europa	1.990	2.025	2.101	957	311	503	331	1.064
Rest der Welt	1.041	1.075	1.323	261	310	480	271	295
Gesamt	**15.237**	**15.676**	**16.497**	**6.106**	**2.688**	**4.631**	**3.072**	**6.770**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2013	2014	2015	1Q15	2Q15	3Q15	4Q15	1Q16
Deutschland	2.036	2.049	1.981	437	518	658	368	402
Italien	1.193	1.324	1.283	132	330	661	159	137
Kroatien	618	677	691	14	144	496	37	31
Europäische Mittelmeerländer[1)]	909	982	1.014	137	275	473	130	116
Restl. Europa	1.993	2.041	2.022	376	538	701	407	338
Rest der Welt	988	1.076	1.133	283	205	283	362	298
Gesamt	**7.737**	**8.149**	**8.124**	**1.379**	**2.010**	**3.272**	**1.463**	**1.322**

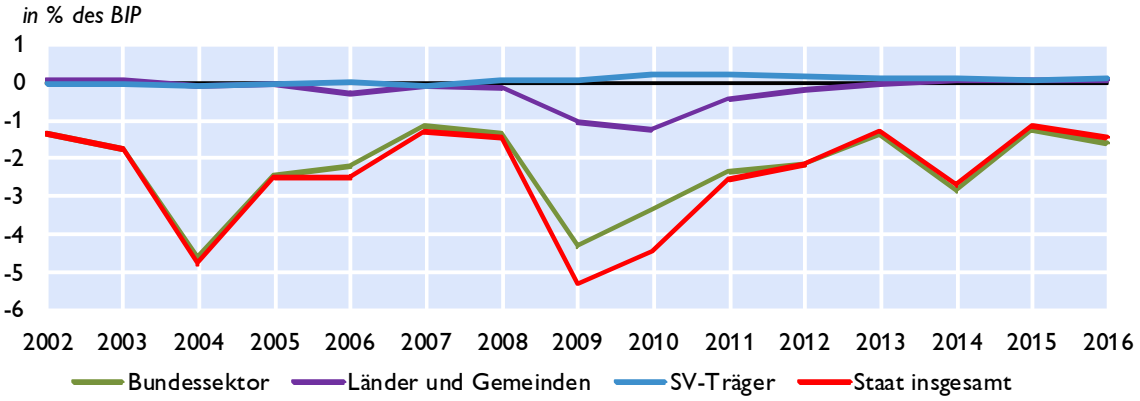
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2012	-6,9	-0,5	0,5	-6,9	-2,2	-0,2	0,2	-2,2
2013	-4,6	-0,1	0,4	-4,2	-1,4	0,0	0,1	-1,3
2014	-9,3	0,1	0,3	-8,9	-2,8	0,0	0,1	-2,7
2015	-4,3	0,2	0,2	-3,9	-1,3	0,1	0,1	-1,2
2016 1)	-5,6	0,2	0,4	-5,1	-1,6	0,0	0,1	-1,4

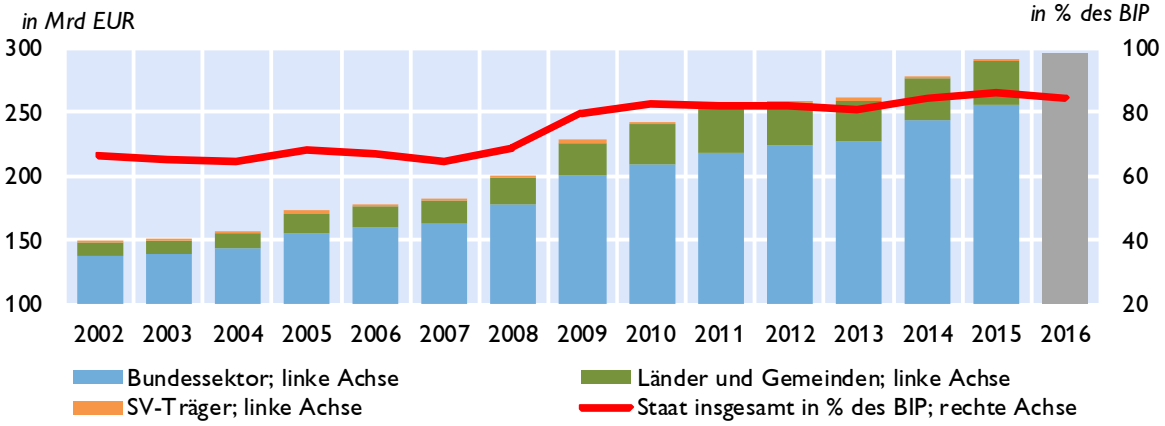
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2012	224,0	33,0	1,8	258,8	70,7	10,4	0,6	81,6
2013	226,7	32,5	1,7	260,9	70,2	10,1	0,5	80,8
2014	242,9	33,2	1,3	277,4	73,8	10,1	0,4	84,3
2015	254,9	34,1	1,7	290,7	75,6	10,1	0,5	86,2
2016 1)	x	x	x	295,1	x	x	x	84,4

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) Prognose (BMF).

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

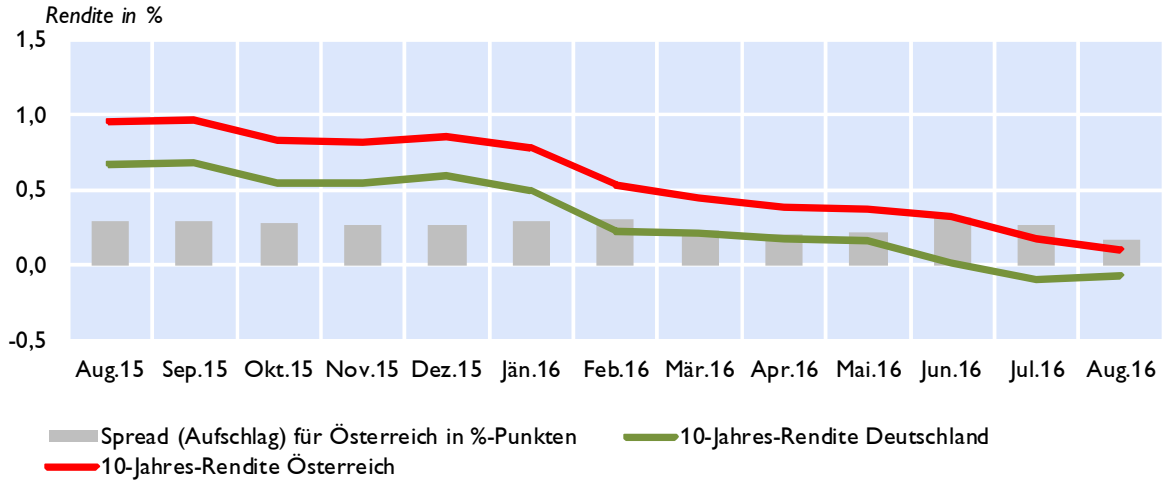
Finanzierungshaushalt[1)]	Jänner bis Juli		Vorl. Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
Allgemeine Gebarung	2015	2016	2015	2016	*2016/2015*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	43.095	44.526	74.589	76.452	2,5
Einzahlungen	37.980	37.706	72.728	71.828	-1,2
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-5.115**	**-6.820**	**-1.861**	**-4.624**	**148,5**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis Juli		Vorl. Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
	2015	2016	2015	2016	*2016/2015*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	21.540	20.052	42.797	39.908	-6,7
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	983	967	3.617	4.150	14,7
Körperschaftsteuer	2.211	2.574	6.320	6.300	-0,3
Lohnsteuer	15.446	14.134	27.272	24.800	-9,1
Kapitalertragsteuern	1.816	1.342	3.863	3.000	-22,3
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	21.951	23.092	38.900	41.307	6,2
davon: Umsatzsteuer	14.868	15.575	26.013	28.200	8,4
Öffentliche Abgaben brutto	**44.112**	**43.736**	**82.427**	**81.850**	**-0,7**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	16.935	17.542	29.603	29.472	-0,4
Überweisungen an die Europäische Union	2.018	1.599	2.452	3.000	22,3
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**25.159**	**24.594**	**50.372**	**49.378**	**-2,0**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, Thomson Reuters.

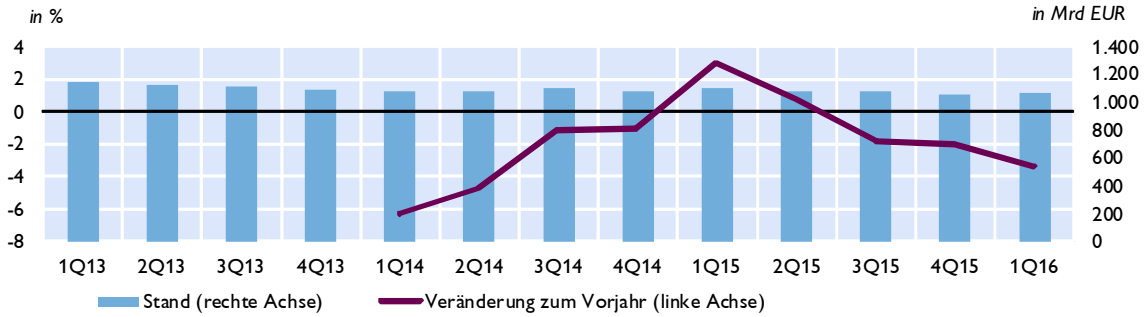
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert

Vermögenslage	1. Quartal 2016	4. Quartal 2015	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			*in %*
AKTIVA				
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	57.339	58.636	-1.297	-2,2
Kredite & Forderungen (inkl. Finanzierungsleasing)	743.016	735.602	7.415	1,0
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Kreditinstituten	*121.242*	*112.132*	*9.109*	*8,1*
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Nichtbanken	*621.775*	*623.469*	*-1.695*	*-0,3*
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) u.a. nicht festverzinste Wertpapiere	172.096	172.425	-329	-0,2
hiev. Schuldverschreibungen	*162.825*	*161.890*	*935*	*0,6*
hiev. Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32), und andere nicht festverz.Wertpapiere	*9.271*	*10.536*	*-1.264*	*-12,0*
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert[1)]	36.225	33.864	2.360	7,0
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	19.870	18.617	1.252	6,7
Materielle Vermögenswerte	15.342	15.592	-250	-1,6
Immaterielle Vermögenswerte	2.975	3.017	-42	-1,4
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	20.667	18.952	1.715	9,0
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.067.529**	**1.056.705**	**10.824**	**1,0**
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	16.780	16.466	314	1,9
Verbindlichkeiten gegenueber Kreditinstituten	130.915	129.390	1.525	1,2
Verbindlichkeiten gegenueber Nichtbanken	584.567	575.353	9.214	1,6
Schuldverschreibungen, andere finanzielle Verbindlichkeiten (IAS 39)	157.242	165.235	-7.992	-4,8
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	28.068	26.051	2.017	7,7
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	906	870	36	4,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	22.753	22.144	609	2,8
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	4.867	5.205	-337	-6,5
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	28.116	24.820	3.296	13,3
Rueckstellungen	12.950	13.053	-103	-0,8
Eigenkapital und Fremdanteile	80.363	78.118	2.245	2,9
hievon Kumuliertes sonstiges Ergebnis	*-4.267*	*-4.172*	*-94*	*-2,3*
hievon Fremdanteile	*10.584*	*10.043*	*541*	*5,4*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.067.529**	**1.056.705**	**10.824**	**1,0**
ZUSATZANGABEN				
Stand der WB zu Krediten u. Forderungen gemäß B3a und C3a	17.563	18.129	-566	-3,1

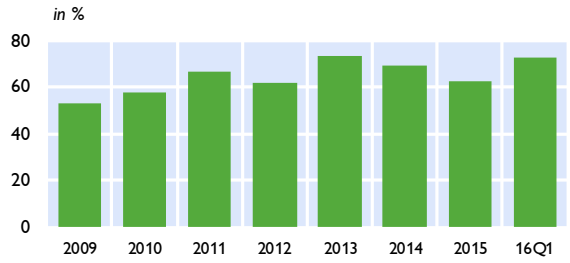
Quelle: OeNB.

1) Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt

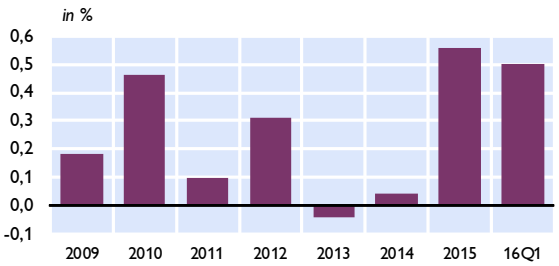
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen.

Quelle: OeNB.

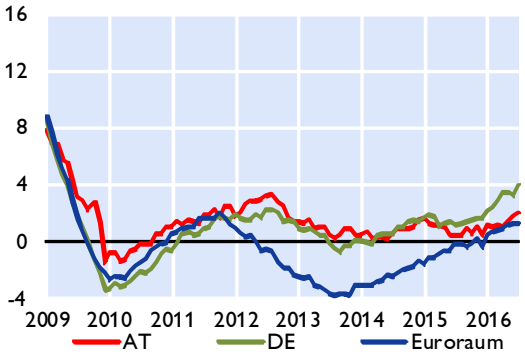
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2013	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
2014	141	5.207	1,3	-0,3	137	4.292	1,5	-1,4
2015	146	5.314	2,1	1,9	137	4.264	0,5	-0,4
Okt.15	145	5.305	1,6	1,8	137	4.285	0,6	-0,2
Nov.15	146	5.318	1,9	2,0	138	4.308	1,0	0,2
Dez.15	146	5.314	2,1	1,9	137	4.264	0,5	-0,4
Jän.16	146	5.307	2,4	1,9	137	4.286	1,2	0,5
Feb.16	146	5.320	2,7	2,2	137	4.302	1,1	0,7
Mär.16	147	5.330	2,6	2,2	138	4.289	1,2	0,8
Apr.16	146	5.336	2,6	2,2	136	4.292	1,1	0,9
Mai.16	147	5.339	2,7	2,1	137	4.307	1,4	1,2
Jun.16	148	5.353	3,1	1,9	137	4.311	1,8	1,3
Jul.16	148	5.358	3,2	2,0	138	4.316	2,0	1,3

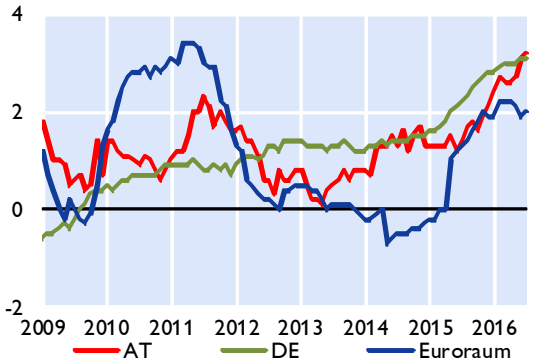
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



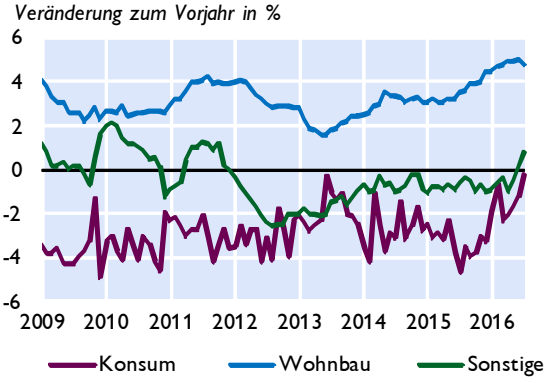
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



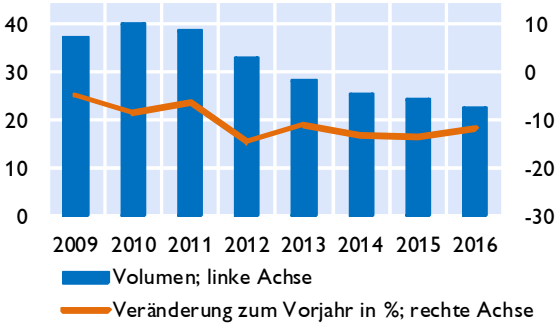
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR *in %*



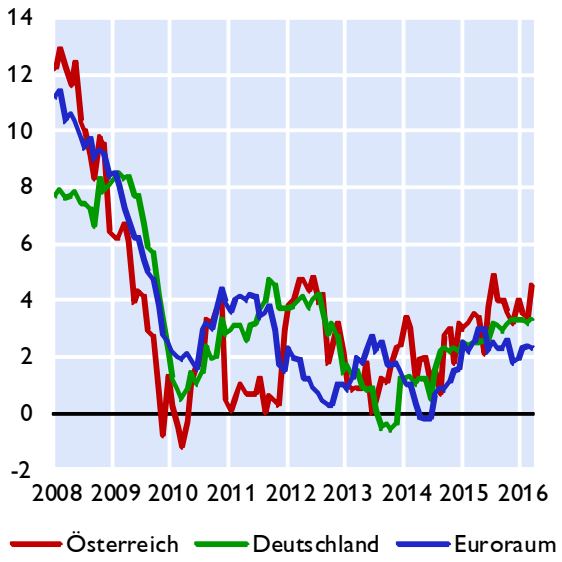
Quelle: OeNB.

Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

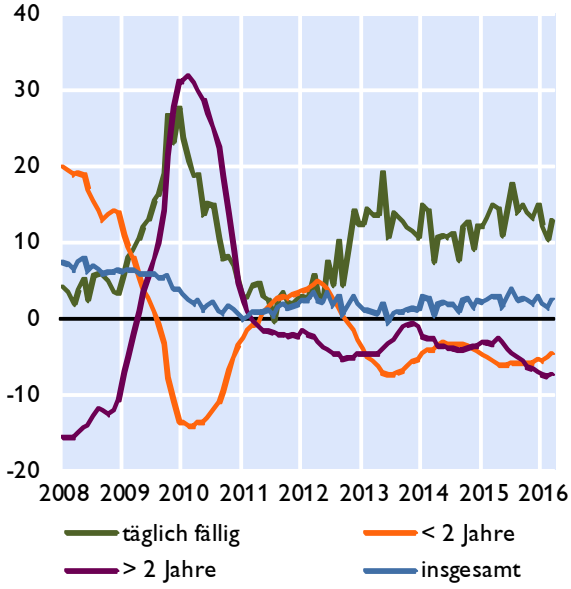
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



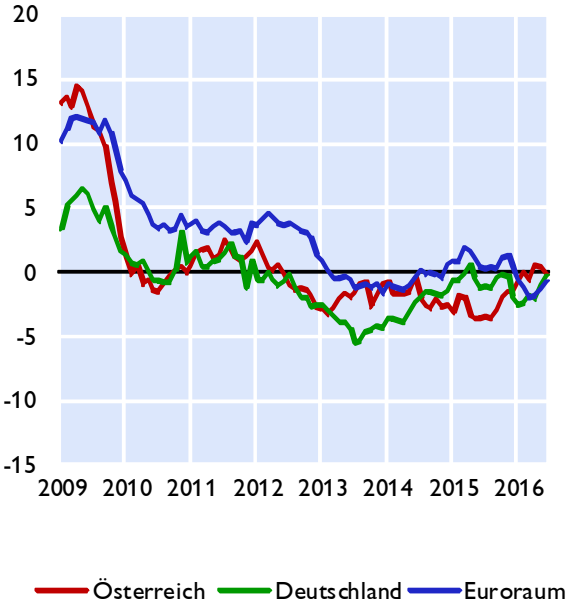
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



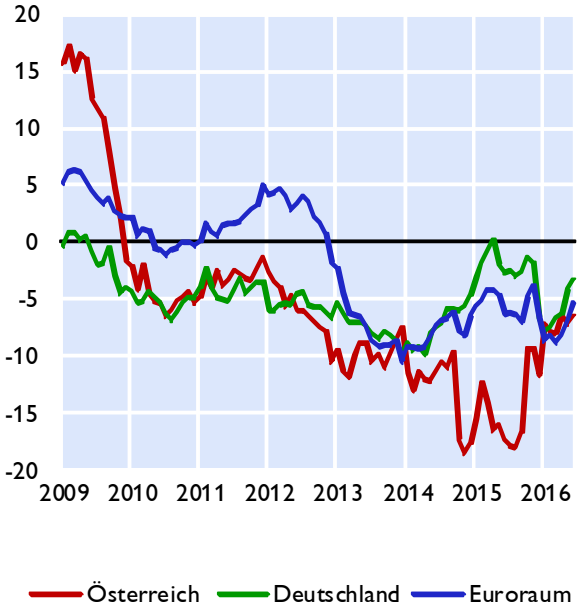
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

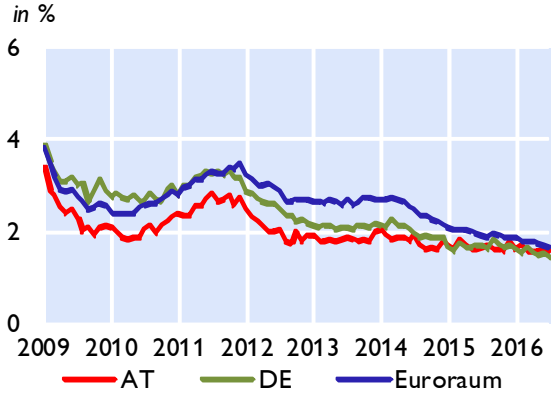


Quelle: OeNB, EZB

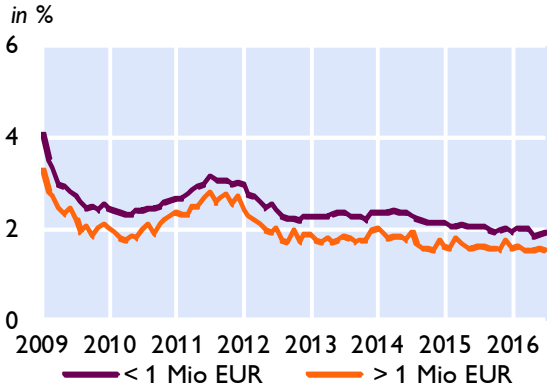
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

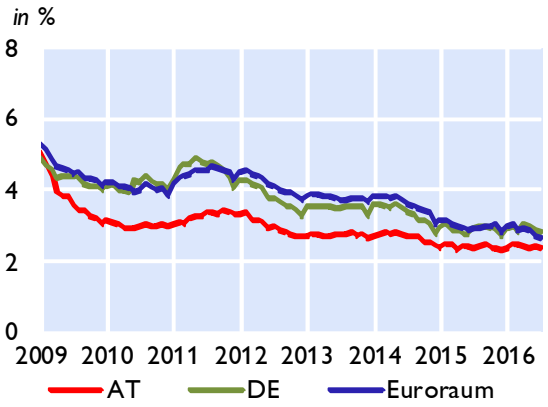


Nach Kredithöhe in Österreich

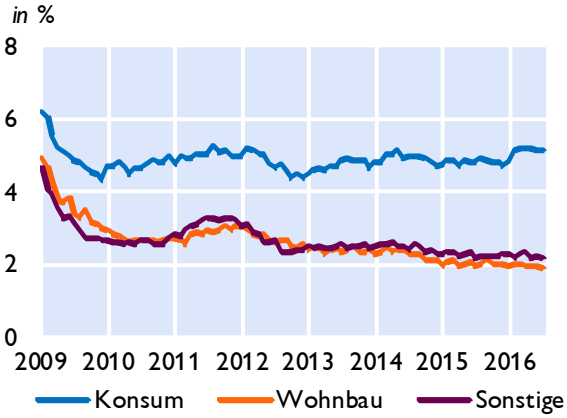


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

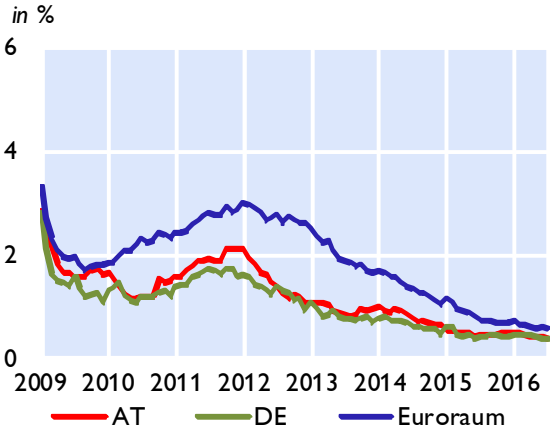


Nach Verwendungszweck in Österreich

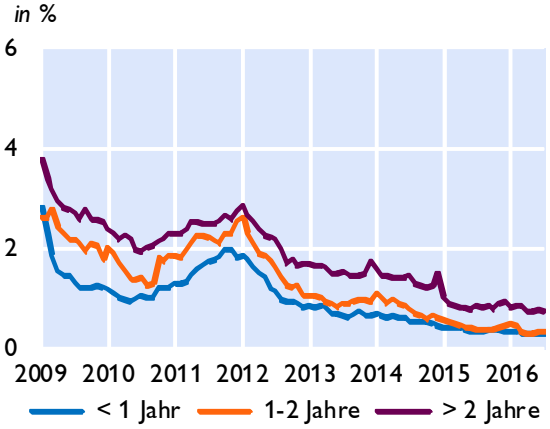


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



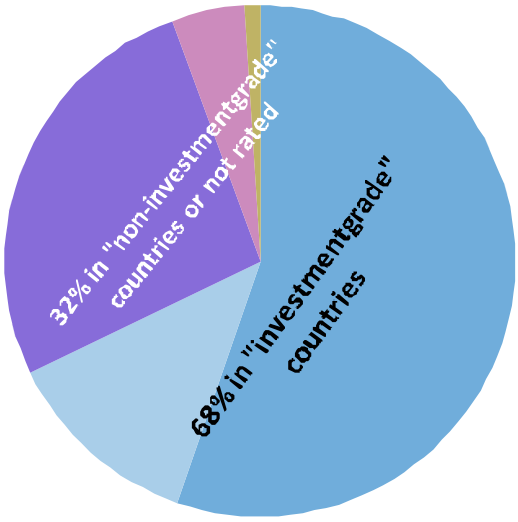
Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert

Ertrags- und Aufwandspositionen	1. Quartal 2016	1. Quartal 2015	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			in %
Zinsergebnis	**4.468**	**4.654**	**-186**	**-4,0**
Zinsen und aehnliche Ertraege	*7.581*	*8.700*	*-1.119*	*-12,9*
(Zinsen und aehnliche Aufwendungen)	*3.114*	*4.046*	*-932*	*-23,0*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[1)]	0	0	0	-
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	70	136	-65	-48,1
Provisionsergebnis	**1.850**	**1.940**	**-90**	**-4,6**
Provisionserträge	*2.525*	*2.686*	*-161*	*-6,0*
(Provisionsaufwand)	*675*	*746*	*-71*	*-9,5*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	78	121	-43	-35,4
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto[1)]	-47	296	-343	-115,9
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1)]	159	21	138	662,6
Sonstige betriebliche Erträge	681	795	-114	-14,4
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	770	903	-132	-14,6
Betriebserträge, netto	**6.489**	**7.061**	**-571**	**-8,1**
(Verwaltungsaufwendungen)	4.363	4.012	351	8,8
(hv. Personalaufwendungen)	*2.516*	*2.340*	*176*	*7,5*
(hv. Sachaufwendungen)	*1.847*	*1.672*	*175*	*10,5*
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	351	0	351	-
Betriebsergebnis	**1.775**	**2.671**	**-896**	**-33,5**
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	310	0	310	-
(Sonstige Rückstellungen)[1)]	11	0	11	-
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-12	0	-12	-
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1)]	0	0	0	-
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen[1)]	179	166	13	8,0
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[1)]	7	-3	10	307,6
Außerordentliches Ergebnis	-1	0	-2	-430,6
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**1.651**	**1.919**	**-268**	**-14,0**
(Ertragssteuern)	330	453	-123	-27,1
Gewinn oder (-) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	**1.321**	**1.466**	**-145**	**-9,9**
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[1)]	6	-68	74	108,8
(Minderheitenanteile)[1)]	190	174	17	9,6
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**1.136**	**1.225**	**-88**	**-7,2**

Werte in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt
Quelle: OeNB.
1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	1Q16
	in Mio EUR						
Tschechiche Republik	46.031	50.256	47.564	47.001	44.221	48.558	50.372
Slowakei	21.329	23.838	24.535	25.093	26.319	29.261	28.638
Rumänien	29.937	28.595	26.823	25.778	25.896	23.498	23.298
Polen	11.111	11.886	17.933	17.017	16.688	19.121	18.909
Kroatien	25.341	25.507	23.195	22.038	18.878	18.167	17.492
Ungarn	25.526	23.491	19.803	18.109	15.460	14.263	14.283
Slowenien	11.594	11.257	9.588	8.079	5.494	4.716	4.483
Republik Serbien	5.203	6.475	5.041	4.865	3.565	4.029	3.960
Bulgarien	3.968	4.161	4.093	3.626	3.456	3.368	3.346
Bosnien Herzgowina	4.887	5.024	4.261	4.124	3.438	3.238	3.200
Türkei	690	749	776	929	1.011	889	897
Republik Montenegro	766	894	875	865	392	346	356
Mazedonien	260	306	390	350	306	292	284
Aserbeidschan	53	60	63	144	247	239	242
Litauen	174	181	120	161	144	131	76
Lettland	359	175	137	126	53	77	65
Estland	82	61	60	50	51	14	13
Andere	22.042	23.169	24.560	23.411	19.151	16.190	15.411
Gesamt	209.352	216.086	209.818	201.768	184.768	186.397	185.326

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 1. Quartal 2016	Nicht-finan-zielle Unter-nehmen	Finanzielle Kapital-gesell-schaften	*davon Mone-täre Finanz-institute*	*davon Invest-ment-fonds*	*davon sonstige nicht-monetäre Finanz-institute*	*davon Versicher-ungen*	*davon Pensions-kassen*	Private Haushalte	Private Organi-sationen ohne Erwerbs-zweck	Übrige Welt (gegen-über Öster-reich)
	Bestände in Mio EUR									
Geldvermögen										
Währungsgold und SZR	x	11.770	11.770	x	x	x	x	x	x	2.149
Bargeld	1.377	3.226	3.224	0	0	2	0	21.521	0	3.427
Täglich fällige Einlagen	44.389	88.483	70.650	7.054	7.667	2.698	415	108.280	4.127	71.878
Sonstige Einlagen	17.417	193.634	183.164	2.130	6.058	2.199	82	117.670	1.927	65.759
Kurzfristige Kredite	29.164	75.523	70.929	2	2.603	1.989	0	955	0	18.412
Langfristige Kredite	88.984	387.181	362.581	16	20.115	4.469	0	800	46	73.939
Handelskredite	44.374	15	0	0	15	0	0	0	0	16.696
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	12	2.648	2.083	534	13	17	1	1.047	1	11.564
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	6.857	307.821	165.238	83.170	3.447	55.509	458	35.102	1.700	335.321
Börsennotierte Aktien	21.164	44.033	3.835	20.812	18.392	994	0	19.081	754	36.826
Nicht börsennotierte Aktien	40.308	134.718	30.811	141	96.261	7.470	35	2.861	7	36.165
Investmentzertifikate	10.427	130.616	14.750	49.280	14.357	33.274	18.954	51.182	2.495	19.198
Sonstige Anteilsrechte	156.412	108.803	28.621	1.451	72.621	6.109	0	104.184	1.295	186.165
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	72.077	x	2.129
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.830	5.954	0	0	0	5.954	0	12.685	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	38.268	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	6.859	22.077	10.040	71	10.257	1.670	39	15.691	17	12.011
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	474.574	1.516.502	957.697	164.661	251.806	122.354	19.984	601.403	12.369	891.638
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und SZR	x	38	38	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	74	457	458	0	0	-1	0	768	0	276
Täglich fällige Einlagen	5.838	5.550	4.931	353	-182	502	-54	13.682	320	-4.018
Sonstige Einlagen	-1.362	-8.430	-10.024	61	1.129	438	-33	-7.044	-40	-3.661
Kurzfristige Kredite	731	-3.945	-3.930	2	25	-42	0	-75	0	-442
Langfristige Kredite	2.784	4.913	5.914	7	-595	-413	0	197	0	2.578
Handelskredite	2.814	-4	0	0	-4	0	0	-2	0	1.885
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-57	-2.384	-2.556	177	-1	-3	-1	113	0	-4.042
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-778	7.578	8.606	-1.971	361	540	42	-2.287	-73	-5.772
Börsennotierte Aktien	552	-409	304	-625	-9	-78	0	709	-11	1.164
Nicht börsennotierte Aktien	650	2.702	1.847	74	1.013	-237	5	91	-17	910
Investmentzertifikate	-192	3.524	212	2.078	1.292	-482	424	3.000	136	349
Sonstige Anteilsrechte	9.277	104	-774	-144	768	253	0	385	4	7.063
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-626	x	-57
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	252	-219	0	0	0	-219	0	468	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	778	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	112	-610	-2.538	327	1.586	18	-3	671	-12	-2.834
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	20.696	8.867	2.486	341	5.382	276	381	10.827	306	-6.600
Nettogeldvermögen	-239.579	22.714	27.179	-3.421	-6.773	5.145	584	428.729	9.959	-13.177
Finanzierungssaldo	5.380	1.267	-3.972	-1.518	7.202	-282	-163	7.991	334	-8.227

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 1. Quartal 2016	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
	Bestände in Mio EUR									
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und SZR [1]	x	2.149	2.149	x	x	x	x	x	x	11.770
Bargeld	x	29.097	29.097	x	x	x	x	x	x	519
Täglich fällige Einlagen	x	307.095	307.095	x	x	x	x	x	x	30.980
Sonstige Einlagen	x	316.718	316.718	x	x	x	x	x	x	92.484
Kurzfristige Kredite	44.490	14.938	0	661	12.305	1.970	1	12.029	366	52.572
Langfristige Kredite	227.090	32.077	0	79	30.889	1.102	7	159.670	1.997	123.204
Handelskredite	43.204	10	0	0	9	0	0	43	1	17.989
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	486	8.515	8.515	x	0	0	0	x	x	2.028
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	42.657	173.057	155.998	8	13.050	4.002	0	x	x	198.894
Börsennotierte Aktien	65.378	22.142	17.486	x	367	4.289	x	x	x	42.560
Nicht börsennotierte Aktien	37.391	71.694	55.404	502	7.696	7.911	182	x	x	127.697
Investmentzertifikate	x	166.848	87	166.761	0	0	x	x	x	55.601
Sonstige Anteilsrechte	225.645	204.550	19.489	59	183.843	1.159	0	x	22	127.105
Lebensversicherungsansprüche	x	70.294	x	x	0	70.294	x	x	x	3.912
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	22.568	x	x	0	22.568	x	x	x	2.901
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	10.032	28.236	7.017	x	0	2.010	19.209	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	17.781	23.797	11.463	12	10.419	1.904	0	933	26	14.602
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	714.153	1.493.787	930.518	168.082	258.579	117.209	19.400	172.675	2.411	904.815
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Finanzierung										
Währungsgold und SZR [1]	x	0	0	x	x	x	x	x	x	38
Bargeld	x	1.391	1.391	x	x	x	x	x	x	183
Täglich fällige Einlagen	x	32.910	32.910	x	x	x	x	x	x	-4.891
Sonstige Einlagen	x	-19.697	-19.697	x	x	x	x	x	x	-3.454
Kurzfristige Kredite	-1.358	-1.093	0	-770	-244	-72	-6	-974	-66	1.263
Langfristige Kredite	4.428	-998	0	-36	-1.243	275	6	4.038	38	-500
Handelskredite	5.368	7	0	0	7	0	0	8	0	-44
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	79	-1.562	-1.530	x	-33	0	0	x	x	-1.346
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-151	-9.339	-7.503	x	-2.329	493	0	x	x	-4.465
Börsennotierte Aktien	938	267	222	x	45	0	0	x	x	783
Nicht börsennotierte Aktien	-142	498	700	x	-56	-145	0	x	x	3.704
Investmentzertifikate	x	2.256	-46	2.302	0	0	0	x	x	4.692
Sonstige Anteilsrechte	8.321	2.485	907	8	1.571	0	0	x	2	8.550
Lebensversicherungsansprüche	x	-980	0	x	0	-980	0	x	x	297
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	700	0	x	0	700	0	x	x	-198
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	21	757	127	x	0	88	543	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-2.189	-4	-1.024	358	462	200	0	-236	-2	-2.985
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	15.316	7.600	6.458	1.859	-1.820	559	543	2.836	-29	1.627
Nettogeldvermögen	-239.579	22.714	27.179	-3.421	-6.773	5.145	584	428.729	9.959	-13.177
Finanzierungssaldo	5.380	1.267	-3.972	-1.518	7.202	-282	-163	7.991	334	-8.227

Quelle: OeNB.

1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.